

Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

6. Jg. Nr. 2
Dezember 1991



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für
Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

V o r w o r t

Dieses Heft erscheint zum Ende eines Jahres, das der Sektion eine jetzt gesamtdeutsche Normalität beschert hat. Es gibt nur noch eine Sektion für Stadt- und Regionalsoziologie mit einem auf der Tagung im Herbst in Leipzig neu gewählten Vorstand. Aber Normalität an allen Orten, wo Stadt- und Regionalsoziologie gelehrt wird, wo in ihr geforscht wird, ist noch nicht eingekehrt. Dies gilt gleichermaßen auch für den Gegenstand unserer Teildisziplin, man denke nur an die Entwicklung der Hauptstadtregion Berlin und die vielen Berichte über die zunehmende soziale Segmentierung in den westdeutschen Städten. Der Zustand der Disziplin und ihres Feldes ist also zunehmend wichtiger und damit auch immer brisanter geworden, aber werden wir dem auch gerecht?

Am Beispiel Leipzig wurde dies im Herbst auf der Sektionstagung diskutiert. Dies waren erste Ansätze, aber eben auch nur das.

Auch die Bewältigung der "Nachkriegsgeschichte" unserer Disziplin ist nicht nur ein "östliches" Kapitel, das "westliche" ist genauso interessant, obwohl für den einzelnen nicht mit so prekären Folgen. Es gibt also Themen genug zu fragen, zu beforschen, vielleicht auch zu beantworten.

Dank ist abzustatten dem ausscheidenden Vorsitzenden der Sektion, Hartmut Häußermann, für seine umsichtige Arbeit und kooperative Leitung der Sektion. Vivant sequentes, insbesondere Marianne Rodenstein, der alles Gute zu wünschen ist.

Ärger hat es gegeben bei einigen Abonnenten, die für bereits bezahlte Rechnungen wegen eines Kommunikationszusammenbruchs noch einmal gemahnt worden sind. Es tut mir leid, soll nicht wieder vorkommen (? !), aber ich bitte auch um Verständnis, denn wir machen all dies nebenamtlich. Dies würde auch denjenigen, die sich so bitter beklagt haben, wahrscheinlich nicht anders gehen, wenn sie diese Aufgabe zu bewältigen hätten! Wetten, daß?!

Wendelin Strubelt

Bonn, im Dezember 1991

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 30. April 1992

Schicken Sie Ihre Beiträge bitte recht zahlreich an meine Adresse:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30
5300 Bonn 2

Inhaltsverzeichnis

| | <u>Seite</u> |
|---|--------------|
| I. <u>Berichte und Ankündigungen aus der Sektion</u> | |
| - Protokoll der Sektionssitzung Stadt- und Regionalsoziologie am 25./26.10.1991 in Leipzig | 3 |
| - Sigrun Kabisch: Abwicklung und Neugründung eines Instituts für Soziologie an der Universität Leipzig | 6 |
| - Dokumentation | 9 |
| - Protokoll (Wahl der Sprecher der Sektion) | 12 |
| - Neue Sektionstermine | 13 |
| - Dokumentation der Tagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 25./26.10.1991 in Leipzig | 14 |
| -- Alice Kahl, Sigrun Kabisch: Vorzüge und Grenzen der Intervallstudie in der wohnsoziologischen Forschung | 14 |
| -- Christa Gießler: Erfahrungen zur Sozialplanung in Leipziger Sanierungsverdachtsgebieten | 21 |
| -- Iris Reuther, Marta Doehler: Das Sanierungsgebiet Leipzig-Connwitz - Stadterneuerung in der "Nullserie" | 25 |
| -- Günter Roski: Ergebnisse einer Bürgerumfrage des Leipziger Amtes für Statistik und Wahlen | 35 |
| -- Christine Weiske: Mit Abstand betrachtet - die Theorie der sozialistischen Lebensweise als soziologische Theorie | 38 |
| -- Rainer Neef: Zur "Lebensweisen"-Forschung in der DDR einige Vermutungen über Besonderheiten des sozialistischen Alltags aus westlicher Sicht | 45 |
| - Aktivitäten der französischen "Schwester"-Sektion | 49 |
| II. <u>Literatur-Hinweise</u> | |
| - Diverse Literaturhinweise | 51 |
| - Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek | 62 |

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Protokoll der Sektionssitzung Stadt- und Regionalsoziologie in Leipzig
am 25. und 26.10.1991

25.10.1991

Die Vormittagssitzung wurde inhaltlich bestimmt durch den Bericht über die Abwicklung und die Neugründung eines Instituts für Soziologie an der Universität Leipzig. (Sigrun Kabisch und Andreas Hoff - Studentenvertreter in der Gründungskommission) In die Diskussion wurden die Erfahrungen mit Abwicklung und Neugründung der Vertreter der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und der Humboldt-Universität zu Berlin eingebracht. Dabei stellte sich heraus, daß Stadt- und Regionalsoziologie als Ausbildungsfach mit entsprechender Professur nur noch an der Humboldt-Universität als einziger ostdeutschen Universität vorgesehen ist. Aufgrund der Relevanz gerade dieser Spezialisierungsrichtung in den neuen Bundesländern hat sich die Sektion für ein stärkeres Engagement im Rahmen von Neugründung von Soziologieinstituten ausgesprochen. Konkretisiert für Leipzig wurde vereinbart, daß mehrere Professoren aus der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in einem Schreiben an den Gründungsdirektor, Prof.Dr. W. Schluchter, ihre Besorgnis über das Ausschalten dieses Ausbildungsfaches zum Ausdruck bringen. Es soll die Bitte geäußert werden, die Entscheidung nochmals zu überdenken und möglicherweise im Sinne einer theoretischen Aufwertung eine C 3-Professur einzurichten. (Das Schreiben und die Antwort von Prof. Schluchter sind im folgenden dokumentiert.)

Die Nachmittagssitzung stand unter dem Thema: "Stadtentwicklung in Leipzig". In vier Diskussionsbeiträgen wurden Stadtentwicklungsfragen zur Sanierung innerstädtischer Wohngebiete, zur Aufwertung des randstädtischen Großwohngebietes Leipzig-Grünau und zur gesamtstädtischen Entwicklungskonzeption aus soziologischer Perspektive behandelt. (siehe Dokumentation) Als Gast der Nachmittagssitzung konnte Stadtrat Gormsen, Dezernatsleiter Stadtentwicklung und Raumplanung, begrüßt werden. Er stellte in Umrissen die Planungsvorstellungen für Leipzig dar und betonte die Notwendigkeit der Einbeziehung stadtsoziologischer Untersuchungsergebnisse.

In der Abendsitzung wurde die offizielle Vereinigung der beiden Sektionen Stadt- und Regionalsoziologie Ost und West vollzogen. Vor der Wahl eines neuen Sprechers und dessen zwei Stellvertretern erfolgten kurze Rechenschaftslegungen seitens der bisherigen Sprecher. H. Häußermann skizzierte den Stand der Vorbereitung des Sektionsbeitrages für den Soziologentag Düsseldorf 1992. Es ist eine Plenarsitzung zur Thematik: "Periphere Räume in Europa" vorgesehen.

M. Rodenstein berichtete über die Arbeit der Frauengruppe in der Sektion und informierte über ein geplantes Treffen am 27./28.03.1992, welches unter dem Thema: "Armut durch Stadterneuerung" stehen soll.

W. Strubelt legte die Bedingungen für den Bezug des und die Publikationsmöglichkeiten im Nachrichtenblatt Stadt- und Regionalsoziologie dar und verwies auf ein Symposium im März 1992, das im Rahmen einer Projektzusammenarbeit mit Soziologen aus der CSFR und Polen stattfindet.

Die sich anschließende Diskussion fordert eine klarere Aufgabenstellung für den Vorstand und eindeutige Zuständigkeiten z.B. für die Interessenvertretung der Sektion nach außen oder die Nachwuchsarbeit. Als Ergebnis der Diskussion entstand der Vorschlag, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die aktuell zur Entwicklung von Hochschulstrukturen und der Einordnung von Stadt- und Regionalsoziologie in den neuen Bundesländern arbeitet. Die Leitung übernimmt W. Strubelt. Danach erfolgte die Entlastung des bisherigen Sprecherrates, verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit.

In geheimer Wahl wurde ein neues dreiköpfiges Sprechergremium gewählt. Die neue Sprecherin der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie ist Marianne Rodenstein. Als Stellvertreter wurden Christine Weiske und Wendelin Strubelt benannt.

Den Abschluß dieser Sitzung bildete die Festlegung des Tagungsortes und -termins für die Frühjahrssitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie. Diese findet in Göttingen am 08. und 09. Mai 1992 statt. Der thematische Schwerpunkt wird auf "Regionalisierung" gelegt.

26.10.1991

Die Vormittagssitzung befaßte sich mit dem Schwerpunkt: "Räumliche Strukturen, politische Prozesse und staatliche Strategien nach der Vereinigung". (siehe Dokumentation) Die Diskussion kann in drei inhaltliche Teile untergliedert werden.

Sozialplanung im Rahmen von Stadterneuerung wurde sowohl aus der Sicht des Wissenschaftlers (F. Staufenbiel) als auch aus der Sicht des Praktikers (Amtsleiter Stadtentwicklungsplanung Rostock, A. Schubert) diskutiert.

Auf die Geschlechterspezifika wurde in dem Beitrag: "Stadtarmut ist weiblich" (T. Frenzel) hingewiesen.

Wird Ostdeutschland eine periphere Region? - Auf diese Frage versuchte H. Häußermann eine Antwort zu geben.

Die Vielschichtigkeit der angebotenen Themen zum vorgegebenen Schwerpunkt erwies sich als Hindernis für eine umfassende Diskussion jedes einzelnen Themas aufgrund der Zeitgrenze. Deshalb wurde vorgeschlagen, für künftige Diskussionen die Anzahl der Themen zu begrenzen.

Die Nachmittagssitzung war der Auseinandersetzung mit dem Konzept der sozialistischen Lebensweise als soziologische Theorie gewidmet (Christine Weiske). Es war der erste Versuch in diesem Kreis, eine Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit diesem Konzept vorzunehmen. Dabei wurde den Diskussionsteilnehmern klar, daß hier eine tiefgründige Analyse notwendig ist und daß dazu bisher nur Ansätze zu erkennen sind. Hier sind sowohl die Kollegen und Kolleginnen aus den neuen als auch aus den alten Bundesländern gefordert. Einer Fortsetzung dieser Diskussion wurde durchgängig zugestimmt.

Sigrun Kabisch

Sigrun Kabisch

Abwicklung und Neugründung eines Instituts für Soziologie an der Universität Leipzig

Die im Einigungsvertrag festgelegte Abwicklung von Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes betraf auch den Fachbereich Soziologie der Universität Leipzig. Schriftlich wurden die Mitarbeiter darüber informiert, daß nach dem 31.12.1990 ihr Arbeitsverhältnis ruht und sie sich in der Warteschleife befinden. Die Warteschleife sollte 6 Monate umfassen, für Kollegen, die älter als 50 Jahre waren, belief sich diese Dauer auf 9 Monate.

Da über den Inhalt des Einigungsvertrages mit den entsprechenden Konsequenzen für den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich an Universitäten Kenntnis bestand, wurde eine voraussehbar fruchtlose Diskussion über den Abwicklungsbeschuß vermieden. Vielmehr entschlossen sich die Kollegen und Kolleginnen des FB Soziologie relativ zeitig, also bereits vor dem eigentlichen Abwicklungsbeschuß, in Zusammenarbeit mit Kollegen aus den alten Bundesländern (Prof.R.M.Lepsius, Prof.Hartmann), das Soziologiestudium neu zu konzipieren und neue Studienpläne zu erarbeiten.

Nach Inkrafttreten des Abwicklungsbeschlusses wurde trotz der damit verbundenen Beschränkungen der Lehrbetrieb aufrechterhalten. Dafür waren die massiven Studentenproteste an der Universität Leipzig ausschlaggebend, die letztlich dazu führten, daß das Studium fortgesetzt werden konnte.

Zum Inhalt des Abwicklungsbeschlusses gehörte die Evaluierung aller Mitarbeiter des FB Soziologie hinsichtlich fachlicher Kompetenz und moralischer Integrität durch eine Kommission unter Vorsitz von Prof.W.Schluchter. Zu dieser Kommission gehörten weiterhin Prof.R.M.Lepsius und gewählte Vertreter der Hochschullehrer, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten des FB Soziologie. Im Ergebnis der Beratung wurde nur eine Kollegin nicht für die Weiterbeschäftigung an der Universität empfohlen.

Im April 1991 nahm die Gründungskommission ihre Arbeit auf. Ziel war die Erstellung eines Strukturplans für ein künftiges Institut für Soziologie und die Erarbeitung von Studienprogrammen und Prüfungsordnungen für eine Diplom- und eine Magisterausbildung Soziologie im Haupt- und Nebenfach. Die Gründungskommission setzte sich zusammen aus dem Gründungsdirektor (Prof.W.Schluchter), 6 Hochschullehrern, davon 5 aus den alten Bundesländern, 3 wissenschaftlichen Mitarbeitern, davon 1 westdeutscher, und 3 Studenten, jeweils 1 Vertreter pro Studienjahr. Diese paritätische Zusammensetzung der Gründungskommission war im Zusammenhang mit den Studentenprotesten erstritten worden. Diese Studentenproteste erreichten ein Mitsprache-

recht für Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus und der Studenten in allen Gremien der Universität.

Die Struktur eines künftigen Instituts für Soziologie sieht drei C 4 - Professuren für Soziologie mit jeweils eigener Schwerpunktsetzung:

- Theorie und Geschichte
 - Methodologie und Methoden
 - Sozialpolitik
- vor. Weiterhin sind vier C 3 - Professuren eingeplant, deren Inhalte bezeichnet werden mit:
- Sozialisation und Interaktion (Mikrosoziologie)
 - Markt und Organisation
 - Vergleichende Analyse von Gegenwartsgesellschaften (Makrosoziologie)
 - Methoden der empirischen Sozialforschung.

Für das Institut ist ein Computerpool mit 12 Arbeitsplätzen vorgesehen.

Das künftige Institut für Soziologie soll voraussichtlich in eine zu gründende Fakultät für Sozial- und Kulturwissenschaften eingebunden werden.

Bisher sind die drei C 4 - Professuren ausgeschrieben worden, worauf sich ca. 100 Bewerber aus fast allen Bundesländern gemeldet hatten. Nach erfolgten öffentlichen Anhörungen vor der Gründungskommission sind dem Staatsministerium 3 Dreivorschläge unterbreitet worden. Hier muß angemerkt werden, daß die Gleichstellungsbeauftragte der Universität erst nach persönlicher Intervention zu den öffentlichen Anhörungen eingeladen, aber nicht zur Entscheidungsfindung hinzugezogen wurde. Nach Bestätigung der Vorschläge durch das Staatsministerium werden voraussichtlich ab dem Sommersemester 1992 die C 4 - Professuren besetzt sein, was eine weitgehende Arbeitsfähigkeit des Instituts für Soziologie garantiert.

Während der Zeit der Neugründung eines Instituts für Soziologie ist der Lehrbetrieb durchgängig aufrechterhalten worden. Sowohl mit internen Kräften als auch mit Gastprofessoren konnte ein anspruchsvolles Lehrangebot unterbreitet werden. Von besonderer Bedeutung ist, daß der Gründungsdirektor Prof.W.Schluchter, ein international anerkannter Max-Weber-Spezialist, sofort nach Aufnahme seiner Tätigkeit gleichzeitig auch Vorlesungen angeboten hatte. Damit wurde ein überzeugendes Signal für die Fortsetzung des Soziologiestudiums in Leipzig den Studenten gegeben.

Gegenwärtig gibt es im Soziologiestudium an der Universität Leipzig ein 5., ein 2. und ein 1. Studienjahr. Für das 5. Studienjahr (10 Studenten) wurde eine Übergangsregelung erarbeitet, um ein anerkanntes Diplom zu erreichen. Das 2. Studienjahr (25 Studenten) studiert nach einem Studienplan, der am Ende dieses Jahres ein Vordiplom ermöglicht.

Für das 1. Studienjahr sind 40 Studenten im Hauptfach und 60 Studenten im Nebenfach immatrikuliert worden. Diese Studenten studieren nach neuen Studienplänen, die beim Staatsministerium zur Bestätigung vorliegen.

Gegenwärtig kann eingeschätzt werden, daß die Existenz eines Instituts für Soziologie an der Universität Leipzig als gesichert anzusehen ist. Demgegenüber ist die längerfristige Weiterbeschäftigung von positiv evaluierten Kollegen und Kolleginnen an diesem Institut im Moment nicht abschätzbar. Trotz Bemühungen des Gründungsdirektors wurden bisher nur mehrere kurzzeitige Verlängerungen der Arbeitsverträge zwischen 3 bis 6 Monaten genehmigt. Zur Zeit verfügen die 4 promovierten wissenschaftlichen Assistentinnen und Assistenten über einen Arbeitsvertrag bis zum 31.3.1992 und die 3 habilitierten Kollegen über einen Arbeitsvertrag bis zum 30.9.1992.

Unter diesen Restriktionen ist eine langfristige Forschungs- und Lehrplanung außerordentlich erschwert. Ein Resultat dieser Bedingungen ist der mehrfache Weggang von Nachwuchswissenschaftlern, die einen erfolgreichen Abschluß ihrer Dissertation an der Universität als nicht mehr realisierbar einschätzen. Endgültige personelle Entscheidungen über einen Verbleib an der Universität Leipzig werden Mitte 1992 erwartet, da ab 1.1.1993 die Universität nach einem vom Finanzministerium und vom Hochschulministerium bestätigten Struktur- und Finanzplan arbeiten muß. Um die Kündigungsfristen einzuhalten, müssen deshalb Mitte 1992 diese personellen Entscheidungen fallen. Außerdem ist seitens der Regierung Sachsens angekündigt worden, daß von den derzeit 24000 im Hochschulbereich Beschäftigten 14000 eingespart werden müssen. Unter den Verbleibenden werden ca. 2000 Beschäftigte aus den alten Bundesländern sein, was letztlich zu einer Entlassung von zwei Drittel der Mitarbeiter führen wird.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur Stadt- und Regionalsoziologie. Diese Zweigdisziplin wurde an der Universität Leipzig in den vergangenen 10 Jahren relativ stark, wenngleich auch empirisch ausgerichtet, entwickelt. Seitens der Gründungskommission ist zugesichert worden, begonnene Forschungslinien fortführen zu können. Dennoch ist im Sinne einer theoretischen Aufwertung die Einrichtung mindestens einer C 3 - Professur für Stadt- und Regionalsoziologie nicht vorgesehen. Es obliegt demnach künftigen Lehrstuhlinhabern, nach ihrem Ermessen stadt- und regionalsoziologische Lehre und Forschung in einem Institut für Soziologie an der Universität Leipzig einzuordnen.



Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Prof. Dr. Marianne Rodenstein

Wissenschaftliche Betriebseinheit
Produktion/Sozialstruktur

Gründungsdekan des FB Soziologie
Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schluchter
Universität Leipzig
Fachbereich Soziologie
Augustusplatz 9

Robert-Mayer-Straße 5
Postfach 111932
D-6000 Frankfurt am Main 11

Telefon (069) 798-1
Durchwahl (069) 798-2929/3570

7010 Leipzig

Datum 28.10.1991

Sehr geehrter Herr Professor Schluchter,

mit großer Besorgnis hat die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Kenntnis davon erhalten, daß nach den gegenwärtigen Plänen die Gefahr besteht, daß die Stadt- und Regionalsoziologie als relevanter Lehr- und Forschungsinhalt in der neuen Soziologieausbildung an der Universität Leipzig nicht mehr vertreten sein wird.

Im Zuge der Neustrukturierung der Universitäten in den fünf neuen Bundesländern wäre die Stadt- und Regionalsoziologie innerhalb der Soziologieausbildung dann nur noch an der Humboldt-Universität, Berlin, vorhanden. Dies erscheint uns - jenseits enger professionspolitischer Interessen - eine Entwicklung zu sein, die den langfristigen gesellschaftlichen Bedarf an Kenntnissen über Wachstum und Probleme von Agglomerationen, über den Wandel städtischer und ländlicher Lebensverhältnisse sowie über die Gestaltung der Stadträume und Wohnverhältnisse ignoriert - ganz abgesehen von aktuellen sozialen Krisensituationen in den Städten und Regionen der fünf neuen Bundesländer.

Unter diesen Gesichtspunkten bittet die Sektion, daß Sie sich als Gründungsdekan des Fachbereichs Soziologie nicht nur für die Weiterführung der Stadt- und Regionalsoziologie, die bisher überwiegend empirisch ausgerichtet war, einsetzen, sondern darüber hinaus für eine Aufwertung dieses Fachgebietes, die es ermöglicht, neue theoretische Erkenntnisse aus dem In- und Ausland in Forschung und Lehre einfließen zu lassen. Die Ausschreibung einer der verbleibenden C3- Stellen für Stadt- und Regionalsoziologie schiene uns hierfür ein geeigneter Weg.

Unterstützt wird diese Bitte von folgenden Fachvertretern:

Prof. Dr. Peter Gleichmann, Hannover
Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Bremen
Prof. Dr. Ulfert Herlyn, Hannover
Prof. Dr. Dieter Keim, Bamberg
Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni, Bremen
Prof. Dr. Walter Siebel, Oldenburg
Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Bonn
Prof. Dr. Klaus Schmals, Dortmund.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Rodenstein

Marianne Rodenstein

Sprecherin der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

UNIVERSITÄT LEIPZIG
Institut für Soziologie i.G.
Augustusplatz 9
0-7010 LEIPZIG

, d. 30.10.1991

Johann Wolfgang Goethe-Universität
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Frau Prof. Dr. Marianne Rodenstein
Robert-Mayer-Str. 5
W-6000 Frankfurt am Main 11

Sehr geehrte Frau Kollegin Rodenstein,

haben Sie besten Dank für Ihr Schreiben vom 28.10.1991, das allerdings hier unvollständig eingegangen ist. Ich verstehe Ihre Besorgnis, sehe aber zu diesem Zeitpunkt dafür keinen rechten Grund. Die Frage, ob die Stadt- und Regionalsoziologie als relevanter Lehr- und Forschungsinhalt in der neuen Soziologieausbildung an der Universität Leipzig in Zukunft vertreten sein wird, ist keineswegs negativ entschieden. Wir haben bei der Ausarbeitung des Strukturplanes großen Wert auf den Anwendungsbezug soziologischer Forschung und Lehre gelegt und sehen gerade in den in der alten DDR gepflegten Zweigsoziologien "Industriesoziologie" sowie "Stadt- und Regionalsoziologie" ausgesprochen wichtige Anwendungsfelder.

Sie werden aber vielleicht verstehen, daß wir angesichts der außerordentlich schwierigen Haushaltslage, in der sich der Freistaat Sachsen und damit auch die Universität Leipzig befindet, die Ausdifferenzierung des Faches auf der Ebene der speziellen Soziologien nicht sehr weit treiben konnten. Es wird also in der Tat von den zu Berufenden abhängen, welche Schwerpunkte sie hier setzen. Ich bin aber zuversichtlich, daß dabei die o.e. Traditionen der Leipziger Soziologie nicht einfach abgeschnitten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. W. Schluchter

Prof. Dr. W. Schluchter
- Gründungsdirektor -

Protokoll

Wahl der Sprecher der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie
in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 25.10.1991
in Leipzig (Karl-Marx Universität)

Es wird vorgeschlagen Sprecher und Stellvertreter in getrennten
Wahlgängen zu wählen. Der Vorschlag wird angenommen. Wahl-
berechtigt sind 37 Personen.

1. Wahlgang

Wahl des Sprechers der Sektion

Vorschläge zur Kandidatur: Marianne Rodenstein, Wendelin
Strubelt, Christine Weiske. Christine Weiske lehnt die Kandidatur
ab. In schriftlich geheimer Abstimmung fallen auf Marianne
Rodenstein 20 Stimmen, auf Wendelin Strubelt 16 Stimmen. Es
gibt 1 Enthaltung. Marianne Rodenstein nimmt die Wahl an.

2. Wahlgang

Wahl des einen Stellvertreters

Vorschläge zur Kandidatur: Christine Weiske, Sigrun Kabisch,
Harald Bodenschatz. Harald Bodenschatz lehnt die Kandidatur ab.
In schriftlich geheimer Abstimmung fallen auf Christine Weiske
19 Stimmen, auf Sigrun Kabisch 16 Stimmen. Es gibt 2 Enthaltungen.
Christine Weiske nimmt die Wahl an.

3. Wahlgang

Wahl des anderen Stellvertreters

Vorschläge zur Kandidatur: Wendelin Strubelt, Sigrun Kabisch.
Sigrun Kabisch lehnt die Kandidatur ab. Per Hand wird Wendelin
Strubelt mit 35 Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt. Wendelin
Strubelt nimmt die Wahl an.

Terlinden 29.10.91

NEUE SEKTIONSTERMINE



- 1) Am 27./28. März 1992 trifft sich die Gruppe der Frauen
in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie zu einem
Workshop in der Nähe von Köln (Organisation: Gabriele
Sturm, Dortmund, Tel.: 0231-755-2370)
- 2) Am 8./9. Mai 1992 findet die Frühjahrstagung der Sektion
in Göttingen statt.
Vorgesehene Themenbereiche:
 - Armut durch Stadterneuerung?
(Organisation: Ulla Terlinden, Berlin, Tel.: 030-3248524)
 - Regionalismus und Regionalentwicklung in Deutschland und
Europa
(Organisation: Richard Pieper, Hamburg, Tel.: 040-41232499)

Schriftliche Anmeldungen für die Frühjahrssitzung der Sektion
am 8./9.5. bis zum 30. März 1992 bei der Sprechering der
Sektion:

Marianne Rodenstein
J.W.Goethe-Universität
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Postfach 11 19 32
6000 Frankfurt/Main 11

Dokumentation der Tagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am
25./26. Oktober 1991 in Leipzig

Alice Kahl
Sigrun Kabisch
Universität Leipzig
Institut für Soziologie i. G.

Oktober 1991

VORZÜGE UND GRENZEN DER INTERVALLSTUDIE IN DER
WOHNSOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

Der Einsatz der Intervallstudie als komplexe Erhebungsmethode in der soziologischen Feldforschung ist relativ selten.

Trotz des einzigartigen Vorteils von Intervallstudien bei der empirischen Erfassung von *E n t w i c k l u n g e n* sozialer Prozesse für die Ableitung prognostischer Aussagen, wird die Intervallstudie aufgrund ihrer besonderen methodischen und forschungsorganisatorischer Voraussetzungen wenig angewandt. Das hat wiederum zur Folge, daß Erfahrungen über den Einsatz von Intervallstudien nur in beschränktem Umfang vorliegen 1). Soziologen, die die Intervallstudie einsetzen möchten, begeben sich damit auf empirisches Neuland und zahlen aufgrund mangelnder Erfahrungen viel Lehrgeld. Um hier helfend einzugreifen, wollen wir unsere Erfahrungen mit der Intervallstudie in der wohnsoziologischen Forschung darlegen.

In der stadt- und wohnsoziologischen Forschung wurde die Intervallstudie in der ehemaligen DDR erstmals von einem Forscherteam der Universität Leipzig erprobt. Mit dem Boom der Errichtung von großen Neubaugebieten am Rande der Städte in den 70er Jahren (in der ehemaligen DDR) ergab sich die Frage nach den fördernden und hemmenden Faktoren bei der sozialen Integration der Neubürger in ein neues Wohngebiet "auf der grünen Wiese" in der Größenordnung von rd. 100 000 Einwohnern. Zu diesem Thema lagen in der Tat keine Erkenntnisse vor. Zum einen, weil in der Bundesrepublik

keine Wohngebiete dieser Größe vorhanden waren, aus denen man Erkenntnisse hätte verallgemeinern können und zum anderen, weil bis zu den 70er Jahren in der DDR kein Wohnungneubau in diesen Ausmaßen vorgekommen war.

Soziologisch relevant war die Frage nach den Veränderungen der sozialen Struktur und des sozialen Beziehungsgefüges in einem nicht historisch gewachsenen Stadtteil, nach den Veränderungen des Wohnverhaltens und der Wohnwertorientierungen von Großstädtern durch ihre "Auslagerung" an den Stadtrand bzw. die Frage nach den Anpassungsmechanismen und Integrationskonflikten im zeitlichen Verlauf und unter den Bedingungen der Parallelität von Bauen und Wohnen.

Geliebt von der Idee, wissenschaftlich seriöse Forschungsergebnisse erzielen zu wollen, wurde das Konzept für eine Intervallstudie entwickelt, um das neue Wohngebiet vom Einzug des ersten Mieters bis zu seiner baulichen Vollendung und Endbesiedlung soziologisch zu begleiten. Einen breiten Raum nahm die Formulierung und Diskussion von Arbeitshypothesen in Anspruch, um das theoretische Anliegen der Studie abzuklären und den adäquaten methodischen Zugang zu finden.

Die ersten inhaltlichen und methodischen Konzeptionen entstanden 1977, wurden mehrfach in unterschiedlichen wissenschaftlichen Gremien zur Diskussion gestellt, immer wieder korrigiert und verbessert, bis 1979 das gültige Forschungsprogramm mit dem Erhebungsstandard für die erste Untersuchung im Neubaugebiet Leipzig-Grünau vorlag. Ein besonderer Glücksstand war das Interesse von Soziologen aus dem Institut für Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin, den gleichen Erhebungsstandard und die gleiche Forschungsstrategie auch bei der Analyse der sozialen Integration in das größte Neubaugebiet der ehemaligen DDR - Berlin-Marzahn - anzuwenden. Schließlich zeigte auch noch das Bezirksbauamt Potsdam Interesse, so daß die Leipziger Intervallstudie von Beginn als Vergleichsstudie zwischen 3 Großsiedlungen durchgeführt werden konnte. 2)

Übersicht über die empirischen Erhebungen im Rahmen der Intervallstudie "Wohnen im Neubaugebiet"

| | Leipzig Grünau | Potsdam Am Stern | Berlin Marzahn 3) |
|-----------------------|-------------------|---------------------|----------------------|
| 1. Erhebung | 1979 | 1979 | 1980 |
| 2. Erhebung | 1981 | 1981 | 1982 |
| 3. Erhebung | 1983 | 1983 | 1986 |
| 4. Erhebung | 1987 | - | 1991 |
| 5. Erhebung (geplant) | 1992 | - | ? |

Außerdem wurden 1980, 1981 und 1983 Vergleichsstudien in Leipziger Altbaugebieten durchgeführt, um vermutlich neubauspezifische Ergebnisse besser einordnen und interpretieren zu können. Für jede Erhebung liegt ein Forschungsbericht vor sowie ein zusammenfassender Forschungsbericht für alle 4 Leipziger Erhebungen. Außerdem wurden die Forschungsergebnisse in studentischen Jahres- und Diplomarbeiten, in 3 Dissertationen, rd. 50 wissenschaftlichen Artikeln und Konferenzbeiträgen verarbeitet. 4) 1981 wurde die Intervallstudie als Bestandteil des Themas "Wohnverhalten und sozialistische Lebensweise in großstädtischen Neubaugebieten" ein Projekt des zentralen Forschungsplans der Gesellschaftswissenschaften der DDR. Das Projekt sah eine Monografie zum Thema Wohnen im Neubaugebiet vor, die zwar termingemäß geschrieben wurde, aber nicht erscheinen durfte.

Mit diesen Ausführungen sollten die zeitlichen Dimensionen für die inhaltliche, methodische und nicht zuletzt technische Vorbereitung einer Intervallstudie in 3 verschiedenen Untersuchungsfeldern deutlich werden. Von der Idee bis zur Ausführung wurde ein Zeitraum von 2 Jahren gebraucht, um die inhaltlichen Probleme zu diskutieren, um die Zusammenarbeit mit kompetenten Planern und anderen Experten zu organisieren und um das Untersuchungsprogramm

und den Erhebungsstandard mit allen Beteiligten abzustimmen und nicht zuletzt, um die Untersuchung technisch abzusichern (unter den Bedingungen der technischen Ausstattung der Universitäten der ehemaligen DDR eine der schwierigsten Aufgaben).

Wir entschieden uns für die standardisierte mündliche Befragung als quantitative Primärerhebungsmethode. Für die erste Erhebung in Leipzig Grünau 1979 wurden die Probanden nach dem Stichprobenverfahren als "Klumpen" ausgewählt. Als Klumpen galten Wohnblöcke in den Wohnkomplexen (eine Unterteilung des Wohngebiets), die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. In die Befragung wurden alle anwesenden erwachsenen Bewohner der ausgewählten Wohnblöcke einbezogen. Befragt wurde jeweils ein Haushaltsmitglied, welches im juristischen Sinne Mieter oder Nutzer (bei Genossenschaftswohnungen) der Wohnung ist. Es wurden 310 Interviews mit Probanden aus drei verschiedenen Wohnkomplexen des Neubaugebietes durchgeführt. Dokumentenanalyse, Expertengespräche und Beobachtungen ergänzten die Datengewinnung. Versuchsweise wurde eine externe standardisierte Beobachtung des Belebtheitsgrades von Wohnstraßen und Innenhöfen zu bestimmten Tageszeiten während einer Woche durchgeführt sowie eine teilnehmende Beobachtung der Kontakt- und Kommunikationsstruktur in der Kaufhalle und im Wartezimmer des Ambulatoriums (medizinische Einrichtung zur ärztlichen Versorgung der Wohnbevölkerung). Während aus den Beobachtungsprotokollen der Straßen und Höfe altersdifferenzierte Nutzerfrequenzen abgelesen werden konnten, ließ die Beobachtung der Kontakt- und Kommunikationsstruktur in öffentlichen Einrichtungen keine verwertbaren Aussagen zu. Wir mußten die Erfahrung machen, daß solche Einrichtungen der wohnungsnahen Infrastruktur keine geeignete Umgebung für Kontaktsuche und Kommunikationsentfaltung sind. Die Expertengespräche mit Mitarbeitern der Stadt- und Bezirksplanungsämter, mit Kommunalpolitikern (Stadtrat für Wohnungspolitik, für Handel und Versorgung, Stadtbezirksbürgermeister) sowie mit Mitarbeitern des Ratsbereichs Grünau, mit den Vorsitzenden

von gesellschaftlichen Organisationen im Wohngebiet, wie zum Beispiel des Wohnbezirksausschusses der Nationalen Front, der Vorsitzenden des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands u. a. lieferten zusätzliche Informationen zur Untersuchungsthematik.

In der 2. Erhebung 1981 wurden 578 Probanden aus 5 von 7 Wohnkomplexen erfaßt. Von den 333 Probanden aus den gleichen Wohnkomplexen von 1979 wurden 1981 226 Probanden das zweite mal befragt; das sind 73 % der Stichprobe 1979, aber nur 39 % der Stichprobe 1981. Da wir eine Reduzierung der Ausgangspopulation von ca. 25 % einkalkuliert hatten, konnten wir mit dieser Probandenkonstellation zufrieden sein. Neben der Befragung, der Dokumentenanalyse und den Expertengesprächen wurde 1981 die "Briefmethode" - eine Sonderform der autobiographischen Methode - eingesetzt. 180 Probanden wurden nach Abschluß der Befragung gebeten, in den nächsten Tagen einen Brief an einen fiktiven lieben Verwandten oder guten Freund zu schreiben und diesen Brief an unsere Universitätsadresse abzugeben. Der Briefanfang war standardisiert und lautete: Wie Du weißt, sind wir vor Monaten nach Leipzig Grünau gezogen. Zuerst Die Mieter sollten ihre persönlichen Eindrücke, Wünsche und Hoffnungen im Zusammenhang mit dem Einzug in die neue Wohnung aufschreiben. Die Schwerpunktsetzung zum Briefinhalt blieb den Probanden selbst überlassen. Als Absender genügte Alter, Beruf, Familienstand, Zahl der Kinder und Größe der Wohnung. Die verschlossenen Briefe wurden zu einem vorher festgelegten Termin von den Interviewern abgeholt bzw. im Hauseingang eingesammelt. Als Anerkennung für die Mühe überreichten wir ein kleines Präsent (Vierfarbkugelschreiber mit Gravur "Rat der Stadt Leipzig"). Von den 180 möglichen Briefen, erreichten den Wissenschaftsbereich Soziologie 103 Briefe. Die Ausbeute von 57 % halten wir für beachtlich. Die Auswertung der Briefe lieferte wesentliche Informationen zum Untersuchungsgegenstand, insbesondere zu Wohnwertorientierungen und allgemeinen Wohnleitbildern. Die inhaltsanalytische Auswertung der Briefe

liegt als Diplomarbeit vor. Mit einem verhältnismäßig Mehraufwand durch den Einsatz dieser Methode konnte ein reichhaltiger Fundus an Zusatzinformationen erschlossen werden, der mit einem standardisierten Frageprogramm nicht zu erreichen ist.

Die 3. Erhebung im September 1983 erfaßte 333 Probanden aus 4 von 7 Wohnkomplexen. In diesem Intervall wurden 70 % der Stichprobe von 1981 und 26 % der Stichprobe von 1979 wiederholt befragt. Die Reduzierung ergibt sich aus der nicht vorhersehbaren Verweigerung der Stadtverwaltung Leipzig zur Einbeziehung von Mietern "staatlicher" Wohnungen in die Befragung 1983, so daß wir uns auf Genossenschaftswohnungen beschränken mußten. Dadurch ist der größere Teil der Erst- und Zweitpopulation (die Mieter staatlicher Wohnungen) in dieser Befragung nicht vertreten. Hier deutet sich ein Problem für die Durchführung von Intervallstudien an, das sich auf die Repräsentativität der Ergebnisse auswirkt.

Mit der 4. Erhebung 1987 wurden 330 Probanden aus 5 von 7 Wohnkomplexen erfaßt. Davon sind 65 % mindestens zum zweiten mal befragt worden, d. h. für zwei Drittel der Probanden war es eine Wiederholungsbefragung.

1983 und 1987 wurde zusätzlich eine Umzugsanalyse angefertigt, die sowohl objektive als auch subjektive Beweggründe für den Umzug sowie die Quell- und Zielgebiete der Migration auswies.

In allen vier Erhebungen der Intervallstudie wurden die für den Forschungsinhalt entscheidenden Indikatoren unverändert beibehalten (die sog. Eckindikatoren), wodurch die Vergleichbarkeit der wichtigsten Daten im Laufe der Jahre und zwischen den Untersuchungsgebieten gewährleistet wurde.

Diese Eckindikatoren bezogen sich auf

- Wohnwertorientierungen
- Wohnungszufriedenheit
- Wohngebietszufriedenheit
- Aktivitäten im Wohnumfeld

- Nachbarschaft
- Bindungsfaktoren an die Stadt
- Arbeitsweg und Wochenendauslastung

Darüberhinaus wurde jede Studie mit einem speziellen Thema ergänzt:

- 1979 Möblierung von Neubauwohnungen und Einstellung dazu
- 1981 Funktionsweise "sozialistischer" Demokratie im Wohngebiet
- 1983 Nachbarschaft und Nutzung des Kinderzimmers
- 1987 Verkehrsmittelwahlverhalten und Umweltbewußtsein.

Im Zusammenhang mit dem sozialen Strukturwandel in der ehemaligen DDR ist es von hohem Reiz, die konkreten Auswirkungen auf die sozialen Strukturen und Befindlichkeiten in den untersuchten Großsiedlungen zu erkunden und die Intervallstudie fortzusetzen. Das Ziel eines möglichen Projektes zur Entwicklung großer Neubaugebiete in den neuen Bundesländern wäre die Aufdeckung von

- Veränderungen der sozialen Strukturen in bezug auf
 - die Bevölkerung, vor allem der
 - . demografischen Struktur
 - . Erwerbsstruktur
 - . Einkommensstruktur
 - . Ausgabenstruktur
 - Belegungsstruktur
 - Fluktuationsstruktur.
- Veränderungen in den subjektiven Befindlichkeiten wie
 - Wohnwertorientierungen
 - Wohnzufriedenheit
 - Umzugsbereitschaft
 - Erlebniswert der Infrastruktur
 - Bewertung des sozialen Milieus
 - Mitwirkungsbereitschaft und Nachbarschaft.

Zurück zur Forschungsstrategie: Die Studie war methodisch als kumulative Intervallstudie im Sinne einer Längsschnittstudie angelegt. Es sollte 1979 mit 200 Probanden aus den zuerst fertiggestellten Wohnblöcken begonnen werden und zwei- bzw. vierjährig die Befragungspopulation um 200 neue Probanden aufgestockt werden, so daß 1987 in der vierten Erhebung ein Sample von 800 Probanden vorhanden gewesen wäre. Für die ersten 200 Probanden hätte also 1987 die 4. Befragung stattgefunden, für die zweiten 200 die 3. Befragung usw. Dieses methodische Konzept hatte den Vorteil, daß die Vorzüge einer Intervallstudie mit den Vorzügen einer Ersterhebung unter jeweils veränderten Wohnbedingungen (aufgrund des Fortschreitens der Bautätigkeit und der infrastrukturellen Vervollkommnung der Wohnkomplexe) hätte verbunden werden können. Dadurch wäre nicht nur die Einstellungsänderung der Bewohner erfaßt worden, die als erste auf die "Baustelle" Grünau umgezogen waren und das Wachsen ihrer Wohnumgebung miterlebten und mitgestalteten, sondern auch die Ausgangseinstellung derjenigen, die in ein sukzessive vollkommeneres Wohngebiet einziehen.

In Auswertung der vier Erhebungen läßt sich heute revidieren, daß bei der Neubaustudie für einen Teil der Population die Kriterien einer Intervallstudie im klassischen Sinne zutreffen, indem die gleichen Personen mit gleicher Methodik unter relativ gleichen Versuchsbedingungen auf die festgelegten Merkmale mehrfach empirisch analysiert wurden. Für die Gesamtpopulation (1564 Probanden) handelt es sich um eine Modifizierung, indem Personen der gleichen Einheit (Wohnkomplex), aber nicht in jedem Fall dieselben Personen, mit gleicher Methodik unter relativ gleichen Versuchsbedingungen auf festgelegte Merkmale mehrfach untersucht wurden.

Die Entwicklungsverläufe in der Einstellung zum Wohnen in Grünau lassen sich daher nicht personenbezogen, sondern "einheitsbezogen" (d.h. in unserem Fall bezogen auf Personengruppen aus denselben Wohnkomplexen) feststellen. Entsprechend unseres Forschungsziels sind wir also in der Lage, Einstellungsänderungen von Bewohner-

gering. Mit längerer Wohndauer und damit auch allmählicher Fertigstellung der Wohnumgebung und Komplettierung mit Einrichtungen der infrastrukturellen Grundversorgung nimmt sie etwas zu, verbleibt aber insgesamt im negativen Bereich.

Auch 10 Jahre nach Baubeginn werden z.B. die Spielmöglichkeiten für Kinder, Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und Erwachsene oder die Verkehrsverbindungen zum Stadtzentrum nicht positiv eingeschätzt.

Lediglich bei dem Indikator Sauberkeit im Wohngebiet ist von Intervall zu Intervall eine leichte Erhöhung der Zufriedenheitswerte zu erkennen, ohne jedoch im positiven Bereich zu liegen. Andererseits nahm die Häufigkeit der positiven Urteile über die Fassadengestaltung von Untersuchung zu Untersuchung ab. Hier scheint der Gewöhnungseffekt nicht zu funktionieren.

Die baulichen und infrastrukturellen Unzulänglichkeiten der Wohnumgebung erfahren mit zunehmender Wohndauer kein mildereres sondern im Gegenteil ein strengeres Urteil. Das erlaubt die Schlußfolgerung, daß die Integration der Bürger in ein neues Wohnumfeld von dem Zusammenspiel innerer und äußerer Wohnfaktoren abhängig ist und nicht allein von der Qualität der Neubaubehaltung.

3. Die potentielle Umzugsbereitschaft bei Auszug der erwachsenen Kinder aus der elterlichen Wohnung verringerte sich von Intervall zu Intervall kontinuierlich. 1979 war noch ein Drittel bereit, in eine kleinere Wohnung umzuziehen. 1987 waren es nur noch knapp ein Viertel.

4. Auch mit längerer Wohndauer bleibt die Verteilung bei den Wohnformpräferenzen nahezu gleich: man bevorzugt trotz vieler kritikwürdiger Bedingungen die Neubaubehaltung im Neubaugebiet, gefolgt von der Neubaubehaltung in Zentrumsnähe. Ein Drittel bis ein Viertel würde sich für das Wohnen im Einfamilienhaus entscheiden, aber nur 7 - 8 % für eine Altbauwohnung.

5. Unter den Bedingungen der Parallelität von Bauen und Wohnen entwickelt sich die Mitwirkungsbereitschaft der Bewohner diskontinuierlich. Während des 1. Wohnjahres bildet sie sich auf

gruppen nach verschiedenen objektiven und subjektiven Gruppenmerkmalen zu erkennen. Der Vergleich der Befragungsergebnisse der gleichen Einheiten erlaubt Aussagen über die Stabilität oder Veränderung von Verhaltensweisen und Wertorientierungen der Bewohner in Abhängigkeit von der Wohndauer und über Veränderungen in den wechselseitigen Zusammenhängen zwischen Bewohnern und Wohnumwelt 5) sowie den Determinanten dieser Prozesse.

Betrachten wir den Wert der Intervallstudie hinsichtlich des Erkenntnisgewinns, so liegen eine Reihe von Forschungsergebnissen vor, die nur mit Hilfe dieser Untersuchungsmethodik gewonnen werden konnten:

1. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört der Nachweis der hohen Zufriedenheit mit der Neubaubehaltung. Auch nach mehrjähriger Wohndauer und dem damit verbundenen Gewöhnungseffekt bleibt die hohe Zufriedenheit erhalten, die sich vor allem auf den Komfort (Fernheizung, Sanitärausstattung) gründet. Bei einigen Wohnungsmerkmalen sinkt die Zufriedenheit mit zunehmender Wohndauer. Das betrifft vor allem die Wohnungsgröße. Meist bei der Geburt eines weiteren Kindes, aber auch durch das Heranwachsen der Kinder, durch Anschaffung von Möbeln oder technischer Geräte wird die Wohnungsgröße subjektiv immer seltener als genügend groß beurteilt. Die Anzahl der Zimmer wird dabei noch am besten bewertet, während die Größe einzelner Zimmer zunehmend kritischer gesehen wird. Am häufigsten ist man mit der Größe des Wohnzimmers zufrieden (beim Wohnungstyp WBS 70 zwischen 22 und 25 qm). Die Größe von Schlafzimmer, vor allem Kinderzimmer, Küche, Bad und Abstellraum findet ein weniger positives Urteil und weist von 1979 bis 1987 eine deutlich sinkende Tendenz auf. Insgesamt zeigen die Befunde, wo bei wachsender Relevanz von Platzproblemen in der Wohnung besonders Schwachpunkte in der Funktionsfähigkeit der Wohnungen liegen.
2. Die Zufriedenheit mit dem Wohngebiet ist von Anfang an

hohem Niveau heraus, sinkt danach ab und steigt im 3. Wohnjahr wieder an, ohne das Niveau des ersten Jahres wieder zu erreichen. Der "Ermüdungseffekt" setzt ab dem 5. Wohnjahr ein.

Folgende Erfahrungen aus unserer Intervallstudie lassen sich verallgemeinern:

- Bei der Planung einer Intervallstudie muß der Themenbereich exakt definiert werden, zu dem Aussagen gewonnen werden sollen. Die Gefahr, sich im Verlaufe der Studie den Wünschen und Ansprüchen unterschiedlicher Praxispartner und theoretisch orientierter Interessenten verpflichtet zu fühlen, ist groß.
- Von Studie zu Studie werden methodische und technische Unzulänglichkeiten "mitgeschleppt", denn im Interesse der Vergleichbarkeit dürfen Indikatoren einschließlich der Skalierungen nicht verändert werden.
- Die Kontinuität in der Leitung der Intervallstudie muß über den gesamten Zeitraum gesichert sein. Ein hohes Maß an Forschungserfahrung in der empirischen Feldarbeit ist Voraussetzung.
- Der Aufwand für die inhaltliche und organisatorisch-technische Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Intervallstudien ist überproportional höher als für die gleiche Anzahl einmaliger Erhebungen. Die Gewinnung von Verlaufsdaten rechtfertigt jedoch diesen Aufwand.
- Besondere Aufmerksamkeit ist der Speicherung der Daten und der Pflege der elektronischen Datenträger zu widmen. Die Daten der Intervallstudie Grünau wurden durch das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig bearbeitet. Im Zusammenhang mit der Abwicklung des Instituts sind die gespeicherten Daten verlorengegangen. Sie müssen von den Originalbelegen her neu aufbereitet werden. Mit der Ausstattung der soziologischen Institute an den Universitäten mit Computertechnik dürfte die Auswertung und Speicherung der Daten zukünftig keine Hürde mehr darstellen. Durch die Anwendung des Klumpenauswahlverfahrens ist der Schutz der Personendaten gegeben.

- Es hat sich als richtig erwiesen, sich verschiedener methodischer Zugänge zum Untersuchungsobjekt zu bedienen und sich nicht auf die Befragung zu beschränken. In der Intervallstudie hat sich die mündliche standardisierte Befragung als Hauptmethode bewährt. Der Nutzen anderer Methoden, insbesondere der Beobachtung und der autobiografischen Methode muß am konkreten Objekt erprobt werden.

Die Forschungsstrategie "Intervallstudie" entspricht u.E. am besten dem Anliegen, den Prozeß der sozialen Integration in ein Neubaugebiet über mehrere Jahre zu begleiten. Sie hat uns zu Erkenntnissen verholfen, die ohne den Einsatz dieses methodischen Instrumentariums nicht zur Verfügung stünden.

Sie stellt heute eine einmalige Ausgangsbasis für weiterführende Untersuchungen zum Wohnen in Großsiedlungen nach dem gesellschaftlichen Strukturwandel in den neuen Bundesländern dar.

Anschrift der Verfasser:

Prof. em. Dr. sc. Alice Kahl, Universität Leipzig Augustusplatz 9
Dr. Sigrun Kabisch Institut für Soziologie i. G.
7010 Leipzig

Dr. Christa Gießler
GEWOS, Institut für Stadt-,
Regional- und Wohnforschung GmbH
Büro Leipzig

Erfahrungen zur Sozialplanung in Leipziger Sanierungsverdachtsgebieten

Von diesen Erfahrungen kann nicht gesprochen werden, ohne - wenigstens ganz kurz - darauf einzugehen, daß sie von fünf wissenschaftlichen Mitarbeitern eines ehemaligen Bauakademieinstitutes, die seit 1. 10. 1991 im GEWOS-Büro Leipzig tätig sind, gemacht werden. Die Zukunft wird zeigen, daß dieses "Herkommen" eine vielleicht sogar wachsende Rolle spielen wird, wenn die Zusammenarbeit zwischen alt- und Neubundesdeutschen Wissenschaftlern erst selbstverständlich geworden ist.

Sie ist es noch nicht. In der praktischen Arbeit - häufig dann, wenn wir Verwaltungsangestellten aus den Altbundesländern gegenüber sitzen, und manchmal auch im Gespräch mit westdeutschen Kollegen - fühlen wir uns (wenn auch auf nette Weise ...) ein wenig geschulmeister. Ein modernes, erprobtes Know how und langjährige Erfahrungen mit den Verfahren und Instrumenten lt. Baugesetzbuch und Verwaltungsvorschriften sind ein unbestrittener, ganz logischer "Vorlauf". Aber es ist nicht automatisch damit verbunden, daß "man" hier im Osten nun aufklären müßte, welche sozialen und städtebaulichen Probleme zu erkennen sind. Auch als DDR-Wissenschaftler waren wir nicht gezwungen, abstrakte, dogmatisch gesetzte Untersuchungen zu "absolvieren"; mit Engagement und ein wenig Zivilcourage war es durchaus möglich, die schwerwiegenden Konsequenzen, soziale und individuelle Lebensbedingungen und Alltagserfahrungen infolge Wohnungsbauprogramm und anderer "Programme", zu sehen und zu problematisieren.

Eine nachträgliche Dämonisierung der "DDR", zu einfache, so schön runde, Erhabenheit vermittelnde Erklärungsmuster für ihren Aufstieg und Fall würden die Chance schmälern, dieses einzigartige Untersuchungsfeld aus 40 Jahren wirtschaftlicher, politischer, sozialer Wechselbeziehungen wirklich fruchtbar zu machen.

Bereits in der Zeit der Zugehörigkeit zum Institut für Ökonomie (Bauakademie) und erst recht in den zwei Jahren im Landesbauwissenschaftlichen Institut Sachsen (das nun zum 31. 12. 1991 abgewickelt wird) untersuchten einzelne Themengruppen "unseres Hauses", welche Konsequenzen der physische Verfall in den sogenannten Umgestaltungsgebieten auf die Wohn- und Lebenssituation der Bewohner, auf Wohnzufriedenheit und Wegzugswunsch hatte. Da vom zentralen Auftraggeber in Berlin immer weniger (brauchbare) Forschungsaufträge kamen, suchten wir schon in den Jahren 1988/89 die Problemfelder mehr und mehr selbst - es war eine Zeit der Unwägbarkeiten und einer

1) Eine Ausnahme bildete das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig, welches als Einrichtung des Ministerrates der DDR relativ gute personelle und technische Voraussetzungen für Intervallstudien besaß und diese auch mehrfach durchführte.

2) Größe der in die Intervallstudie einbezogenen Neubaugebiete:

| | |
|------------------|------------------|
| Berlin-Marzahn | 59 200 Wohnungen |
| Leipzig-Grünau | 35 000 " |
| Potsdam Am Stern | 5 900 " |

3) Die Untersuchungen in Berlin-Marzahn wurden vom Institut für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt und in Forschungsberichten ausgewertet.

4) Vgl. u. a.
Sigrun Kabisch: Zur soziologischen Analyse der Wohnfunktion im großstädtischen Neubaugebiet. Dissertation, Leipzig 1982
Steffi Riedel: Wohnwertorientierungen in der sozialistischen Gesellschaft. Dissertation, Leipzig 1988

5) Vgl. Alice Kahl/Susanne Kugler: Wohnumwelt im Neubaugebiet. in: Soziologischer Informationsdienst Heft 6/1987

Herausforderung von Selbständigkeit, die ein Gefühl dafür aufkommen ließ, was möglich gewesen wäre ...
Aber das Ende der "DDR" und der "sozialistischen Stadtentwicklung" war damals schon viel zu offensichtlich ... wenn man etwas auf den Grundsatz gab, daß sich der Zustand, die Probleme, die Werte und Machtstrukturen einer Gesellschaft am Zustand ihrer städtebaulichen Substanz offenbaren ...

Die ersten komplexen sozialplanerischen Untersuchungen für ein Leipziger Stadtgebiet wurden von uns zu Beginn des Jahres 1990 in Gohlis durchgeführt - ein Leipziger Gebiet, das für großflächigen Ersatzwohnungsbau mit WBS-70-Erzeugnissen vorgesehen und mit dieser Zielstellung auch mehrfach "beplant" worden war.

In Erwartung der "Entscheidungen" verschloß jedoch auch Gohlis nur Jahre lang dahin, selbst die dringendsten Reparaturmaßnahmen an den überwiegend um die Jahrhundertwende errichteten Gebäuden unterblieben. Entsprechend hoffnungsvoll, ungläubig oder aggressiv reagierten die Bewohner, als wir im Februar 1990 mit Hilfe von Studenten der Technischen Hochschule Leipzig daran gingen, für über 20 Wohnquartiere in Leipzig-Gohlis detailliert zu erfassen:

- Bauzustand nach Bauwerksteilen, Schadensschwerpunkte, Instandsetzungsbedarf
- Wohnungsausstattung, Wohnungsgröße
- Leerstand von Wohnungen und Unterbelegung
- Haushaltsgröße, Haushaltsstruktur, Wohnzufriedenheit, Verbundenheit mit dem Wohngebiet, Vorzüge, Nachteile, Wünsche ...
- Bestand und Nutzung öffentlicher Einrichtungen im Gebiet, Leerstand von Läden
- Freiflächen und Grünbereiche, Zustand und Nutzungsqualität
- Gewerbestätten im Gebiet, Standort und Störwirkungen

Im Rückblick ist einzuschätzen, daß wir diese Analyse mit sehr viel Aufwand und zu detailliert durchgeführt haben. Kaum noch nachzuvollziehen ist zum heutigen Zeitpunkt, daß Erwerbsstruktur, Miethöhe und vor allem Eigentumsstruktur "damals" kaum interessiert haben, das Wissen um Mieten "... so zwischen 20 und 80 Mark" und um einen Anteil "volkseigener Gebäude" von deutlich über 60 Prozent schien noch gesichert ...

Die nächste große Aufgabe, nun schon im Rahmen "Vorbereitender Untersuchungen", betraf das Sanierungsverdachtsgebiet Leipzig - Neustädter Markt. - Es kann als ein wesentliches Ergebnis, als entscheidender Entwicklungsschritt in der Sanierungsvorbereitung in Leipzig insgesamt eingeschätzt werden, nicht zuletzt deshalb, weil sozialplanerische Voruntersuchungen erstmals den Platz einnahmen, der ihnen zukommt.

Wesentliche Änderungen in der Vorgehensweise bestanden darin, daß nicht mehr Studenten, sondern ausschließlich vier Mitarbeiter unseres Instituts - und das über viele Wochen hinweg sehr intensiv - erforderliche Analysedaten und Informationen ermittelten. Ortskenntnis, Bekanntheit bei den Bewohnern und ein weitgehend einheitlicher Beurteilungsmaßstab hinsichtlich baulicher, funktioneller und sozialer Probleme haben sich in diesem Fall als Vorteil erwiesen. Im Gebiet "Neustädter Markt" wurden die gebäude- und wohnungsbezogenen Informationen nicht mehr flächendeckend, sondern für zwei ausgewählte, charakteristische Quartiere und auf Grundlage von sieben für Leipzig als typisch anerkannten Gebäuderepräsentanten ermittelt. Ein Vorgehen, das sich bewährt hat.

Die Bewohnerbefragungen und analytischen Untersuchungen zur Sozialplanung gingen über die Ermittlungen in Gohlis hinaus, waren zielgerichteter, weil es nicht mehr um mehr oder weniger "beliebige" Informationen zu "möglichst vielen" Bürgern, sondern um Konfliktgruppen und Konfliktfelder des konkreten Gebietes hinsichtlich einer baldigen, zügigen und erfolgversprechenden Bewältigung der Sanierung gehen sollte. Erwerbssituation, finanzielle (... Mieten) und psychische Belastbarkeit (Umzüge ..., Veränderungen im Wohnumfeld), Akzeptanz- und Zumutbarkeitsschwellen standen im Mittelpunkt von etwa 120 Passanteninterviews. Hinsichtlich der Konfliktgruppen "Ältere, alleinstehende oder behinderte Bürger in stark verschlissenen Wohnungen" bzw. "... jugendliche Cliques", die sich abends im Umfeld der Kirche treffen und für immer mehr Unmut und "Reaktion" der Bewohner sorgen, wurden durch Gespräche und Kontaktaufnahme mit Ämtern bzw. einzelnen Persönlichkeiten für erste Lösungsansätze gesorgt.

Auch für die Sozialplanung in der "Inneren Südvorstadt", die die dritte größere Aufgabe unserer Gruppe war, wurde mit Passanteninterviews gearbeitet. Neben Problemdarstellungen zur Wohnsituation unterschiedlicher Bewohnergruppen, Verhaltensorientierungen angesichts miet- und wohnungspolitischer Veränderungen wurden die gleichen Schwerpunkte wie am "Neustädter Markt" gesetzt. Als Hauptprobleme wurden in diesem Gebiet die Verdrängungsgefahr für einkommensschwache Gruppen und das Konfliktpotential in den Wohnquartieren

durch ambulante Händler und ihre Kundschaft herausgearbeitet. Als Nachteil erwies sich, daß die Sozialplananalysen schon weitgehend unabhängig von den Zustands- und Funktionsanalysen der Gebäudesubstanz erfolgten. Komplexe Untersuchungen (... gegebenenfalls in kleinen Teilgebieten) gewährleisten eine tiefere Einsicht in die konkreten Probleme, überzeugendere Argumentationen und kenntnisreichere Vorschläge bei der Lösungsfindung (... Art und Umfang von Instandsetzungen, Möglichkeiten für Freilegung und Umzüge...)

Gegenwärtig - nun als GEWOS-Büro - sind wir abermals in Leipzig-Gohlis tätig, haben mehr als 300 Fragebögen verteilt (... der Rücklauf, der über 5 Sanierungsbriefkästen im Gebiet organisiert ist, ist nicht sehr beeindruckend, aber das war zu erwarten) und führen außerdem zahlreiche Interviews mit Bewohnern und "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" im Stadtgebiet durch. Aufbauend auf allen bisherigen Kenntnissen und Erfahrungen wollen wir diesmal - parallel zur förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes und weiteren erforderlichen Satzungen, für das große, in sich differenzierte Stadtgebiet Gohlis (über 200 ha ...!) - auch den nächsten Schritt in der Sozialplanung wagen und damit beginnen, soziale Konzepte für einzelne Quartiere, Umzugs- und Härtepläne entsprechend der geplanten Baumaßnahmen zu erarbeiten und Beratungs- und Betreuungsdienste für Betroffene aufzubauen. Die unmittelbare Zusammenarbeit mit den Bürgern wird in den nächsten Monaten auch den Charakter unserer eigenen Arbeit spürbar verändern.

Nachfolgend a u s g e w ä h l t e Befragungsergebnisse aus den genannten Gebieten - und die ausdrückliche Bitte, sie nur im Zusammenhang mit unseren nicht repräsentativen, pragmatisch orientierten und methodisch nicht einheitlichen Untersuchungen zu bewerten! Es sollte dabei auch bedacht werden, daß sich innerhalb der Jahre 1990 und 1991 die "Beantwortersituation" infolge Wiedervereinigung, wachsender Arbeitslosigkeit und Mietpreiserhöhung drastisch verändert hat, woraus zweifellos sehr spontane Antworten und gewisse Verzerrungen im Meinungsbild resultieren.

- Antworten in Prozent von gesamt -

| | Gohlis | Neustädter Markt | Inn.Südvorstadt |
|---|--------|------------------|-----------------|
| - <u>unbedingt</u> im Wohngebiet wohnen bleiben! | 53 | 62 | 80 |
| - am liebsten <u>weg</u> ! | 14 | 23 | 10 |
| Gründe für hohe Wohnortbindung | | | |
| - Vertrautheit | 28 | 29 | 14 |
| - Lage | 34 | 20 | 31 |
| - Einkaufsmöglichkeit | 18 | 23 | 17 |
| - die eigene Wohnung | 11 | 17 | ... |
| - städtebaulicher Charakter | | | 16 |
| besonders störend und negativ | | | |
| - Verfall und Verschleiß | 47 | 69 | 38 |
| - Verkehr und Umwelt | 26 | 11 | 32 |
| - Versorgungsbedingungen | 10 | 3 | - |
| Welche "Wohnform" wird für die Zukunft angestrebt.. | | | |
| - Sozialwohnung (Anfang '90 noch nicht aktuell) | | 30 | 24 |
| - Eigentumswohnung oder eigenes Haus | 30 | 19 | 29 |
| - Wohngemeinschaft bzw. alternatives Wohnen | 12 | 1 | - |
| - Mietwohnung gehobenen Standards | 55 | 50 | 40 |
| in jetziger Wohnung bleiben: | | 44 | 47 |

Diese und weitere, teilweise provozierende Fragen bzw. die Auswertung der Antworten nach demographischen Gruppen brachten u. a. Hinweise auf folgende Zusammenhänge:

1. Die Wohnzufriedenheit und Wohnortbindung ist umso höher, je besser vor allem die eigene Wohnung, je intakter und ruhiger das Wohngebiet und je günstiger die Lage vor allem in Bezug zum Stadtzentrum und zu Grünbereichen ist. In der Gruppe der "Wegzugsbereiten" heben sich junge Frauen bis 35 Jahre hervor.
2. Auch in Gebieten mit beträchtlichen Zustands- und Funktionsmängeln erhält sich die Vertrautheit mit Nachbarschaft und Umgebung als hoher Bindungsfaktor. Städtebauliche Qualitäten (Bauweise, Begrünung ...) werden in reizvollen, intakten Gebieten stärker hervorgehoben, als sie in verfallenen Gebieten "vermißt" werden.
3. Es bestätigte sich in allen Untersuchungsgebieten, daß die Wohnung der wichtigste "Freizeitort" ist, sowohl werktagabends als auch am Wochenende werden deutlich über 50 % der Freizeit in der eigenen Wohnung verbracht. Angesichts schwerwiegender baulicher und funktioneller Mängel der Bausubstanz werden unzureichende Freizeitbedingungen nur von sehr wenigen, überwiegend jungen Bewohnern als Nachteil eines Gebietes bzw. als Verbesserungswunsch genannt.
4. Mit der Mieterhöhung zum 1. 10. 1991 und dem wachsenden Bewußtsein um den neuen Stellenwert einer "sicheren" Wohnung wachsen sowohl das Interesse an einer Sozialwohnung als auch jenes an einer Eigentumswohnung. Der Bedarf an altersgerechten Wohnungen ist in Sanierungsverdachtsgebieten extrem hoch. Das Interesse an "alternativem Wohnen" war offensichtlich nur in der "Übergangszeit" unmittelbar nach der Wende gegeben. Inzwischen orientieren sich auch jugendliche Bewohnergruppen überwiegend auf Miet- und Eigentumswohnungen bzw. den Bau eines Eigenheimes.
5. Hinsichtlich der genannten Wohnungswünsche fällt auf, daß die "komfortable" Wohnung noch immer an erster Stelle steht, dahinter aber "größere!" und "kleinere!" Wohnung in nahezu gleicher Größenordnung aufrücken. Die "ruhig gelegene" Wohnung nimmt den dritten Rang ein.
6. Hinsichtlich weiterer Mietsteigerungen schätzen nahezu 2/3 der Befragten ein, daß sie bereits jetzt an bzw. über der Belastbarkeitsgrenze stehen.

7. Einem durch das Sanierungsgeschehen bedingten zeitweiligen bzw. endgültigen Umzug stehen rd. ein Drittel der Befragten einsichtsvoll gegenüber. Ein weiteres Drittel lehnt ihn kategorisch als "unzumutbar" ab. In dieser "Ablehner"-Gruppe sind die Frauen zwischen 36 und 60 Jahren besonders stark und energisch vertreten (Erwartet wurde, daß vor allem ältere Bürger Einwände hätten ...).
8. Die Akzeptanz von Abriß und Ersatzwohnungsbau durch industriell gefertigte Wohnungsneubauten (immer mit der Einschränkung: gut gestaltet ... sich einfügend) war in allen Untersuchungsgebieten erstaunlich hoch. 60 bis 80 Prozent der Befragten äußerten sich grundsätzlich als Befürworter von Neubau; 30 Prozent würden auch selbst "sehr gern" ..., weitere 30 Prozent "eventuell" in Neubau wohnen wollen. Diese hohe Akzeptanz muß damit erklärt werden, daß viele Bürger noch immer in verschlissenen Wohnungen leben ... ohne Aussicht auf Bad, IWC, Heizung sind. Das Image von Wohnungsneubauten (zumal dann, wenn sie innerhalb der Stadtgebiete entstehen würden), ist in bestimmten Bevölkerungsgruppen offensichtlich noch immer recht hoch.

Weitere Fragen galten der Toleranz gegenüber Ausländern, Pflegebedürftigen, alternativen Gruppen im Gebiet ... der Mitwirkungsbereitschaft in Bürgerinitiativen und der Befürwortung bzw. Ablehnung privater Investoren.

Für die weitere Arbeit im Rahmen der Sozialplanung für Leipziger Sanierungsverdachtsgebiete ergeben sich aus den bereits abgeschlossenen Untersuchungen noch folgende Schlußfolgerungen:

- Nicht die "Masse" der Befragten, sondern Befragungen und Interviews, die die charakteristischen Probleme und Aufgabenstellungen eines Gebietes gut herausarbeiten und sich an "Repräsentanten" unterschiedlicher Bewohnergruppen bzw. an Schlüsselpersonen orientieren, sollten die erste Phase der Sozialplanung bestimmen.
- Neben den eigentlichen Ergebnissen geht es bei den Befragungen auch darum, Präsenz im Gebiet zu dokumentieren, Kontakte zu knüpfen, Informationen zu den Zielen und Problemstellungen der Sanierung zu vermitteln.
- Detaillierte Analysen zur Gebäudesubstanz und zur sozialen Situation (← Faktoren, die nach Möglichkeit in Zusammenhang ermittelt und betrachtet werden sollten) werden

erst unmittelbar vor Beginn des Sanierungsgeschehens, d. h. mit der Erarbeitung sozialer Konzepte für das einzelne Wohnquartier und des Instandsetzungsgutachtens für das einzelne Haus, wirklich sinnvoll.

- Die Ausdehnung und Perfektionierung Vorbereitender Untersuchung durch Erfassung, Bewertung oder gar Modellierung aller nur denkbaren Bestands-, Zustands-, Funktions- und Nutzungsdaten sind eine große Gefahr. Die Arbeit an der Rahmenplanung, die Erstellung überzeugender Versorgungs- und Verkehrskonzepte dagegen ist unverzichtbare Voraussetzung für die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung der Sanierung.
- Unzugs- und Betreuungspläne, die maßgeblich über eine zügige Durchführung der Baumaßnahmen entscheiden, müssen großzügige und flexible Vorgehensweisen (... je nach subjektiven Bedingungen) ermöglichen. Die gesamte Stadtverwaltung wird - wenn erst mehrere Sanierungsgebiete gleichzeitig förmlich festgelegt sind, sehr stark gefordert sein....

IRIS REUTHER
MARTA DOEHLER

DAS SANIERUNGSGEBIET LEIPZIG - CONNEWITZ -
STADTERNEUERUNG IM DER "NULLSERIE"

Seit etwa zwei Jahren wird in den Städten der ehemaligen DDR unter völlig veränderten Bedingungen geplant, saniert und neu gebaut. Juristische, finanzielle und Planungsvoraussetzungen haben sich gewandelt, ja die neuen gesellschaftlichen Bedingungen beeinflussen die städtische Entwicklung überhaupt und die individuelle Existenz jedes einzelnen.

Am Ende des Jahres 1991 stellen sich die Fragen nach DIMENSION und METHODIK, nach VERBINDLICHKEIT und UMSETZUNG von Stadtplanung deutlicher und schärfer als bisher; es bleibt zu vermuten, daß die konkreten Antworten, wie sie in der täglichen Auseinandersetzung auf diese Fragen gegeben werden, auf die relativ geordneten Bedingungen in den westlichen Bundesländern zurückwirken.

Das Sanierungsgebiet LEIPZIG-CONNEWITZ - BIEDERMANNSTRASSE hat eine wechselhafte, teilweise dramatische Planungsgeschichte - symptomatisch für die Umbruchzeit, die wir erleben. Seit Jahrzehnten war diese Gegend für die Sanierung (auch wenn es damals anders genannt wurde) vorgesehen. Mit diesem Argument wurden private Initiativen der Hauseigentümer gebremst. Mitte der 80er Jahre wurde Connewitz dann als "Umgestaltungsgebiet" vorbereitet. Unter dieser Überschrift aus der DDR-Stadtplanungspraxis ist an verschiedenen Fassungen für eine Bebauungskonzeption gearbeitet worden.

Das zentralistische Weisungsprinzip überlagerte sich dabei mit einem vom Planer verinnerlichten Pragmatismus des geringeren Übels. Das Umgestaltungsgebiet Connewitz wurde auf diese Weise durch den Mangel an Reparaturkapazitäten und mit der gestalterischen Ignoranz einer unpassenden Bauweise zusätzlich befrachtet.

Für den kleinteilig strukturierten Bereich hinter dem Connewitzer Kreuz zwischen zwei Hauptverkehrsachsen war großflächiger Abriß von verschlissener, aber noch bewohnter Altbausubstanz vorgesehen. Hier sollten ca. 1300 Neubauwohnungen in fünf- sogar achtgeschossigen Großplattenbauten, eine Kinderkombination (Kindergarten, Kinderkrippe), ein Ferienabendeheim und eine Kaufhalle errichtet werden.

Das entsprach ziemlich exakt dem Investitionsgeschehen des "Komplexen Wohnungsbaus". In den staatlichen Richtlinien waren die entsprechenden Kapazitäten, Einzugsbereiche und Abstandsflächen für Wohnblocks festgeschrieben. Die vorhandene städtebauliche Struktur von Connewitz und eine ihr entsprechende Gebäudetypologie konnte mit diesen Mitteln weder erhalten noch behutsam weiterentwickelt werden.

Solch eine Situation hat es in Leipzig mehrfach gegeben. Im Übrigen hatte fast jede Stadt in der ehemaligen DDR ihr "Connewitz".

In den heißen Wendezeiten vom Herbst 1989 hatten die Kritiker der DDR-Städtebau- und Baupolitik endlich Gelegenheit, den längst schon unerträglich gewordenen baulichen Verfall öffentlich zu benennen und ihn als Kulturverlust und Niedergang von Architektur-, Raum- und Lebensqualität darzustellen. Gerade am Beispiel von Connewitz entzündete sich die Diskussion.

Im Januar 1990 fand in Leipzig die Volksbaukonferenz statt, in deren Folge für Connewitz ein Abbruch- und Neubaustopp gefordert wurde.

In dieser Zeit entstand ein vorläufiger alternativer Bebauungsentwurf. Dieses Dokument eines praktisch über Nacht vollzogenen Paradigmenwechsels formulierte neue Ansprüche an die Bestandsentwicklung und Stadterneuerung in Leipzig.

Die Diskussion um das Planungsverständnis und die Forderung nach neuen Gestaltungsräumen für die - zukünftig freien - Architekten wurde vorwiegend mit baukulturellen, formalen und ästhetischen Kategorien geführt. Zu diesem Zeitpunkt gab es höchstens eine Ahnung von der bevorstehenden wirtschaftlichen Wende auf dem Gebiet des Städtebaus.

Erst die Verkaufsverweigerungen einiger Grundstückseigentümer und die Anmeldung von Restitutionsansprüchen rückten das GRUNDSTÜCK und die BAUPARZELLE wieder als städtebauliches Regulativ ins Bewußtsein der Stadtplaner

In jenen Gebieten, die vor etwa 100 Jahren Neubaugebiete der Stadt waren, begann ein neues Kapitel der Mietshausgeschichte mit nicht minder spekulativem Hintergrund.

Dieser Umbruch hat in der "Wüste Connewitz", in den noch bewohnten, in den später teilweise besetzten sowie in den nach wie vor leerstehenden Häusern seine Spuren hinterlassen. Soziale Spannungen haben hier stärker als anderswo in der Stadt ihren Austragungsort. Neue Büros und Geschäfte und der ambulante Handel füllen leere Grundstücke und verschiedene Erdgeschosse mit der ganz spezifischen Imbikultur der Nachwende-DDR und den hellen, aus der Alt-BRD bekannten Ausstattungsstandards für Existenzgründer. Für Baulücken, einzelne Gebäude oder ganze Bereiche haben verschiedene Investoren ihr Interesse angemeldet.

Auf das alternative Bebauungskonzept einer Initiative Leipziger Architekten folgte für Connewitz ein städtebaulicher Rahmenplan der Verwaltung, der wiederum die Grundlage für die Aufstellung von Bebauungsplänen darstellt. Das Bebauungsplanverfahren ist noch längst nicht abgeschlossen und erweist sich für die Vorbereitung und Durchführung der Sanierung als nicht ausreichend im Sinne von kommunikativer Planungspraxis.

Für die beteiligten Planer, Verwaltungsmitarbeiter und Sanierungsträger bedeutet das:

- weg von den bürokratischen, langwierigen und angreifbaren Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung
- und
- hin zur informellen Rahmenplanung, in der die Suche nach inhaltlichen und gestalterischen Zielstellungen für die Entwicklung eines konkreten Stadtteils bereits ein Schritt auf dem Weg zum Ziel ist,

- weg von der hochdeterminierten und final orientierten Planung, die einen angestrebten Zustand in Gänze vorwegnehmen will (obwohl er gegenwärtig kaum vorauszubestimmen ist)
- und
- hin zu einer PROZESS-BEGLEITUNG vor Ort, im Dialog mit den jeweiligen Interessenten, Eigentümern und Investoren,
- weg von der schematischen Bürgerbeteiligung für Bebauungspläne, deren Planzeichen ohnehin wenig anschaulich sind
- und
- hin zu einer praktischen Sozialplanung, die eine ständige Kommunikation zwischen allen Beteiligten zur Grundvoraussetzung hat.

Die Vorbereitung und Durchführung der Sanierung in den Städten der fünf neuen Bundesländer gestaltet sich als mühevoller Prozeß von Versuch und Irrtum, von ausgeprägter (und anstrengender) Empirie, von notwendiger Interaktion und aufwendiger Iteration. Alte und neue finale Planungsinstrumente werden in der Praxis und vor Ort durch ständige Veränderungen aufgehoben.

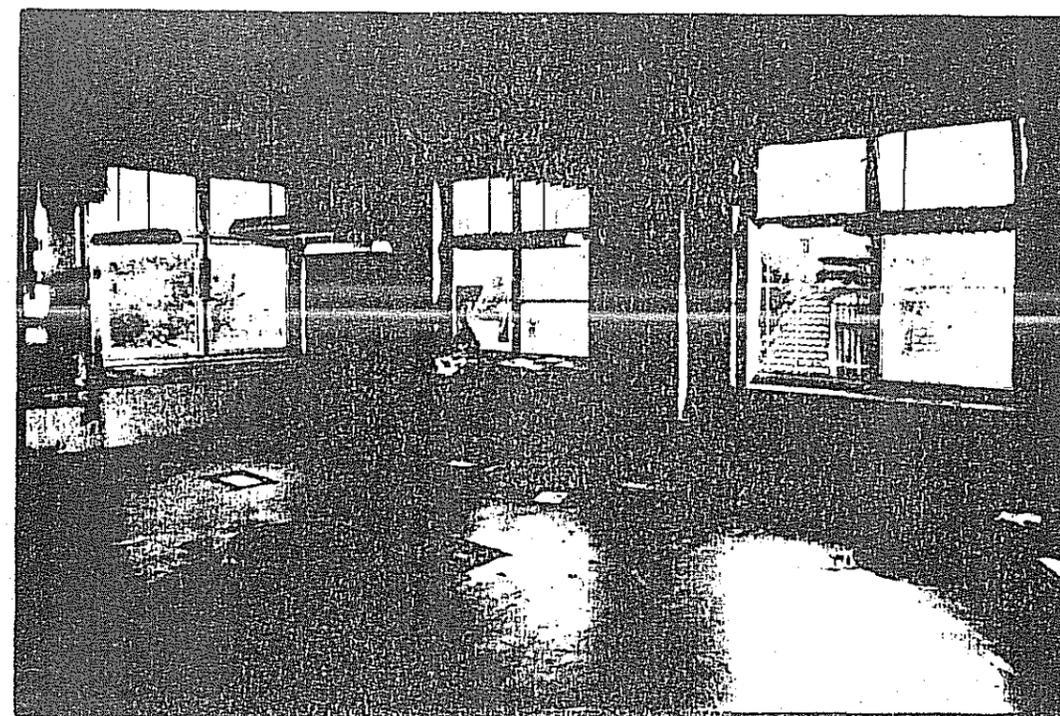
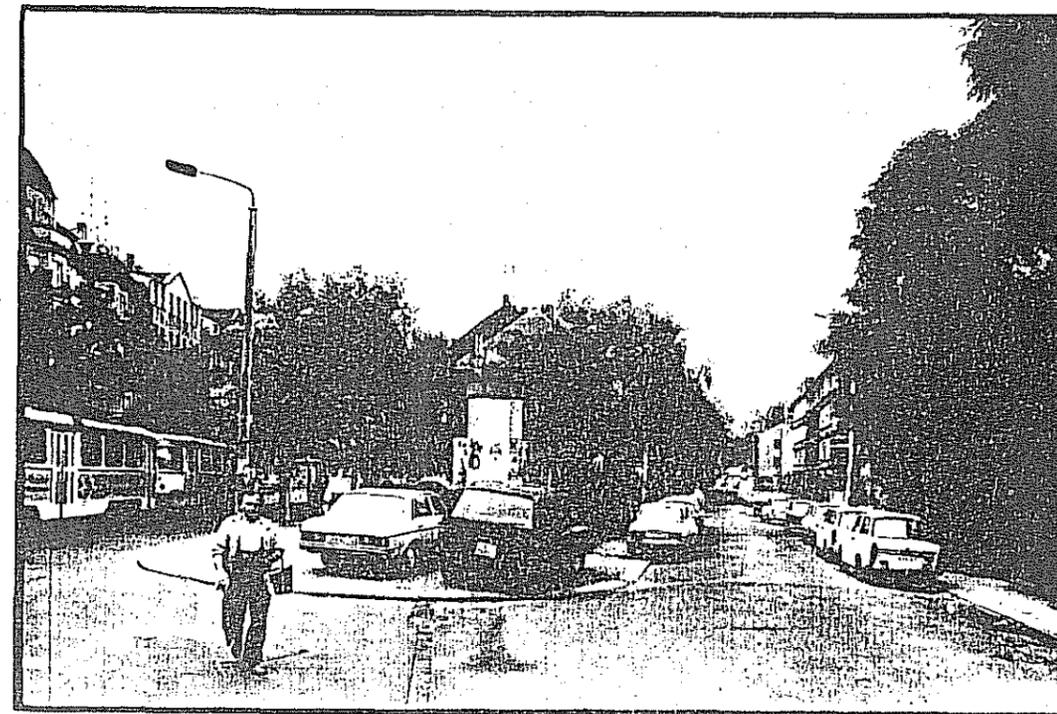
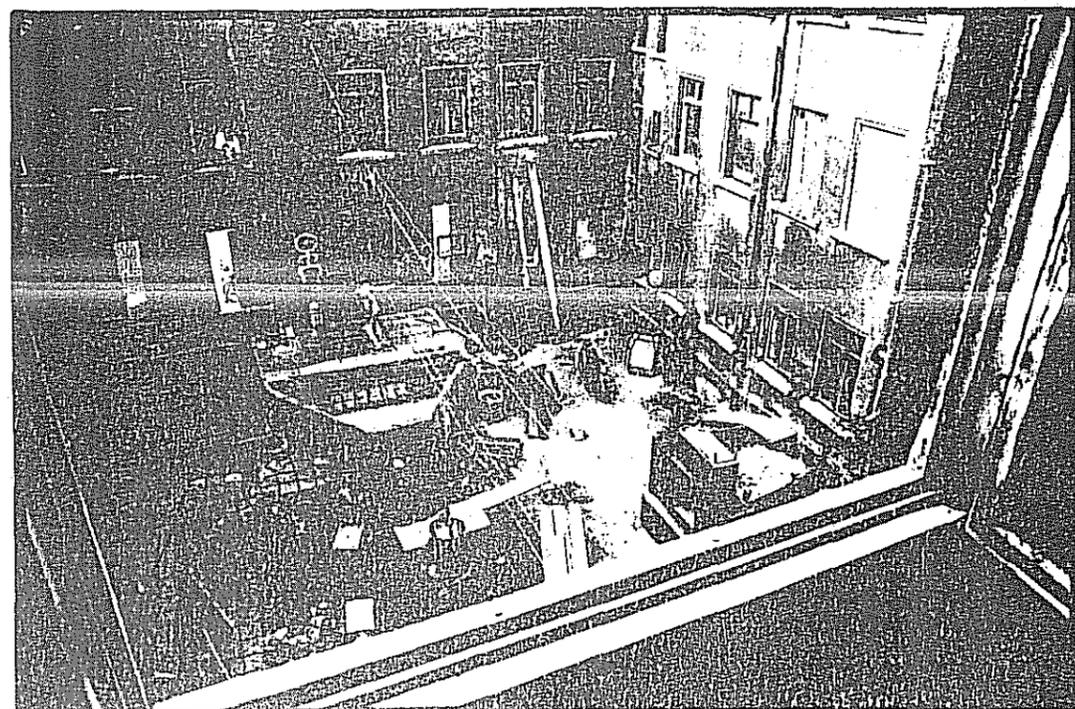
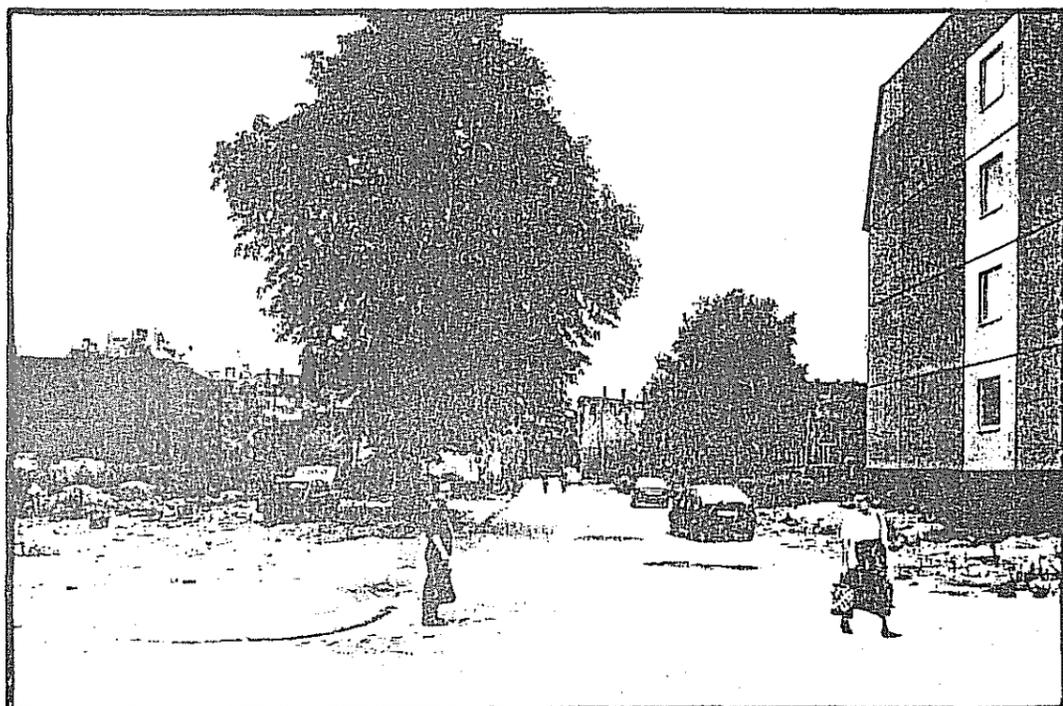
Die BETEILIGTEN - Bürger, Mitarbeiter der Verwaltung, Sanierungsträger, Stadtverordnete und Planer bzw. Architekten - wachsen in ihrer Rollen gerade erst hinein. Selbst die Investoren können längst gewohnte Verhaltensweisen kaum in Anwendung bringen oder rücken freiwillig davon ab.

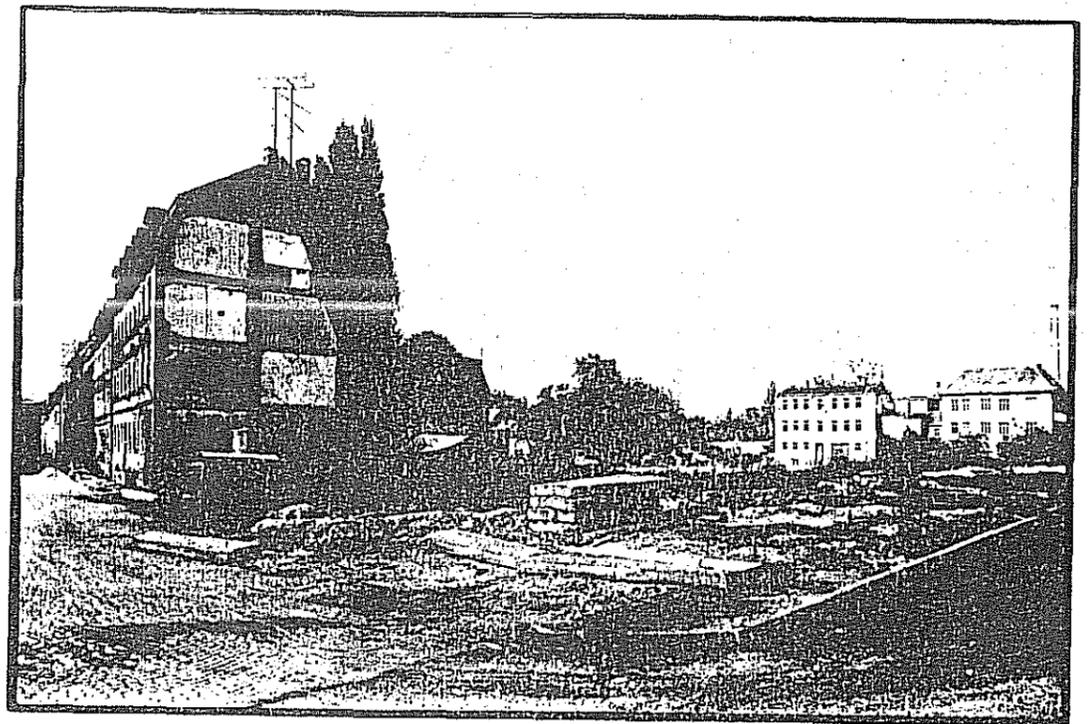
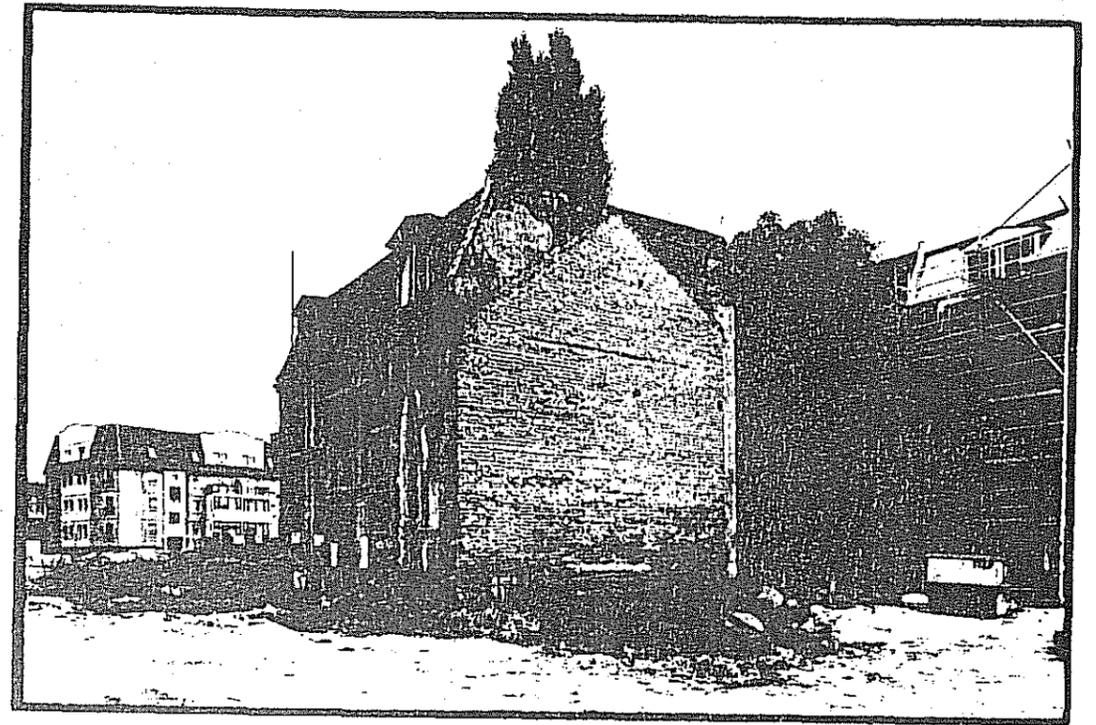
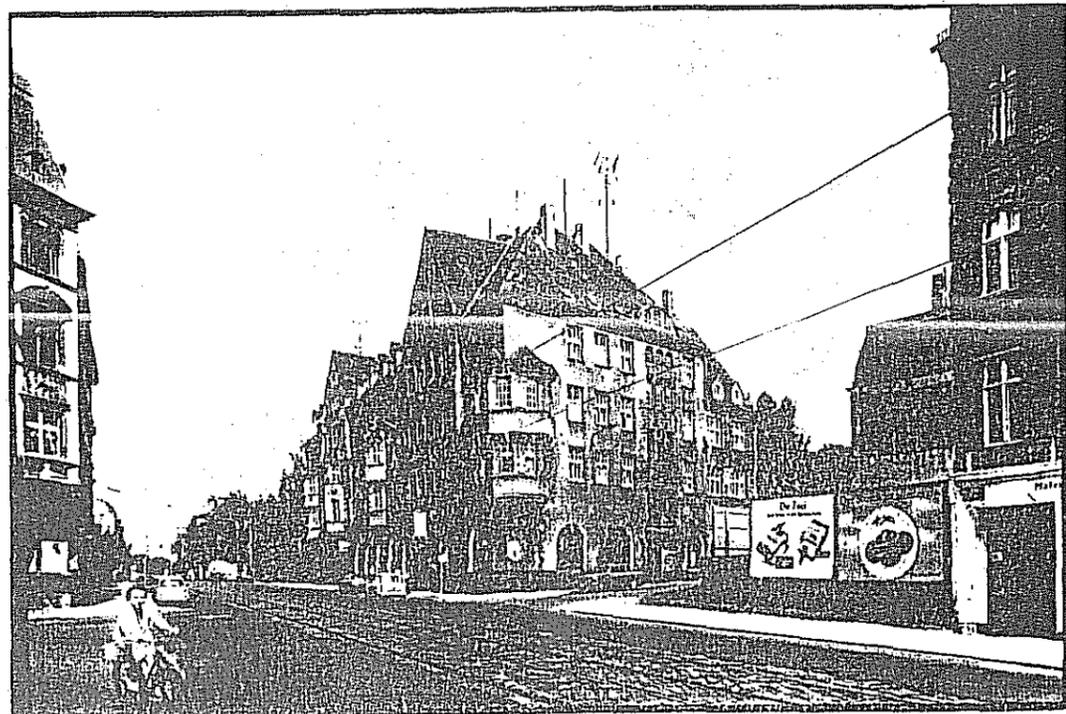
Die Besetzung in diesem neuen "Ensemble" ist oft noch unklar, einige Rollen sind vakant und andere Figuren wechseln schon mal wieder.

"Drehbücher" existieren schließlich kaum. Reale Szenen kommen im Baugesetzbuch oder in Förderrichtlinien mitunter nicht oder ganz anders vor. Vieles geschieht gleichzeitig und mit einem atemberaubenden Tempo - und die Bühne ist dafür noch gar nicht ausgelegt.

Inmitten dieses aufregenden und widersprüchlichen Erfahrungsprozesses stehen in Connewitz die ersten Gerüste ...

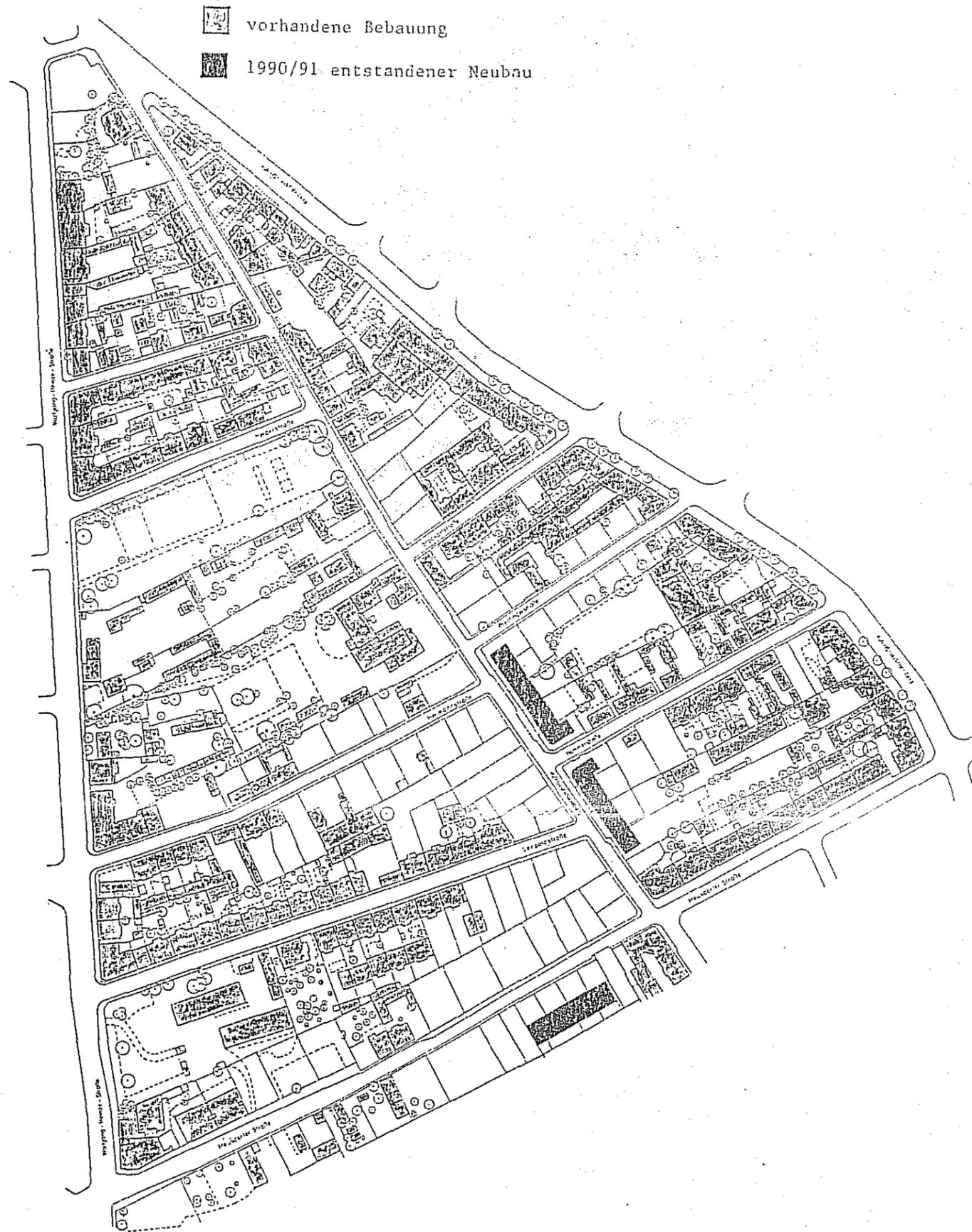
Fotos: c/o Jürgen HOHMUTH (Berlin)





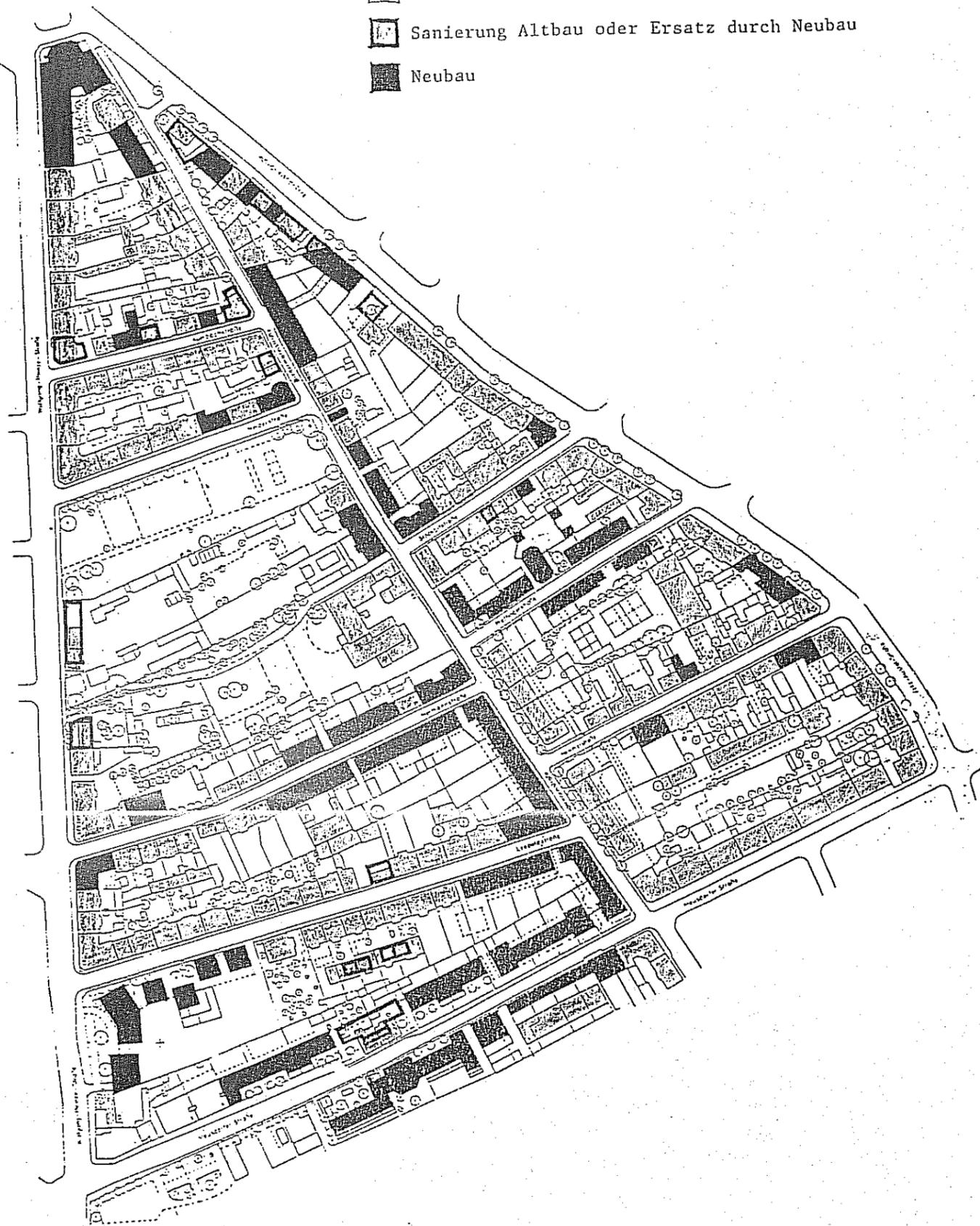


BEBAUUNG UND GRUNDSTÜCKSTRUKTUR - STAND 1991



BEBAUUNGSKONZEPT IM 1991 PRÄZISIERTEN
STÄDTEBAULICHEN RAHMENPLAN

-  Erhalt des Altbaubestandes
-  Sanierung Altbau oder Ersatz durch Neubau
-  Neubau



Dr. Günter Roski

Leipziger Bewertungen
Ergebnisse einer Bürgerumfrage des Leipziger Amtes für Statistik und
Wahlen - Kurzfassung eines Vortrags vom 25.10.1991 -

Im Juli und August 1991 führte das Amt für Statistik und Wahlen beim Rat der Stadt Leipzig eine repräsentative kommunale Umfrage unter 17- bis 75jährigen Bürgern durch. Die Bürgerumfrage 1991 versteht sich als Beginn einer kontinuierlichen sozialwissenschaftlich fundierten und an den Aufgaben der Stadtverwaltung orientierten Ermittlung der Lebensbedingungen der Leipziger Bürger, ihrer Wertvorstellungen, Einstellungen, Erwartungen und Wünsche unter kommunalem Blickwinkel. Die als Mehrthemen-Befragung angelegte Untersuchung soll jährlich wiederholt werden. Schwerpunkte der 1991er Untersuchung waren Fragekomplexe zu den Wohnbedingungen, zur Infrastruktur, zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage sowie zu den Erwartungen hinsichtlich der persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren. Vervollständigt wurde die Umfrage durch die Ermittlung des (potentiellen) Migrationsgeschehens und wichtiger Wertorientierungen.

Im folgenden einige Ergebnisse aus dem Bereich des Wohnens/der Wohnbedingungen. Die Wohnbedingungen sind ein entscheidender Gradmesser für das Wohlfühlen in einer Stadt. Können sie auf längere Sicht nicht zufriedenstellen, werden sie nicht selten zum Auslöser von Migrationsabsichten. Dies um so mehr, als sich heute die Ostdeutschen mehr und mehr an westdeutschen Wohnleitbildern (in bezug auf Größe, Grundriß und Komfort)orientieren.

Der Nachholebedarf ist in Leipzig, wie im gesamten Ostdeutschland, erheblich. 14 000 Wohnungen sind mit der Bauzustandsstufe 4 eingestuft (= nicht erneuerungswürdig). Für weitere 22 000 Wohnungen, die noch mit der Bauzustandsstufe 3 bewertet sind, besteht die Gefahr des Übergangs in die Stufe 4. Wenn in den vergangenen 40 Jahren in Leipzig gebaut wurde, so handelte es sich überwiegend um 2- und 3-Raum-Wohnungen. Lediglich 20 Prozent des aktuellen Wohnungsbestandes machen 4-Raum- oder größere Wohnungen aus. In Hannover, einer Stadt mit vergleichbarer Einwohnerzahl, beträgt dieser Anteil immerhin 62 Prozent. Dazu ist der verfügbare Wohnraum ungünstig verteilt. Da die Mieten in Leipzig nicht als Regulator auf dem Wohnungsmarkt wirken konnten, zogen insbesondere ältere, alleinstehende Bürger kaum aus größeren Wohnungen aus, zumal ihnen kaum altersgerechte 2- oder 3-Raum-Wohnungen angeboten wurden. So leben beispielsweise zur Zeit noch 45 Prozent der Verwitweten in Wohnungen mit 3 oder mehr Zimmern. Andererseits müssen 16 Prozent der Verheirateten mit zwei Zimmern, mehr als die Hälfte der 4-Personen-Haushalte mit 3 oder weniger Zimmern auskommen. Als am günstigsten versorgt erweisen sich in Leipzig zur Zeit die 3-Personen-Haushalte, die überwiegend auch 3-Raum-Wohnungen zur Verfügung haben. Bei diesen 3-Personen-Haushalten handelt es sich überwiegend um Verheiratete mit Kind. Lebensgemeinschaften sind weitaus schlechter versorgt, verfügen zum Teil nicht einmal über eine gemeinsame Wohnung. Die in der ehemaligen DDR gültige Wohnungspolitik berücksichtigte im allgemeinen bei der Vergabe Lebensgemeinschaften nicht.

Auf die Frage nach der Ausstattung ihrer Wohnungen gaben 85 Prozent an, über ein IWC zu verfügen. 84 Prozent haben in ihrer Wohnung ein Bad, 17 Prozent eine Dusche. In 47 Prozent aller Wohnungen wird noch mit Kachelöfen geheizt; 36 Prozent sind fernbeheizt, der Rest ist mit Etagenheizung, Gasheizung oder Nachtspeicheröfen ausgerüstet.

Verheiratete mit heranwachsenden Kindern verfügen insgesamt über die günstigste Ausstattung, Alleinstehende und besonders Lebensgemeinschaften sind unterdurchschnittlich versorgt. Vom Alter her sind die unter 30jährigen zum Teil deutlich schlechter versorgt als Ältere. Das ist für die Leipziger Kommune ein besonders wichtiger Befund, denn gerade diese Altersgruppe erweist sich auch als die mobilste. Die potentielle Abwanderungsbereitschaft dieser jungen Leipziger wird somit (auch angesichts der vorläufig nicht sinkenden Arbeitslosenzahlen) weiter befördert.

In Kenntnis dieser Wohnbedingungen verwundert nicht, daß auch Leipzig nicht aus dem allgemeinen Trend ausscheidet, der eine generell höhere Wohnzufriedenheit im Westen als im Osten ausweist. Attraktiv wohnen in Leipzig in der Regel lediglich die Bewohner von Eigenheimen.

Ohne Abstriche zufrieden mit ihrer Wohnung äußerten sich 15 Prozent der Leipziger, weitere 44 Prozent gaben an, daß sie zufrieden sind (Antwortposition 2 der 5stufigen Zufriedenheitsskala). Die Ältesten sind auch in Leipzig am zufriedensten - ein Gewöhnungseffekt, der durch fehlende Alternativen verstärkt wird. Im allgemeinen sind tatsächlich jene Gruppen unzufriedener, die auch über eine schlechtere Wohnausstattung bzw. zu kleine Wohnungen verfügen: Ledige, in Lebensgemeinschaft Lebende, Familien mit mehreren Kindern.

Sehr sensibel reagieren die Leipziger auf die Attraktivität der jeweiligen Wohnviertel. So ist die Zufriedenheit besonders in jenen Vierteln relativ hoch, in denen weniger in die historisch gewachsene Gebäudesubstanz eingegriffen wurde, wo traditionelle Stadtbilder weitgehend erhalten blieben. Dort, wo sich architektonische Längeweile an den Peripherien verbreitet, ist die Zufriedenheit mit dem Stadtviertel genauso gering, wie in jenen Vierteln, in denen Wohnungsneubau und Erhaltung total vernachlässigt wurden.

Stadtbezirk und Stadt werden weniger günstig beurteilt als Wohnung und Stadtviertel. Für den einzelnen weniger überschaubar, wirken sie auch weniger als Bindungsfaktor an das unmittelbare Zuhause. Betroffen machten die geringen Zufriedenheitswerte mit der Gesamtstadt. Obwohl drei Viertel der Befragten sich eng mit Leipzig verbunden fühlen, blickt man recht kritisch auf die Stadt. Das Image der Stadt ist angekratzt. Weltoffen und gastlich, so ist die Meinung der Mehrheit, ist Leipzig zwar, aber Modernität und Gepflegtheit wird der Stadt überwiegend abgesprochen.

Als dringendste Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation erachten die Leipziger umfangreichen sozialen Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln, aber auch die Sanierung verfallender Gebäude und Wohnungen - selbst wenn die Kosten voll von den Mietern getragen werden müssen.

Wohneigentum war im Osten nicht der Normalfall: In Leipzig befanden sich Ende 1990 nur knapp 25 Prozent der Wohnungen in Privatbesitz. Insofern war interessant, inwieweit die Leipziger ihre jetzigen Wohnungen erwerben wollen. 11 Prozent der Befragten zeigten ihr Interesse an, weitere 21 Prozent wollten sich eine Entscheidung noch vorbehalten. Es stellte sich heraus, daß das Kaufinteresse in den großen Neubaugebieten unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Damit bestätigt sich in gewisser Weise, daß eine relativ günstige Wohnausstattung durchaus nicht der entscheidende Faktor für das Wohlfühlen in einem Wohnviertel ist.

Leipzig ist, wie Ostdeutschland allgemein, seit 1989 mit erheblichen Abwanderungsquoten konfrontiert. Im Sommer 1991 gaben 43 Prozent der Leipziger zwischen 17 und 75 Jahren an, in den kommenden zwei Jahren umziehen zu wollen. Jeder Dritte vertrat diese Absicht mit Bestimmtheit. Allerdings wollten 80 Prozent der Umzugswilligen in Leipzig bleiben und sich lediglich in der Stadt eine andere Wohnung suchen. Von den restlichen 20 Prozent (entspricht etwa 9 Prozent der Befragten insgesamt) wollten die meisten in die alten Bundesländer umziehen.

Nicht unerwartet kamen die Befunde, wonach besonders jüngere Leipziger mit höherem Schulabschluß und beruflicher Qualifikation eine Migration in die alten Bundesländer in Betracht ziehen: Sie können sich auf dem westlichen Arbeitsmarkt trotz starker Konkurrenz einen Arbeitsplatz ausrechnen. Für die Leipziger Kommune heißt das: Selbst wenn nur ein Teil dieser Gruppen seine Migrationsabsichten realisiert, würde die Stadt weiter überaltern und hochqualifizierte Arbeitskräfte verlieren.

Eine Motivationsanalyse ergab eindeutig, daß mangelnde berufliche Chancen und ungenügende Wohnbedingungen die Hauptgründe für einen Umzug in die alten Bundesländer darstellen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß ein sicherer Arbeitsplatz bzw. eine schöne Wohnung in angenehmer Wohnlage, stünde es in Leipzig zur Verfügung, für große Teile der potentiellen Migranten ein Grund zum Bleiben wäre. Damit sind im Grunde die Wege aufgezeigt, die zu einer Eindämmung der überdimensionalen Abwanderungsquoten führen können.

Trotz der aktuellen Problemlagen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sahen drei Viertel der Leipziger im Sommer 1991 ihre persönliche Zukunft optimistisch. Die über-

wiegend positive Ausprägung des Zukunftsoptimismus wird im wesentlichen gestützt von der Überzeugung, die Fähigkeiten zu besitzen, mit der völlig veränderten Lebenssituation zurecht zu kommen. Das sehen 81 Prozent zuversichtlich. Andererseits sind aber 33 Prozent der Befragten weniger optimistisch, was die künftige Entwicklung ihres Einkommens betrifft, und immerhin 41 Prozent, was die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes bzw. die soziale Sicherheit generell betrifft. Dieser Widerspruch ist nicht einfach klärbar. Zum einen werden offensichtlich die Konfliktfelder erkannt, zum anderen vertraut man auf die Fähigkeit, diese Konflikte positiv lösen zu können. Es fragt sich allerdings, ob die Leipziger bereits über jene Erfahrungen verfügen, das Maß möglicher Konfliktsituationen real abschätzen zu können. Die Ausprägung von Zukunftsoptimismus und Selbstbewußtsein ist hinsichtlich der sozialen und der Sicherheit des Arbeitsplatzes, ebenso bezüglich der Entwicklung von Einkommen und Lebenshaltungskosten alters- und geschlechtsabhängig. Jüngere und Männer erweisen sich als deutlich zuversichtlicher. Als die größte Problemgruppe zeigen sich die 51- bis 60jährigen, die - wenn nicht ohnehin schon arbeitslos - bei Verlust ihres Arbeitsplatzes kaum darauf hoffen können, eine neue berufliche Chance zu erhalten.

Christine Weiske

Weimar, Oktober 1991

Mit Abstand betrachtet - die Theorie der sozialistischen Lebensweise als soziologische Theorie

Soweit ich die soziologische Literatur und die verbalen Debatten auch informeller Natur kenne, gab es unter Soziologen keine erklärten Gegner der "Theorie der sozialistischen Lebensweise".

Die Begründung dafür sehe ich nicht allein im Wissenschaftsbetrieb selber, sondern sie liegt m. E. zum einen Teil in dessen Vorfeld.

Wer nicht zu der Überzeugung gekommen war, daß der real existierende Sozialismus eine eigene historische Qualität hat in Unterscheidung zu anderen Gesellschaften, z. B. Westeuropas oder auch der 3. Welt, und eine eigene historische Zukunft hat, der studierte nicht m.-l. Soziologie oder Philosophie, der studierte Theologie, Kunst, höchstens Architektur - oder aber Naturwissenschaften oder Medizin.

Die intellektuelle Arbeitsteilung in der alten DDR ist in einem viel höheren Maße von den sozialstrukturellen Widersprüchen und Antagonismen der DDR-Gesellschaft geprägt, als ich mir das vor der Wende vorstellen konnte. Sie hat, festgelegt in der Struktur der Berufe, Diskurse voneinander abgeschottet, deren Trennlinien kaum zu überspringen waren. Gerade weil die Entscheidung zur personellen Zusammensetzung der Wissenschaftlergemeinschaft im Vorfeld der professionellen Erziehung und Bildung des einzelnen liegt, sind sie wissenschaftlich schwer zu reflektieren. Die nicht-wissenschaftliche Reflexion ist inzwischen sattem bekannt und lautet: Ich habe an den Sozialismus und seine Reformierbarkeit geglaubt. Sie hängt zusammen mit dem eschatologischen Grundzug der marxistischen Gesellschaftstheorie und seiner davon hergeleiteten religiösen Zelebrierung, die ja ein Problem aller kommunistischen Parteien ist, freilich im Osten mehr als im Westen. Sie hängt zusammen mit der Eschatologie, ist aber nicht identisch mit ihr. Die Vermittlungen sind nur über die Lebensläufe der Wissenschaftler selber nachvollziehbar. Hier sehe ich die Fortsetzung des Themas: Der Fall I C H von unserer ersten gemeinsamen Sitzung...

Neben dieser dem Wissenschaftsbetrieb externen Erklärung gibt es natürlich auch eine interne Erklärung.

Es hat eine wissenschaftliche Debatte um die "Theorie der sozialistischen Lebensweise" Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre gegeben. Sie ging, wie gesagt, nicht um die Ablehnung der Theorie oder besser des Anspruchs auf eine Theorie der sozialistischen Lebensweise, sondern sie ging um die Theorie-Inhalte und vor allem um die Bezüge zwischen Theoriebildung und empirischer Forschung.

Die "Theorie der sozialistischen Lebensweise" stand wie der Hut auf der Stange, es ging darum zu entscheiden, ob man ihm die Ehrenbezeichnung macht oder nicht.

Sie wurde geführt von einem Teil der ersten Generation der DDR-Soziologen und Philosophen. Ohne daß ich bei der Namensnennung die Verdienste wirklich abwägen könnte, nenne ich die Namen von Toni Hahn und Georg Assmann (DZfPh Heft 1, 1980), von Erhard Hahn und Dieter Strützel (Kultur-Kunst-Lebensweise, Berlin, 1980), die sich

in der Diskussion damals markiert haben. Die Legitimierung der Standpunkte über sowjetische Wissenschaftler war schützend. Viel zitiert wurden in diesem Zusammenhang Glesermann (Lebensweise und ideologischer Kampf. In: Einheit, 1975, Heft 6, und W. Kelle/M. Kowalson (Der historische Materialismus, Verlag Progress, Moskau, 1975).

Diese Debatte problematisierte

1. das normative Reglement, mit dem vom normativen und dogmatisierten Bestand der Theorie auf die Forschungshypothesen der empirischen Forschung übergriffen werden konnte, nicht aber den normativen Bestand selber.
2. Durch die Lockerung des normativen Reglements wurde zumindest der Realitätsgehalt der empirischen Materialien der sozialwissenschaftlichen Forschung in der DDR gesteigert. Empirisches Material gibt es mit z. T. guter Qualität, die theoretische Durchdringung und die sozialwissenschaftliche Deutung halten oft nicht Stand. Dieser Befund erhärtet sich m. E. seit dem Soziologentag in Frankfurt ~~Moch~~. Was im Augenblick passiert, ist m. E. der Versuch der 2. Generation der DDR-Soziologen, das Material, an dessen Sammlung und Notierung sie - zum Teil deutlich unter dem Einfluß von Max Weber und/oder J. Habermas stehend - beteiligt gewesen sind, zu interpretieren bzw. zum zweiten Mal zu interpretieren. Dafür stehen Namen wie Frank Adler, Michael Thomas, Ina Maria Nickel, Irene Dölling, Michael Schwese u.a.

Die Theorie der sozialistischen Lebensweise in ihrer gedrängtesten Form findet sich im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Berlin, 1976). Sie ist dort auf 4 1/2 Seiten im Octavformat niedergeschrieben.

Eine Partei kann eine Programmatik festmachen, ganz wie ihre Mitglieder das meinen. Es gibt nichts dagegen einzuwenden, daß im Programm ein Abschnitt über "Die sozialistische Lebensweise" steht. Fatal ist, daß in den Gesellschaftswissenschaften die Programmatik identisch mit einer bzw. mit der Theorie gesetzt wurde.

Aus dem Programm der SED Abschnitt E:

"Die sozialistische Lebensweise

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wirkt dafür, daß sich die entwickelte sozialistische Gesellschaft charakteristische Art und Weise des gesellschaftlichen Lebens und individuellen Verhaltens in allen Lebensbereichen immer mehr ausprägt - bei der Arbeit und in der Freizeit, im Arbeitskollektiv und in der Familie sowie in den Lebensgewohnheiten. Die sozialistische Lebensweise ist in der sozialistischen Produktionsweise begründet und schließt die stetige Hebung des materiellen und geistigen Lebensniveaus ein. Die Arbeiterklasse ist unter Führung der SED die entscheidende gesellschaftliche Kraft, die den sozialen, politischen und ideologischen Inhalt der sozialistischen Lebensweise entsprechend ihren Klasseninteressen bestimmt, im Maßstab der ganzen sozialistischen Gesellschaft durchsetzt und ständig vertieft.

Die sozialistische Lebensweise ist geprägt von aktiver Teilnahme an der Leitung und Lösung der gesellschaftlichen Angelegenheiten. Die Beziehungen zwischen den Menschen in der sozialistischen Gesellschaft, in der alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt sind und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln die Vorherrschaft gewonnen hat, sind Beziehungen wahrer Gleichberechtigung, Freiheit und sozialer Sicherheit. Damit werden zunehmend günstigere Bedingungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft geschaffen. Anliegen der sozialistischen Gesellschaft ist die Sorge für eine sinnvolle Arbeit, für Bildung, Kultur, Gesundheit, Erholung sowie Sicherheit im Alter. Das alles setzt zugleich voraus, daß jedes Mitglied der Gesellschaft aktiv am sozialistischen Aufbau mitwirkt und dabei bewußt Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft übernimmt.

Die Ausprägung der sozialistischen Lebensweise entspricht den Interessen aller Werktätigen und ihrem Streben nach einem sinnerfüllten, inhaltsreichen und schönen Leben in der sozialistischen Gemeinschaft. Sie ist untrennbar mit der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten verbunden, deren Denken und Handeln vom sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus gekennzeichnet ist. Dazu gehören das Eintreten für die revolutionäre Sache der Arbeiterklasse, Treue zum Sozialismus und die Bereitschaft, seine Errungenschaften zu schützen und zu verteidigen.

Ein hohes Niveau der Bildung und vielseitige geistig-kulturelle Interessen und Bedürfnisse, eine lebendige, interessante Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse gehören zur sozialistischen Lebensweise.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wirkt dafür, daß die Beziehungen der Menschen in allen Lebenssphären, zwischen der Jugend und den älteren Bürgern noch stärker von gegenseitiger Achtung und Unterstützung, von kameradschaftlicher Hilfe und Rücksichtnahme geprägt werden. Sie betrachtet die gewissenhafte, ehrliche, gesellschaftlich nützliche Arbeit als Herzstück der sozialistischen Lebensweise und tritt dafür ein, in allen gesellschaftlichen Bereichen eine solche Atmosphäre zu entwickeln, die die Arbeitsfreude und Leistungsbereitschaft wirksam fördert. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands lenkt die Aufmerksamkeit auf die große Bedeutung einer unvoreingenommenen, sachlichen Kritik und Selbstkritik in den Kollektiven, auf die verstärkte Auseinandersetzung mit Fehlverhalten und Mängeln wie der Vergeudung von Arbeitskraft, Material und Zeit, nachlässigem und verantwortungslosem Umgang mit gesellschaftlichem und persönlichem Eigentum. Zur sozialistischen Lebensweise gehört, die eigene Verantwortung für die übertragenen Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen. Das ist die Voraussetzung für schöpferisches Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren, worin die sozialistische Moral ihren höchsten Ausdruck findet.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands setzt sich für die planmäßige Entwicklung eines vielseitigen und interessanten gesellschaftlichen Lebens in den Wohngebieten ein. Die wachsenden Initiativen und die gesellschaftliche Aktivität der Bürger, die in vielfältigen Formen freiwilliger, ehrenamtlicher Tätigkeit zum Ausdruck kommen, werden durch die Partei wirksam gefördert und unterstützt.

In der sozialistischen Lebensweise haben die gesunde Lebensführung, Körperkultur und Sport ihren festen Platz. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands fördert und unterstützt die Entwicklung von Körperkultur und Sport als wichtiges

gesellschaftliches Anliegen. Regelmäßiges Sporttreiben fördert die Gesundheit, Erholung, Lebensfreude und Leistungsfähigkeit der Menschen, Körperkultur und Sport tragen zur allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft bei. Die Partei unterstützt alle Bemühungen, die auf die weitere kontinuierliche Entwicklung des Kinder- und Jugendsports, besonders der Spartakiadebewegung, des Freizeit- und Erholungssports der Werktätigen und des Übungs-, Trainings- und Wettkampfbetriebes im Deutschen Turn- und Sportbund der DDR gerichtet sind. Sie fördert die sportlichen Talente des Volkes und das Streben nach sportlichen Höchstleistungen, die der Sache des Sozialismus und des Friedens dienen.

Die Ausprägung der sozialistischen Lebensweise bestimmt auch die Gestaltung von Ehe- und Familienbeziehungen, die sich auf Liebe und gegenseitige Achtung, Verständnis und gegenseitige Hilfe im Alltag und die gemeinsame Verantwortung für die Kinder gründen.

Die vollständige Gleichberechtigung der Ehepartner, wachsende wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen und immer bessere Möglichkeiten, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, haben qualitativ neue Voraussetzungen für die persönlichen Bindungen geschaffen, die mit der Ehe und der Gründung einer Familie eingegangen werden. Kinder gehören zum Sinn und Glück einer Ehe. Ihre Erziehung zu gesunden und lebensfrohen Menschen, zu sozialistischen Persönlichkeiten ist eine hohe gesellschaftliche Verpflichtung der Eltern. Sie haben gemeinsam mit den Erziehern, dem sozialistischen Jugendverband und der Öffentlichkeit eine große Verantwortung bei der Vorbereitung junger Menschen auf die Liebe, Ehe und Familie.

Der sozialistischen Gesellschaft sind Handlungsweisen wesensfremd, wie sie in Egoismus und Raffgier, im Spießertum, im Streben, sich auf Kosten der Gesellschaft zu bereichern, zum Ausdruck kommen. Die Partei wendet sich entschieden gegen Herzlosigkeit und Rücksichtslosigkeit in den menschlichen Beziehungen, gegen Heuchelei und Zynismus, gegen unwürdiges Verhalten gegenüber dem anderen Geschlecht. Sie fordert dazu auf, einen entschiedenen Kampf gegen Rechtsverletzungen, gegen asoziales Verhalten und Rowdytum sowie gegen Alkoholmißbrauch zu führen.

Die planmäßige Entwicklung der sozialistischen Lebensweise bedeutet keine Nivellierung der Interessen und Bedürfnisse. Mit ihrer weiteren Ausgestaltung verwirklicht die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eines der edelsten Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung: die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten und Talente der Persönlichkeit zum Wohle des einzelnen und der ganzen sozialistischen Gesellschaft."

Eine politikwissenschaftliche Interpretation oder Wertung will ich ganz unterlassen. Es soll hier um eine soziologische Theorie gehen.

Mit auch nur einem Funken von wissenschaftstheoretischem Verstand läßt sich ganz leicht feststellen, daß dieser Text keine theoretische Qualität besitzt.

Er ist ein Gemenge von normativen Verhaltensregelungen. Sie sind an das Individuum Parteimitglied gerichtet und darüber hinaus an alle individualisierten Gesellschaftsmitglieder. Der Absender dieser Normen ist immer ein über-individuelles Subjekt: die Partei, die Arbeiterklasse, das Kollektiv, die sozialistische Gesellschaft. Wie die kollektiven Subjekte zu den Normativen kommen, ist nicht erkennbar, dennoch wird ihre Allgemeingültigkeit militant eingefordert oder ihre Akzeptanz belohnt mit der allseitigen Ent-

wicklung der Persönlichkeit, mit Gesundheit oder Glück in der Liebe. Der Theoretiker als Autor der Theorie markiert sich überhaupt nicht, seine soziale Position ist undurchsichtig und das rund 50 Jahre nach Einsteins Relativitätstheorie, in deren populärwissenschaftlicher Erklärung er den Beobachterstandpunkt problematisiert: es ist eben ein Unterschied, ob ich im fahrenden Zug stehe oder gehe oder von der Bahnstation einen Zug vorbeifahren sehe. Immer jedoch handelt die Theorie von einem Zug, der fährt, einer Bahnstation und einem Beobachter.

Der empirische Bestand der Theorie läßt sich vom normativen nicht unterscheiden, weder nach der sprachlichen Form noch nach der Logik der Darstellung.

Es gibt nicht den geringsten Hinweis auf die Methoden und Instrumentarien der Theorie zur empirischen Forschung. In einer eklektischen Aneinanderreihung sind dennoch fast alle Themen des Alltagslebens besetzt und normativ belegt mit Ausnahme vielleicht von Homosexualität, Pädophilie u. ä. sowie Krankheit und Sterben, Natur- und Umweltkatastrophen.

Die wertenden Aussagen sind so etwas wie der Grundwerte-Kanon. Daß eine Partei ihn braucht, ist klar.

Ob eine Wissenschaft ihn braucht, ist schon diskutabel. Aber nicht in der DDR. Diese Diskussion war mit Aussicht auf Erfolg nicht zu führen. Die DDR-Soziologie ist in den 60er Jahren ausdrücklich entstanden zur Politikberatung, also zur Durchsetzung der Ziele von Partei und Regierung. Damit entfiel für die erste Generation der Soziologen die Diskussion um die normative Fundierung dieser Ziele mindestens bis Mitte der 70er Jahre.

Als das empirische Material Befunde enthielt, die den normativen Prämissen mehr oder weniger entgegenstanden, gab es nach meiner Beobachtung unterschiedliche Reaktionsweisen von Soziologen, die aber doch alle den Hut auf der Stange ließen. Von außen betrachtet kann das heißen, daß die Soziologen die Theorie der sozialistischen Lebensweise akzeptiert hätten, von innen betrachtet heißt das, daß sie sie unterhalb ihrer kultischen Funktion problematisiert haben.

So schwierig Klassifikationen sein mögen, möchte ich behaupten, es gäbe seit Ende der 70er Jahre 4 Grundstrategien dafür.

Die erste wäre der "blanke" Empirismus. Die Theorie wird soweit wie möglich ignoriert, die Kraft wird in die genaue Abbildung der Realität gelegt. Marx und Engels haben dabei Hilfestellung geleistet mit der oft und oft zitierten Passage aus "Der Deutschen Ideologie": "Diese Weise der Produktion ... ist vielmehr schon eine bestimmte Art ..., ihr Leben zu äußern, eine bestimmte Lebensweise derselben. Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie." Aber diesen lakonischen Empirismus muß man sich auch leisten können. Das ging z. B. in der Industrieforschung, in der es andere Auftraggeber gab als Partei und Regierung - z. B. ein Kombinat, also die Wirtschaft. Es gibt in der Arbeitssoziologie solche Studien aus Halle oder Dresden, auch in der Bildungssoziologie an der AdPW (finanziert als Akademieforschung) oder auch am ZIJ Leipzig.

Ich will nicht behaupten, daß diese Wissenschaftler wirklich Empiristen waren, aber sie stellten sich als solche vor, um in keine politische Debatte über ihren theoretischen Hintergrund zu geraten.

Die zweite wäre die theoretische Forschung - z. B. am ISS der AdW. Hier gab es eine schier endlose Indikatorenforschung (Gunnar Winkler, Horst Berger, ... Priller, Thomas Hanf). Die Methodendiskussion war gerade nicht politisch besetzt, deshalb war das ein Feld für integeres Arbeiten; wenn auch die Ausführlichkeit und Folgenlosigkeit der Debatte einen sehr bemühten Eindruck machten. Es gibt auch historische Forschungen und Editions-Forschungen, die ich hier zuordnen würde, die eine hohe Qualität haben und dem Vergleich standhalten, z. B. von Achim Toepel in Halle zu Sismondi und Petty. Höchstens könnte man sich streiten, ob es soziologische oder wirtschaftswissenschaftliche Forschungen sind.

Die dritte Reaktion würde ich als die der Deformationstheoretiker benennen.

Sie bauen den normativen Kanon der sozialistischen Lebensweise zu voller Höhe auf und richten über das reale Leben. Die Diskrepanz wird nicht hinweggeredet, sondern gerade eingeklagt als Deformation des "echten und wahren" Sozialismus. Wenn ich diese Haltung hier leicht persifliere, dann nur wegen der jakobinischen Selbstgerechtigkeit. Ansonsten war das die mutigste Haltung, weil diese Wissenschaftler die politisch Verantwortlichen an ihre Verantwortung gemahnten, weil sie ihnen ihren Teil Schuld für die pathologischen Prozesse, die Deformation genannt werden, zuweisen. Sie machen sich unbeliebt.

Deformation und Reformation klingen nicht nur verwandt, sie hängen aufs engste zusammen wie Gift und Gegengift. Es handelt sich hier um die Theoretiker der Reform des Sozialismus und des 3. Weges.

Sie befinden sich in bedeutender Gesellschaft, denn kein Geringerer als Gorbatschow bis zum Putsch im Sommer '91 denkt so, Intellektuelle wie Aitmatow und Jewgeni Jewtuschenko argumentieren so. Das ist der Impetus der russischen Intelligenz, das sind ihr objektiver Idealismus wie ihre tiefe Religiosität, die zur Revolution von 1917 führten. Das ist auch die Traditionslinie der Deformationstheoretiker.

Diese Leute sind gerade keine Zyniker, die das Fallbeil des Wertekansons einsetzen in einem Kalkül, um Schuldige oder Versager oder auch nur Verlierer auszuschalten, sondern sie gibt das Fallbeil. Dafür müssen sie die Theorie der sozialistischen Lebensweise aber echt annehmen, weder verdrängen noch ignorieren.

Für Wissenschaftler, die in einem liberalen Wissenschaftsbetrieb sozialisiert wurden, ist dieser Typus wahrscheinlich am wenigsten nachvollziehbar. Obwohl seine Repräsentanten mutig, klug, opferwillig und nicht korrumpierbar sind.

Oder weil sie fanatisiert, selbstmörderisch, selbstgerecht und eindimensional sind?

Die vierte Reaktion ist die der Theorie-Entwickler. Bei ihnen kann man nicht erkennen, ob sie der Theorie echt anhängen und aus ihrer wissenschaftlichen Ambition heraus dieselbe entwickeln wollen, oder ob der Opportunismus der permanenten Konfliktvermeidung zu der Bestrebung führt, eine verquere Theorie mit einer verqueren Realität in fortdauernde Übereinstimmung zu bringen.

Ein Domino-Spiel hat zwei Enden, an denen man anlegen kann. Die Theorie der sozialistischen Lebensweise hat mehrere Enden, an denen man vertiefen oder erweitern kann. Ob damit Erklärungsleistungen oder Detailtreue gewonnen werden, bezweifle ich.

Wie bei allen Typisierungen gilt auch hier, daß sich die Realität schwerlich typisieren läßt, unser Denken als Annäherung an die Realität benutzt solche Typisierungen gerne. Sie helfen zu erhellen.

Was kommt zum Schluß heraus, wenn ich die Theorie der sozialistischen Lebensweise mit Abstand betrachte?

Die Theorie ist nicht theoretisch, eher beliebig. Sie ist ein Koordinatensystem von politisch gesetzten Größen, innerhalb dessen sich jeder positioniert hat, solange er zum System gehörte bzw. gehören wollte. Dabei gab es Druckpunkte und Spielräume, deren Enge oder Weite von der eingenommenen Position abhängen, denn sie lag näher oder weiter zu den politischen Machtpositionen.

Damit hat diese Theorie als soziologische Theorie wesentlich stärker wissenschaftssoziologisch, wissenschaftspolitisch und wissenschaftsorganisatorisch als inhaltlich auf die Hypothesen- und Modellbildung und damit auf die Theorieentwicklung innerhalb einer marxistischen Soziologie gewirkt.

Allerdings gab es auch Kolleginnen und Kollegen, die ihr wissenschaftliches Selbstverständnis nicht nur in dem einen, sondern in zwei Koordinatensystemen festgemacht haben. Das zweite war die Disziplinengese der Soziologie überhaupt, nicht nur in der östlichen Hälfte der Welt.

Das muß als ein sehr luxuriöses Unterfangen angesehen werden, denn dafür gab es im Wissenschaftsbetrieb wenig Ressourcen in Form von Büchern, Arbeitszeit und wissenschaftlichem Austausch - und die wenigen Ressourcen waren noch sehr unterschiedlich verteilt nach Akademien, Universitäten und Forschungsinstituten anderer Trägerschaften, nach Zentralität und Randlage.

Insgesamt blieb dieses Mitdenken der Wissenschaftsentwicklung hinter dem Eisernen Vorhang aber persönlicher Spleen. Ein uralter Vollsolisten-Witz beschreibt die Konstellation ganz gut:

Zwei Polizisten schlendern Unter den Linden. Ein Auto fährt ran, der Fahrer kurbelt das Fenster runter und fragt nach seiner Botschaft. In englischer Sprache. Die Polizisten zucken mit den Schultern. Der Fahrer fragt noch einmal in französisch. Die Polizisten heben wieder bedauernd die Schultern. Da fragt der Fahrer zum dritten Mal und in russisch nach seiner Botschaft. Als die Polizisten wieder keine Antwort haben, fährt der Fremde resigniert weiter.

"Hast Du das gehört?" fragt der eine den anderen Polizisten, "In drei verschiedenen Sprachen hat der uns gefragt."

"Na und," meint der zweite, "hat's ihm was genützt?".

Rainer Neef

Universität Göttingen
Soziologisches Seminar

Zur "Lebensweisen"-Forschung in der DDR - einige Vermutungen über Besonderheiten des sozialistischen Alltags aus westlicher Sicht

Vorbemerkung

Christine Weiskes Beitrag läßt die Frage offen, welche konkreten Untersuchungsfelder und Ergebnisse die Lebensweisen-Forschung eigentlich hatte. Leider kann ich hierzu nur ein paar Bruchstücke beitragen. Im Versuch, einen raschen Überblick zu gewinnen, habe ich einige empirische Untersuchungen¹ zu den Bereichen "Wohnen" und "Familie/ Freizeit" ausgewertet. Im Folgenden gehe ich sie etwas eilig durch auf die Frage, was sie über Besonderheiten des Zusammenlebens in der ehemaligen DDR aussagen. Die nachfolgenden Thesen sind insofern ein Schnellschuß; ich denke, auf Sektionstreffen und in unserem Nachrichtenblatt wird das nicht übelgenommen.

Mir scheint, eine intensivere Lektüre der Arbeiten aus Jena, Leipzig und Weimar lohnt sich; freilich sind die meisten nicht publiziert und daher mühsam zu beschaffen. Ein gründlicher Vergleich mit entsprechenden westdeutschen Forschungen ist wegen der völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexte schwierig und problematisch (und auch deshalb sind die folgenden Bemerkungen höchst provisorisch) - erwähnt seien nur die verschiedenen sozialen Implikationen von Interview-Situationen in Ost und West und die sehr unterschiedliche 'gesellschaftliche Erwünschtheit' der darin geäußerten Meinungen (z.B. der mit verschiedenartigen positiven Konnotationen aufgeladene Indikator "Zufriedenheit" oder die in Ost und West unterschiedlich negativ besetzte Äußerung von Belastungsgefühlen) - von den Unterschieden in Sozialstruktur und Lebensbedingungen ganz zu schweigen. Im Folgenden vermeide ich die Präsentation von Daten, die an sich reichlich vorhanden sind, da eine gründliche Abwägung ihrer Aussagekraft und Validität gegenwärtig noch nicht möglich ist.

Im Alltagsleben war die DDR offenbar eine vergleichsweise egalitäre Gesellschaft. Die soziale Haupt-Differenzierungslinie verlief nach meinem Eindruck zwischen einer relativ kleinen politischen und kulturellen Elite (mit den Lebensbedingungen etwa westdeutscher Prokuristen) und der Masse der sonstigen Bevölkerung, von der sich vielleicht noch die meisten Nicht-Erwerbstätigen und die politisch Marginalisierten als Benachteiligten-Gruppe abhoben. Die Einkommensdifferenzen waren weit weniger groß als im Westen, ihr Einfluß auf die Lebenslage wurde durch die geringere Bedeutung des Geldhabens gemindert. Die kollektive Versorgung (auch in Form von Preis-Subventionen) spielte eine große Rolle. Beziehungen z.B. zu örtlichen Parteifunktionären, zu Beschäftigten in Konsumgüterproduktion und Handel und zu westlicher Verwandtschaft waren für die Haus-

¹ Frank Adler: Soziale Umbrüche. In: Das Ende eines Experiments. Hg. R. Reißig/ G.-J. Glaesner, Berlin 1991; Autorenkollektiv: Lebensniveau im Sozialismus. Berlin (O), 2. erw. Aufl. 1989; Alice Kahl/Steffen, H. Wüsdorf/Herbert F. Wolf: Kollektivbeziehungen und Lebensweise, Berlin(O) 1984; Alice Kahl: Wohnen im Neubaugelbiet. Ms. Leipzig 1989; dies.: Wohnzufriedenheit und Wohnnerwartungen im Waldstraßenviertel. Ms. Leipzig 1990; Fred Staufenbiel u.a.: Brandenburg '87 - Stadtentwicklung und Wohnumfeld. Weimar 1987; Dieter Strützel: Entwicklungstendenzen der Lebensweise städtischer Bevölkerung. Ms. Jena 1989. Aus der westdeutschen Forschung führe ich nur noch auf: Katharina Belwe: Zwischenmenschliche Entfremdung in der DDR. In: Die DDR in der Ära Honecker. Hg. G.-J. Glaesner. Opladen 1988; An der Schwelle zur Marktwirtschaft - Ergebnisse aus der Basiserhebung des Sozio-ökonomischen Panels in der DDR im Juni 1990. Hg. G. Wagner u.a. Nürnberg 1991.

haltsversorgung außerordentlich wichtig. In Lebensbedingungen und Verhaltensstilen scheint mir die DDR eine Facharbeiter-Gesellschaft gewesen zu sein - die Vorherrschaft der Handarbeiter in der 'Normalbevölkerung' war jedenfalls nicht nur ein statistisches Artefakt.

Zwei Charakteristika von DDR-"Lebensweisen" möchte ich andiskutieren.

1. Kollektivität im Zusammenleben

Das erste bezieht sich auf die im Westen verbreitete Vorstellung einer höheren *Gemeinschaftlichkeit*; sie kommt einer östlichen Grundhypothese ziemlich nahe, nach der "Kollektivität ein Merkmal sozialistischer Lebensweise" sei, die sich gerade auch an der Entwicklung kleiner Kollektive im Produktions- und im Reproduktionsbereich zeige (Kahl u.a., 1984, 33). Ich denke, daran ist etwas Wahres, aber es steckt darin viel Ambivalenz. Das will ich kurz an Einsichten der Wohnforschung erläutern.

Die Versorgung der Haushalte war relativ wenig abhängig von persönlicher Leistung und Einkommen der Berufstätigen; Kaufkraftüberhang und Knappheit an Waren und Dienstleistungen entwerteten Geldbesitz.

Wichtiger für die Versorgung als im Westen waren Umfang und Regularien der *bürokratisch-kollektiv* vermittelten Einrichtungen und Leistungen. In vielen Fällen gab es hierzu keine private Alternative. Ich denke, auch die Dominanz der Mietwohnung verstärkte den kollektiven Charakter des Normal-Alltags (kollektive Problemerkennung, Zwang zum gegenseitigen Auskommen im engen Zusammenleben). Kollektive Versorgungsleistungen und Einrichtungen stiften, nach der westlichen Diskussion über kollektive Konsumtion, keineswegs *notwendig* Gemeinschaftlichkeit, aber sie sind ein Faktor ihres Zustandekommens. Zumindest ergibt die gemeinsame Erfahrung von Defiziten das Gefühl, eigene Unzufriedenheit werde von Vielen geteilt; die gegenseitige Verständigung ist in Einrichtungen und Mietwohnblocks leichter. Der Spielraum zur Beseitigung entsprechender Mängel war in der DDR freilich eng.

Schließlich wurde die Versorgungslage der Haushalte ganz entscheidend von den Fähigkeiten zur Entwicklung und Nutzung von *Beziehungsnetzen* bestimmt. Angesichts der Versorgungsknappheit bestand ein *Zwang*, gemeinschaftliche Beschaffungsstrategien zu entwickeln. Diese Netze zogen sich offenbar quer durch die sozialen Schichten und Gruppen. Nicht der anonyme Kauf oder die persönliche Durchsetzung von Rechten, sondern breitere Bekanntheit, persönliche Verständigungsfähigkeit und informelle Tauschpotentiale waren hier entscheidend.

Insofern spielten *Zwang* und *Neigung* zu kollektiven Beziehungen und Versorgungsweisen in noch ungeklärter Weise zusammen.

Welchen Raum sog. *gesellschaftliche* bzw. (anerkannte) politische *Aktivitäten* im Alltag hatten, läßt sich schwer einschätzen, da zumindest ich kaum objektivierendes Material hierzu fand. Jedenfalls fällt eine zahlenmäßig hohe Beteiligung zumindest von Bewohnern der Neubauviertel an Aktivitäten von Hausgemeinschaften, Elternaktiven u.ä.m. ins Auge, wenn man es mit Angaben über Aktivität westdeutscher Großsiedlungs-Bewohner in Bürgerinitiativen, Mieter- und Elternbeiräten usw. vergleicht. Im Gegensatz zu letzteren war aber die Mitarbeit keineswegs nur *freiwillig*, sondern ging oft auf erheblichen (nur moralischen?) *Druck* zurück.

Umfragen unter Mietern lassen auf einen stärker als im Westen verbreiteten *Wunsch* nach *Gemeinschaftlichkeit* und *Freundschaft* zumindest im Wohnbereich schließen. Auch hier wurden freilich Grenzen ("reduzierte Distanz") gezogen. Die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit fielen in den Neubaugebieten des

Ostens weiter auseinander: entgegen andersgerichteten Wünschen war die vermeintliche *Distanz* zwischen den Mitbewohnern kaum geringer als in westlichen Siedlungen. Möglicherweise (die Indikatoren sind ziemlich schwach - die "Schlüsselfrage" überwiegt) war auch die *Hilfsbereitschaft* unter Nachbarn in Neu- und Altbaugebieten höher als im Westen. So lebten offenbar breite Mehrheiten in dem Gefühl, auch im Wohnalltag im Bedarfsfall auf Freunde zurückgreifen zu können und, ähnlich wie beim Arbeitskollektiv, in einer sozialen Beziehungsgruppe 'aufgehoben' zu sein, und diese Beziehungen mußten auch häufiger genutzt werden.

Die in den Befragungen geäußerte hohe Zufriedenheit mit der Wohnung und den Mitbewohnern sagt, so finde ich, wenig aus. Überraschend ist aber die gegenüber Westdeutschland hohe *Unzufriedenheit* mit Ausstattung und Umweltbedingungen der städtischen Quartiere. Ich denke, daß diese Unzufriedenheit ohnehin eine Grundbefindlichkeit in der DDR war, die sich vielleicht auch in einer seit den 70er Jahren wachsenden *Liebllosigkeit* im gegenseitigen Umgang niederschlug. Die Institutionen kollektiver Versorgung jedenfalls gingen offenbar meist äußerst lieblos mit ihren Bürgern um - und sie wurden von den auf den Produktionsbereich orientierten staatlichen Instanzen auch mit Arbeitsbedingungen bedacht, die von ebensolcher Liebllosigkeit zeugten und letztere beim Personal erzeugten.

Alles in allem: die Vorherrschaft kollektiver Versorgung erscheint mir als eine Besonderheit realsozialistischer Lebensweise; es gibt beachtliche Hinweise, daß die Bewohner zu mehr Gemeinschaftlichkeit neigten und größere Fähigkeiten im Ausbau sozialer Beziehungen hatten, als es im Westen der Fall ist. Aber dahinter standen moralischer Druck, soziale Kontrolle und, mangels Alternativen, der Zwang zur ausgiebigen Entwicklung und Nutzung "sozialen Kapitals". Letzteres wäre freilich nicht nur für realsozialistische, sondern auch für viele vormoderne Gesellschaften charakteristisch.

2. Nischenexistenz

Weniger bestreitbar als die Behauptung höherer Gemeinschaftlichkeit, und nicht ganz verträglich mit ihr, ist die Charakterisierung der DDR als *Nischengesellschaft*. In deren Zentrum standen offenbar vor allem die *Familie*, daneben kleine Freundeskreise, ihr Ort war die Wohnung und daneben, für immerhin ein Viertel der Bevölkerung, das Wochenendgrundstück bzw. die Datsche. Auch hier überkreuzen sich *Zwang* und *Neigung*, und innere Spannungen in den ostdeutschen Haushalten haben offenbar den Rückzug in die private Nische noch prekärer gemacht als in Westdeutschland.

Sattsam bekannt ist die Fragilität der DDR-Ehen. Gegenüber Westdeutschland lagen die Scheidungsraten und die Anteile alleinerziehender Mütter um die Hälfte höher. Als Gründe dafür werden genannt: eine zunehmend hedonistische Ausrichtung der DDR-Bevölkerung seit den 70er Jahren; die frühzeitigen und teilweise zweckbedingten Eheschließungen; und die Wohnprobleme junger Familien.

Es gibt eine Reihe methodisch gut gemachter, theoretisch freilich unzureichend verarbeiteter Untersuchungen zur Zeitverwendung der Haushalte in der DDR (ein systematischer Vergleich mit westdeutschen Zeitbudget-Untersuchungen und Sozialindikatoren-Erhebungen würde sich sicherlich lohnen und wäre relativ leicht machbar). Aus diesen ergibt sich ein weiterer Grund für die Ambivalenz von Verhäuslichung und Nischen-Existenz in der DDR: die zeitliche und psychische Überlastung der Haushalte, insbesondere der Frauen.

Die relativ lange Berufsarbeits-gebundene Zeit und der hohe Zeit- und Arbeitsaufwand zur Behebung von Versorgungsmängeln haben die *Fähigkeit* und *Zeit* für *Zuwendung* zu Partner, Kindern, anderen Haushaltsmitgliedern und Freunden *geschmälert* und die Möglichkeiten eigener *Selbstverwirklichung* *beeinträchtigt*. Das Gefühl, kaum Zeit für sich selber und für eigene Angehörige zu haben, weil man von Aufgaben im Bereich von Berufsarbeit und Gesellschaft 'aufgefressen' wurde (ohne daß man hier seine individuellen Fähigkeiten hätte genügend ein-

bringen können), war in der DDR außerordentlich weit verbreitet. Am meisten eingeengt und 'aufgefressen' fühlten sich offenbar Angehörige der "Intelligenz" und Facharbeiter.

Die Überlastung der Haushalte trifft die Frauen weit stärker als die Männer; zu ca. 40 Wochenstunden für Berufsarbeit kamen Mitte der 80er Jahre 33-48 Stunden Haushaltsarbeit (je nach Definition) - bei den Männern standen neben 50 Wochenstunden Berufsarbeitszeit 22-30 Stunden für Haushaltsarbeit. Ähnlich wie in Westdeutschland leisten die Frauen fast die gesamte Betreuungs- und Pflege- sowie Routine-Hausarbeit; etwas gleichmäßiger, aber immer noch zulasten der Frauen verteilt sind Einkäufe, Dienstleistungs- und Behördenkontakte; die Männer erbringen das Gros der Reparatur- und Gartenarbeiten. Angehörige der "Intelligenz" beschäftigen sich intensiver mit ihren Kindern; Arbeiterfrauen leisten besonders viel Routine-Hausarbeit; Facharbeiter sind in der Betreuung von Kindern und täglichen Besorgungen aktiver als ihre westdeutschen Kollegen. Insgesamt überwiegen - wie im Westen - bei Frauen die weniger angenehmen und stärker belastenden Pflichtaufgaben, während sich bei typisch männlichen Haushalts-Aufgaben stärker Notwendigkeit und Neigung, Arbeit und Freizeitaktivität mischen. Die von vier Fünftel der Frauen geäußerte Zufriedenheit und das von ihnen geäußerte Gefühl einer gerechten und wenig belastenden Verteilung der Haushaltsarbeit scheinen mir wenig aussagekräftig.

Die regierende Elite jedenfalls hat die Belastung der Frauen mit "Reproduktionsarbeit", stärker als im Westen, als Problem aufgefaßt, aus ideologischen Gründen und wegen der Arbeitsmarkts- und Bevölkerungsentwicklung. Entsprechend besser ausgebaut waren die staatlichen Hilfen für Mütter (nicht für Väter!); ihre konkrete Erbringung war aber offenbar auch geprägt von oben erwähnter Lieblosigkeit.

Insgesamt sind mir im häuslichen und familiären Bereich zwar einige Unterschiede gegenüber Westdeutschland aufgefallen, aber diese erscheinen mir nicht spezifisch für eine "realsozialistische" Gesellschaft. Eine vergleichbare Überlastung der Haushalte, v.a. der Frauen, findet sich auch in weniger entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wie etwa Spanien, freilich aus anderen Gründen: die öffentlichen Dienstleistungen sind hier miserabel, die privaten reichlich, aber teuer, und der Patriarchalismus ist hier besonders ausgeprägt. Vielleicht drückt das etwas stärkere Engagement der DDR-Facharbeiter im Haushalt etwas Neues aus? Die Vorherrschaft der Normalfamilie und das Unterbinden neuer bzw. alternativer Lebensformen gilt sicherlich nicht nur für "realsozialistische", sondern für verschiedenste totalitäre Regime. Erstaunlich sind eher die Ähnlichkeiten der Geschlechtsrollen-Verteilungen, und der gleichartige Trend zu Verhäuslichung in West und Ost - obwohl der sich hier tendenziell im Eigenheim, dort in der oftmals recht engen Mietwohnung abspielt.

Möglicherweise passen die beiden Tendenzen zu mehr Kollektivität und zu Verhäuslichung auch zusammen. Bei kritischerem Nachfragen hat Strützel (1989, 23) jedenfalls festgestellt, daß die große Bereitschaft zu gesellschaftsbezogener Aktivität und zur Verbesserung der Lebensumwelt "sich vor allem auf den Kreis des Arbeitskollektivs, auf die Familie und Freunde beschränken". Insofern erscheinen mir als Besonderheit des Lebens im Reproduktionsbereich der DDR-Gesellschaft: die starke Ausrichtung auf Familie und soziale Netze; und die Beschränkung von individuellen Fähigkeiten, von Findigkeit und Kreativität (welche sich am Jahresende 1989 so glorios bewährten) auf den privaten Bereich.

² Kahl u.a., 1984, 111ff.; Lebensniveau, 1989, 203f.; Sozialreport, 1990, 104ff. und 268ff. Eine Differenzierung nach Vollzeit- und Teilzeitarbeit habe ich noch nicht gefunden. Bei westlichen Paaren mit Teilzeitarbeit der Frau ist die Mitarbeit des Mannes am Haushalts minimal (8-10%), sie wächst geringfügig mit sozialer Schichtzugehörigkeit; erst Ehemänner mit vollzeit-berufstätiger Frau arbeiten zu 20-25 % im Haushalt mit.

Aktivitäten der französischen "Schwester"-Sektion

Comité de recherche
Sociologie de la planification et de l'urbanisation

Journée d'études
Vendredi 4 octobre 1991

IXe Congrès de la Société Suisse de Sociologie
Université de Neuchâtel

- 8h30 Accueil des participants et introduction à la journée
- 9h00 Conférence plénière:
 - "Une nouvelle raison urbaine: de la ville à la cité"
 - par M.Armel HUET, directeur du L.A.R.E.S.,
professeur à l'Université de Rennes
(France)
- 10h30 Travail et communications en trois sous-groupes:
 - I. Les images de la ville: recherches en cours
(modérateur: André DUCRET)
 - Hans-Peter MEIER-DALLACH, Culturoprospectiv, Zürich
"Thesen zum städtischen Kulturkonflikt der 90er Jahre"
 - Margret BÜRGISSER, ISAB, Zürich
"Bilder von Stadt und Verkehr im
Schweizer Spielfilm von 1970-1990"
 - II. Production du local, production du savoir sociologique:
l'exemple du quartier (modératrice: Nicole VALIQUER)
 - Dominique JOYE & Thérèse HUISSOUD, IREC-EPFL, Lausanne
"Le quartier vu par ses habitants"
 - Philippe GFELLER, responsable du Service
de l'aménagement urbain, Ville de Genève
"Questions d'un aménagiste sur
le terrain de l'espace urbain"
 - III. Armatures urbaines et redéploiement socio-
économique: études de cas (modérateur: Willi DIETRICH)
 - Manfred PERLIK, Prognos AG, Bâle
"Internationale Einflüsse auf die
Entwicklung Schweizer Städte"
 - Antonio CUNHA, IGUL, Lausanne
"L'évolution du réseau urbain suisse de 1975 à 1985"

12h15 Repas en commun

14h00 Reprise du travail en sous-groupes

I. Les images de la ville: recherches en cours

Peter RÖLLIN, Rapperswil
"Für Bilder gibt es kein Wörterbuch"

Pascal AMPHOUX, IREC-EPFL, Lausanne
"Comment sonnent les images?"

André DUCRET, CREPU-EAUG, Genève
"L'art dans l'espace public:
un problème de communication?"

II. Production du local, production du savoir
sociologique: l'exemple du quartier

Nicole VALIQUER, CREPU-EAUG, Genève
"Le quartier: quels imaginaires
sociaux et sociologiques?"

Pierre ROSSEL & Anne DENTAN, IREC-EPFL, Lausanne
"La dynamique socio-culturelle des quartiers"

Emil WALTER-BUSCH, HSG, Saint-Gall
"Fragen und Daten zur Entwicklung
regionaler Lebensqualität in der Schweiz"

III. Armatures urbaines et redéploiement
socio-économique: études de cas

Lucienne ROUECHE & Isabelle GIROD,
Institut de sociologie et de science
politique, Neuchâtel
"Mobilité résidentielle et région urbaine"

Erich O. GRAF, Oekozentrum, Langenbruck
"Das Projekt 'Energienstadt': Erfahrungen mit
einem handlungsorientierten Ansatz bei
der Beratung von kommunaler Energiepolitik"

Erwin RUEGG, Politikberatung und Sozialforschung, Brugg
"Gewerbeverdrängung im Kreis 5 (Zürich):
Stadtplanung für wen?"

16h30 Séance plénière
(sous la présidence de Michel BASSAND)

Bref rapport des modérateurs sur les travaux de
la journée, débat général et perspectives 1991-95

17h15 Fin de la journée

II. Literatur - Hinweise

FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

REDAKTION

Pressemitteilung:

"Großstadt und Neue Soziale Bewegungen"

Heft 4/1990 des Forschungsjournals NSB analysiert städtische Bewegungen im internationalen Vergleich

Die Bilder, die zum Begriff "städtischer sozialer Bewegungen" assoziiert werden, zeigen von breiter Unterstützung getragene militante Hausbesetzungen, Blockaden von Räumungsbaggern, Störung öffentlicher Hearings, phantasievolle Sit-ins oder Experimente mit utopischen Wohn- und Lebensformen. Doch diese Bilder scheinen einer vergangenen Ära anzugehören. Von wenigen sporadischen Protestaktionen abgesehen, macht der Eindruck einer "bewegungsarmen Situation" in der Öffentlichkeit die Runde: Entpolitisierung, Kooptation oder gar Niedergang städtischer sozialer Bewegungen lauten die Diagnosen. Gegenläufig zu diesen Annahmen werden in der neuesten Ausgabe (4/90) des *Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen* die städtischen Akzente der neuen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen und die Verbindungslinien zwischen "alten" und "neuen" städtischen Bewegungen aufgespürt und international verglichen. In den Einzelbeiträgen werden u.a. die Wohngruppenprojekte der Hamburger Hafenstraße vorgestellt, die Frankfurter autonome Frauenbewegung analysiert und die Planungs- und Wohnungspolitik des rot-grünen Berliner Senats kritisch gewürdigt. Internationale Fallbeispiele (Los Angeles, New York City und Mexiko-Stadt) ermöglichen den Vergleich und sensibilisieren bei allen gegebenen Unterschieden auch für sich abzeichnende neue Formen politischer Auseinandersetzung und städtischen Protests.

In den Rubriken der Zeitschrift ergänzen u.a. Selbstdarstellungen von WohnBund und der Feministischen Organisation der Planerinnen und Architektinnen (FOPA) den Themenschwerpunkt. Außerdem werden erste Teil-Ergebnisse der neuen SHELL-Studie über die politischen Einstellungen der gesamtdeutschen Jugend veröffentlicht. In einem Artikel von SPD-Vize Oskar Lafontaine werden schließlich Perspektiven eröffnet für ein kritisch-produktives Verhältnis zwischen demokratischem Sozialismus und neuen sozialen Bewegungen.

"Großstadt und neue soziale Bewegungen", Heft 4/1990 des *Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen*, 120 Seiten
Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei: SP-Verlag (Norbert Schüren Presseverlag), Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg.

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, c/o Thomas Leif, Neubauerstr. 12, 6200 Wiesbaden

Soziologie
Ökonomie
Politikforschung

SF 31
Stadtforschung aktuell
Band 31

Brennpunkt Stadt

*Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren
Zwischenbilanz und Perspektiven*

Herausgegeben von:

Hubert Heinelt

*Institut für Politische Wissenschaft der Universität
Hannover*

Hellmut Wollmann

Freie Universität Berlin

1990, 372 Seiten, Broschur

ISBN 3-7643-2565-8

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer Tagung des Arbeitskreises "Lokale Politikforschung" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, die unter dem Titel des Buches am 9. und 10. Februar 1990 in Hannover stattfand. Die Tagung nahm, obgleich die zeitliche Periodisierung nach "-er Jahren" zweifellos künstlich ist,

den Übergang von den 80er in die 90er Jahre zum Anlaß, den theoretischen und empirischen Ertrag der lokalen Politikforschung der 80er Jahre am Beispiel einiger Forschungsfelder zu "bilanzieren" und Fragestellungen künftiger Untersuchungen zu erörtern.

Erscheinungstermin:
Dezember 1990

Interessenten:
Politiker, Wissenschaftler,
Studenten, Instituts- und Schul-
bibliotheken

Von großen Plätzen und kleinen Gärten

Ulfert Herlyn und Ursula Poblotzki (Hg.)



Minerva Publikation München

1991

Die Geschichte von Grün- und Freiflächen aus der Perspektive ihrer Benutzer gehört zu den weißen Flecken einer sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung. Unter der Leitung der Herausgeber wurden von einer aus Sozialwissenschaftlern und Freiraumplanern interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppe eine Reihe von ausgewählten Freiflächen in Hannover, der „Großstadt im Grünen“ untersucht, wie sich ihre Gestalt und Nutzung in der Vergangenheit verändert hat. Die überwiegend auf Auswertung von Archivmaterial aber auch auf Interviews mit Zeitzeugen basierenden Beiträge beziehen sich sowohl auf öffentliche als auch auf nur privat nutzbare Freiräume. Die Ergebnisse sollen zur Sicherung der Benutzungsspuren wie der Erinnerungen des Gebrauchs der Freiflächen beitragen.

Herausgeber:

Dr. Ulfert Herlyn, Professor für planungsbezogene Soziologie an der Universität Hannover. Lehr- und Forschungsschwerpunkt: Stadt- und Regionalsoziologie
Dr. Ursula Poblotzki, wiss. Mitarbeiterin für Freiraumplanung an der Universität Hannover. Lehr- und Forschungsschwerpunkt: Theorie und Methodik der Freiraumplanung

FREI - RÄUME

STREITSCHRIFT DER FEMINISTISCHEN ORGANISATION VON PLANERINNEN UND ARCHITEKTINNEN - FOPA e. V. DORTMUND



FRAUEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN ■ RUND UM DIE INTERNATIONALE BAU-AUSSTELLUNG EMSCHERPARK, NRW ■ WEITERES AUS THEORIE UND PRAXIS TAGUNGSBERICHTE UND HINWEISE ■ AUSSTELLUNGEN ■ KURZNACHRICHTEN

Frauen in Entwicklungsländern

Fatemeh Panahi-Zielonka:
Frauenorientierte Planung in der ländlichen Regionalentwicklung für Länder der Dritten Welt

Harriet Ellwein:
Die Farbe der Revolution ist nicht grün - Neue Agrartechnologien und Familienstrukturen im ländlichen Java/Indonesien

Annegret Resch:
La Mitad del Cielo - "Baufrauen" in Popayón, Kolumbien

Marlis Drevermann/ Cornelia Suhan:
Frauen in Palästina

Rund um die Internationale Bauausstellung EmscherPark, Nordrhein-Westfalen

Marita Grote:
Strategien für eine frauengerechte Planung - das Beispiel Internationale Bauausstellung EmscherPark, Nordrhein-Westfalen

Doris Reich:
FrauenPlanungsProjekte: ein schwieriger Stand, gestern wie heute!

Annegret Hoffmann/ Agnes Radde:
FRIEDA - ein Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt für Frauen im Rahmen der IBA-EmscherPark

Weiteres aus Theorie und Praxis

Gesa Tontara:
Frauen ersteigern Räume - Frauen verwirklichen Träume. Das FrauenStadtHaus Bremen

Karen Matthiessen:
Frauen-Nacht-Auto Bergedorf: Anleitung zu weiblicher Unanständigkeit oder die besondere Art den nächtlichen Verkehr zu genießen

Antje Flade/Simone Frey-Hoffmann:
Frauen und motorisierter Individualverkehr

Ulla Greiwe:
Die BRD als Entwicklungsland: Öffentliche Kinderbetreuung und Frauenerwerbstätigkeit

Katharina Weresch:
Männliche und weibliche Raumwahrnehmung sowie Unterschiede beim Entwerfen als Ergebnis von Sozialisationsprozessen

Uta Bauer:
"Gesundes Familienglück in ländlicher Idylle"? - Über den Umgang mit der Frauenfrage in der ländlichen Regionalpolitik

Tagungsberichte und -hinweise/Ausstellungen

Kurznachrichten

Buchbesprechungen/Literaturhinweise

Freiräume Heft 4, 1990

ISBN 3-924352-55-0

FREI - RÄUME

STREITSCHRIFT DER FEMINISTISCHEN ORGANISATION VON PLANERINNEN UND ARCHITEKTINNEN - FOPA e.V. HEFT 3



Freiräume Heft 3, März 1989

Untersuchungen

Petra Rau:
Männerdenken contra Frauenalltag - Gewalt gegen Frauen in Freiräumen

Ulrike Reutter/ Irena Clement:
Verkehrsplanung = Männersache? - Zum Frauenanteil an den beruflich oder ehrenamtlich mit Verkehrsplanung beschäftigten Personen

Marita Grote:
Durchsetzungschancen institutionalisierter Frauenpolitik in der Kommune

Birgit Neese/ Lore Nonnenmacher:
Prostitution: notwendig - unabdingbar

Marlis Pianka:
"Das hat's bei uns nicht gegeben..."
Das traditionelle Frauenbild in der Landwirtschaft wird brüchig

Kerstin Zillmann:
Ökologisch orientierte Stadterneuerung - Perspektive für die frauengerechte Stadt?

Praxisprojekte

Marion Gramm/ Doris Reich:
Frauen mischen sich ein - Ein Beispiel: Marktplatzgestaltung Lünen-Alstedde

Rita Weißberg:
Der eigene Blick: Einbringung von Fraueninteressen in die Planung der Stadt Unna

Inge Mohrmann/ Marlies Hestermann (Frauenstadthaus Bremen):
Ein integriertes Wohn- und Arbeitsprojekt in der Stadterneuerung

FOPA Kassel e.V.:
Entwurf für einen Stadteitelplatz in Brückenhof

FOPA Berlin e.V.:
Las Casas de las mujeres, Argentinien

Helga Steinmaier:
Straßenkinder: Mädchenreporterinnen

Ausbildung

Uta Bauer:
Frauen in der Geographie - eine quantitative Randerscheinung?

Brigitte Karhoff/ Doris Reich:
Ausbildungssituation von Planerinnen an bundesdeutschen Hochschulen

Karin Ressel:
Frauen im Bauhandwerk

Vernetzung

Kerstin Siemonsen:
Von einer Aktionsgruppe zu einem kommerziellen Ratgeber. Fünf Jahre Stiftung "Frauen Bauen Wohnen", Rotterdam u.a.m.

ISBN: 3-924352-54-2,

Veröffentlichungen FOPA Dortmund

Stand 8/1990

U. Greiwe, R.Jansen, Ch.Klimek: Frauen in der Stadt - Katalog zur Ausstellung, Dortmund 1987

FOPA e.V.: Freiräume - Streitschrift der FOPA e.V. Heft 1, Berlin 1983 (Hg. FOPA Berlin) Heft 2, Berlin 1986 (Hg. FOPA Berlin) Heft 3, Dortmund 1989 (Hg. FOPA Dortmund) Heft 4, Dortmund 1990 (Hg. FOPA Dortmund)

O. Brinkmann, R.Ring: Ökologische Stadterneuerung und Abfallverwertung im Kreislauf der Natur, Dortmund 1986

R. Kleinfert, R.Ring: Sammlung und Kompostierung organischer Haushaltsabfälle als ein Baustein ökologischer Abfallwirtschaft, Konzeptioneller Vorschlag für Dortmund, FOPA Reihe, Band 1, April 1989

G. Jehna, K.Siemonsen, G.Zauke: Soziale Sicherheit in städtischen Räumen, FOPA Reihe Band 2, erscheint vort. Ende 1990

B. Karhoff, R.Ring, H.Steinmaier: Soziale und ökologische Stadterneuerung - Lern- und Arbeitsort für Frauen, FOPA Reihe Band 3, erscheint vort. Ende 1990

D. Reich: Frauenforschung in der Raumplanung (Aufsatzsammlung), Dortmund 1989

M. Grote: Strategien für frauengerechte Stadtplanung, erscheint vort. Ende 1990

Darüberhinaus sind über FOPA auch andere Publikationen zu erhalten.

Interesse an der Arbeit von FOPA

- Ich möchte zum nächsten Treffen eingeladen werden.
- Ich möchte spenden und benötige entsprechende Unterlagen.
- Ich möchte Mitglied werden und benötige Satzung und Beitrittsklärung.
- Ich interessiere mich für die Ausstellungen Frauen in der Stadt und/oder Beim zweiten Blick wirkt alles anders und bitte um Zusendung der Ausleihbedingungen.

Hiermit bestelle ich die angekreuzten Titel (gegen Rechnung).

Unterschrift:

Adresse:

Herausgeberin/Vertrieb:

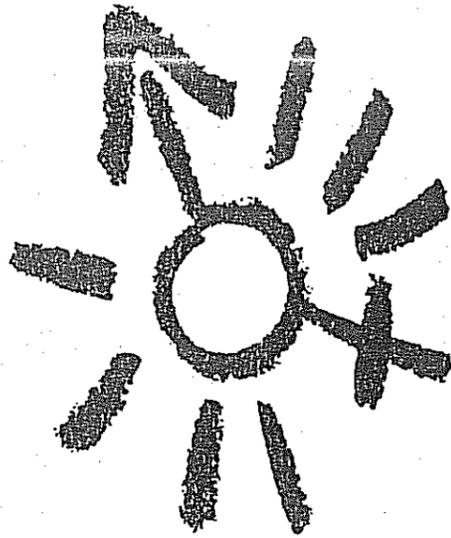
Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) e.V. Adlerstraße 81, 4600 Dortmund 1, Telefon: 0231-143329/143338



Die
Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
informiert

Frauen und Stadterneuerung

*Dokumentation
der Hildener Tagung
vom August 1989*



Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann

Inhaltsverzeichnis

| Referate | Seite |
|---|-------|
| Ilse Ridder-Melchers, Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann Städte - Lebens- und Arbeitsort für Frauen | 1 |
| Dr. Christoph Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Soziale Innovation in Städten | 11 |
| Dr. Margrit Kennedy, freie Architektin und Planerin Prioritäten von Frauen in Planung und Technik | 26 |
| Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen | |
| Dipl.-Ing. Rosemarie Ring Ökologische und soziale Stadterneuerung aus der Sicht von Frauen | 42 |
| Dipl.-Ing. Ulrike Reutter Dipl.-Soz. Simone Fey-Hoffmann Stadtverkehrsplanung mit und für Frauen | 45 |
| Dipl.-Ing. Doris Reich Frauen und Wohnen: bisherige Defizite und Perspektiven für die internationale Bauausstellung Emscherpark | 52 |
| Plenumsdiskussion | 55 |
| Marita Grote/Brigitte Karhoff/Doris Reich/ Rosemarie Ring/Gabriele Zauke Anforderungen und Perspektiven in den Bereichen Planung, Bauen, Wohnen aus Frauensicht | 68 |

Die Stadt gehört allen - für eine frauenfreundliche Stadtplanung

Sicherheit im öffentlichen Raum
Städtebauliche und planerische Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt

In die Diskussion über sexuelle Gewalt gegen Frauen wird seit einiger Zeit auch der Zusammenhang zwischen Gewalttaten im öffentlichen Raum und der räumlichen Gestaltung der Städte einbezogen. Tiefgaragen, Unterführungen, einsame, schlecht beleuchtete Haltestellen und Straßen, unübersichtliche Parkanlagen, monofunktionale Bereiche wie Gewerbegebiete sind häufiger Tatorte sexueller Gewalt als andere. Lebendige Straßen, belebte und übersichtliche Orte mit vielfältigen Funktionen zu unterschiedlichen Tageszeiten schalten dagegen eine größere Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit für das Geschehen und sind damit sicherer.

Diese Erkenntnis veranlaßte die niederländische Stiftung »Frauen Bauen & Wohnen«, ein Projekt zu initiieren mit dem Ziel, Anforderungen an eine sichere Umgebung zu entwickeln und Umsetzungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diese Ergebnisse wurden 1987 veröffentlicht und dienen in den Niederlanden inzwischen als wesentliche Prüfungskriterien innerhalb von Planungsverfahren.

Die feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) e.V. Dortmund hat diesen umfangreichen Kriterienkatalog übersetzt und die daraus resultierenden Erfahrungen und Aktivitäten in einem Handbuch dokumen-

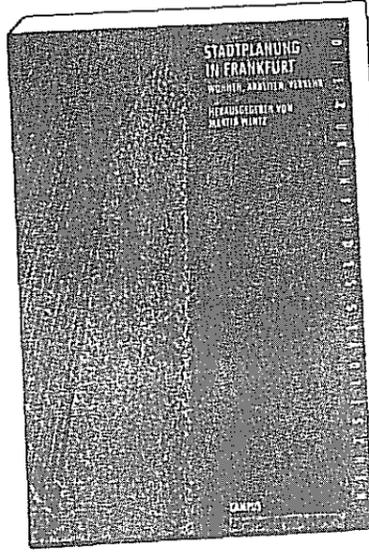
tiert, das darüberhinaus einen Einblick in den Diskussionsstand der Bundesrepublik Deutschland gibt.

»Sicherheit im öffentlichen Raum« ist ein Handbuch, das sich an PlanerInnen und ArchitektInnen in- und außerhalb von Verwaltungen und Institutionen, an PolitikerInnen, Frauengruppen und Beratungsstellen wendet. Der Kriterienkatalog ermöglicht es ihnen, bestehende und neue Planungen im Hinblick auf mehr Sicherheit im öffentlichen Raum zu überprüfen, Verbesserungen anzuregen und durchzusetzen. Außerdem liefert er allen Interessierten eine solide Grundlage, um durch Einforderungen und Realisierung städtebaulicher und planerischer Maßnahmen aktiv der Gewalt gegen Frauen entgegenzuwirken.

Sicherheit im öffentlichen Raum
Städtebauliche und planerische Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt
Hrsg. von der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA)
Bearb. von Kerstin Siemonsen/Gabriele Zauke
ca. 120 Seiten, broschiert,
ISBN 3-905493-16-0



Die Zukunft des Städtischen



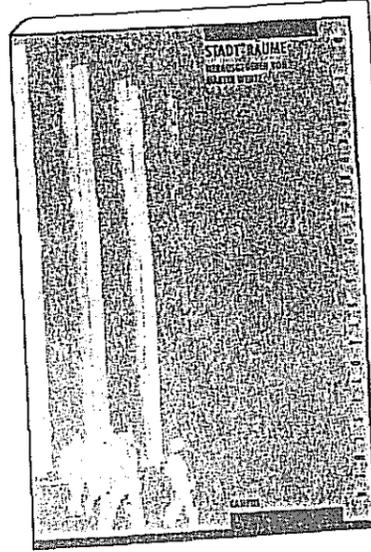
Martin Wentz (Hg.) Stadtplanung in Frankfurt

Wohnen, Arbeiten, Verkehr
Die Zukunft des Städtischen.
Frankfurter Beiträge Band 1
Herausgegeben vom Dezernat für
Planung der Stadt Frankfurt am Main
Ca. 210 S., mit ca. 80 Abb.,
davon ca. 40 in Farbe, 17,3 x 29,7 cm,
frz. Br. September 1991
ISBN 3-593-34530-7

Frankfurt präsentiert sich seit den 80er Jahren als Stadt der »Neuen Urbanität«. Dabei werden nur allzuleicht die Probleme des Alltagslebens vergessen: Wo findet man eine Wohnung? Wo findet man einen Arbeitsplatz? Wie kommt man von einer zum anderen? Diese Probleme – durch das anhaltende wirtschaftliche Wachstum und die gesellschaftliche Modernisierung immer krasser aufgeworfen – müssen in den 90er Jahren stadtplanerisch nachdrücklich in Angriff genommen werden: nicht nur in Frankfurt, sondern in allen Großstädten.

Autoren: D. Hoffmann-Axthelm (Berlin), W. Durth (Darmstadt), H. Glück (Wien), W. Prigge (Frankfurt), N. Münster (Frankfurt), D. Bartetzko (Frankfurt), P. Müller (Darmstadt), W. Brög (München), H. Steinert (Frankfurt), F. Herterich (Frankfurt), M. Erloff (Frankfurt), T. Hilpert (Idstein), G. Zohlen (Berlin), A. Krovca (Frankfurt)

Herausgeber: Martin Wentz ist Dezernent für Planung im Magistrat der Stadt Frankfurt am Main.



Martin Wentz (Hg.) Stadt Räume

Die Zukunft des Städtischen.
Frankfurter Beiträge Band 2
Herausgegeben vom Dezernat für
Planung der Stadt Frankfurt am Main
Ca. 270 S. mit ca. 40 farbigen Abb.,
17,3 x 29,7 cm, frz. Br.,
November 1991
ISBN 3-593-34578-1

»Ich glaube, daß die heutige Unruhe grundlegend den Raum betrifft – jedenfalls viel mehr als die Zeit. Soweit eine historische Diagnose von Michel Foucault, die den Ausgangspunkt dieses Bandes abgibt. Wir erleben derzeit eine neue, globale Raum-Ordnung von Städten und Regionen. In dieser »postmodernen« Situation sind Stadtentwicklungen nur noch im internationalen Maßstab begreifbar.

Dieser Band dokumentiert die Untersuchungen international bekannter Stadtforscher über das Verhältnis von Modernisierung und Stadtentwicklung. Das Themenspektrum ist dabei so offen wie die Zukunft des Städtischen selbst – es reicht von technologischer Flexibilisierung über die Raumbilder einer revitalisierten Stadtkultur bis hin zu neuen Lebensstilen.

Autoren: M. Foucault, M. Castells (Madrid), D. Harvey (Oxford), R. Sennett (New York), V. Flusser (Robion), S. Sassen (New York), E. W. Soja (Los Angeles), J. Friedman (Los Angeles), J. Wolch (Los Angeles), A. Lipietz (Paris), M. Dear (Los Angeles), D. Läßle (Hamburg), D. Ipsen (Kassel), R. Keil (Frankfurt), W. Prigge (Frankfurt) u.a.



Tom Koenigs (Hg.) Vision offener Grünräume

GrünGürtel Frankfurt
Ca. 220 S. mit ca. 100 Abb., davon ca. 40 in Farbe, 28,0 x 29,7 cm, frz. Br.
September 1991
ISBN 3-593-34515-3

Dem steigendem Flächenbedarf Frankfurts steht ein begrenztes Naturraumpotential gegenüber. In dieser kritischen Situation entsteht der Frankfurter GrünGürtel als geschütztes, vernetztes System von Grünräumen, das die Innenstadt, periphere Stadtteile und das Umland miteinander verbindet: Der GrünGürtel ist die Vision eines freien und offenen Raumes, in dem sich die städtische Gesellschaft mit ihren vielfältigen Lebensformen und ihrem historisch gewachsenen Umweltbewußtsein verwirklicht.

Diese Veröffentlichung dokumentiert die erste, einjährige Phase der Planung und Entwicklung des städtischen Systems von offenen Grünräumen. Untersucht und dargestellt werden die grundsätzlichen stadtökologischen Dimensionen des Projekts und erste landschaftsarchitektonische Entwürfe.

Autoren: V. Hauff, P. Lieser, H. Kramer, W. Prigge, R. Keil, K. Ronneberger, R. Sander, D. Vogel, K. Wichert (alle Frankfurt), P. Latz (München), B. Lassus (Paris), J. de Gries (Brüssel), R. Tabouret (Straßburg), W. Durth (Darmstadt), D. Hoffmann-Axthelm, H. Seiberth (beide Berlin), B. Wormbs (Ulm).

Herausgeber: Tom Koenigs ist Umweldozernent der Stadt Frankfurt am Main.

DELIGHTED TO BE THE PUBLISHERS OF

International Journal of Urban and Regional Research

STATE OF THE ART ON THE CHALLENGES OF GLOBAL URBANIZATION

FREE COPY
of David Harvey's
*The Condition of
Postmodernity*
when you take out a new
personal subscription

BASIL BLACKWELL
Oxford UK and Cambridge MA

The transformations occurring in the social structures in both developed and underdeveloped countries today offer major political, social and cultural challenges. The *International Journal of Urban and Regional Research* aims to:

- study the conflicting interests in urban and regional development
- analyse the different approaches to planning and state intervention
- be essential reading for sociologists, planners, political scientists, economists, historians, geographers and demographers

The journal is published in four sections:

1 Articles — Highlights of the 1991 Volume include:

Lise Drewes Nielsen Flexibility, gender and local labour markets
Geraldine Pratt On the links between home and work: family-household strategies in a buoyant labour market
Bob Beauregard Capital restructuring and the new built environment of global cities: New York and Los Angeles

Kuniko Fujita A world city: the Tokyo Metropolis
Wenona Giles Class, race and gender struggles in a Portuguese neighbourhood in London

2 Events and Debates in 1991:

This will include a debate on the state of theory in urban sociology launched by R E Pahl, with contributions from Gordon Marshall, Rosemary Crompton and Pat

Mullins. There will also be a reply to John Lovering's comments on flexible production by Allen Scott.

3 Book Reviews in the 1991 Volume include:

Gareth Rees reviews *Cities of Tomorrow* by Peter Hall (Basil Blackwell)
Dennis Smith *Poverty, Ethnicity, and the American City - 1840-1925: Changing Conceptions of the Slum and Ghetto* by David Ward (Cambridge University Press)

Ian Miles *The Informal City* by Manuel Castells (Basil Blackwell)
Fred Gray *Landlords and Property: Social Relations in the Private Rented Sector* by John Allen and Linda Macdowell (Cambridge University Press)

4 Argument

Replies to criticism and points of debates

Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek

BEAB Demmler-Mosetter, Hille
KORP Univ. Augsburg, Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie (Hrsg.)
TITL Raumwahrnehmungen. Eine Annäherung an Lebenswelten. Zus. dt.; engl.; franz.
IMPR Augsburg 1990. 114 S., Abb.; Tab.; Lit.=ASG-Beitr. Angew.Sozialgeogr. Nr.23
SACH Aktionsraum, Stadtraum, Verhalten, Sozialbeziehung, Regional, Stadtstraße, Umweltpsychologie, Sozialgeographie
REGI Augsburg, BAYR
SIGN BfLR; Y 912/23

BEAB Bertels, Lothar (Hrsg.); Herlyn, Ulfert (Hrsg.)
TITL Lebenslauf und Raumerfahrung.
IMPR Opladen: Leske u. Budrich. III, 223 S., Abb.; Tab.; Lit.=Biographie u. Gesell. Bd.9
SACH Biographie, Lebensalter, Raum, Stadtraum, Theorie, Sozialökologie, Sozialgruppe, Bevölkerungswanderung, Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Aktionsraum, Wohnsiedlung
SIGN BfLR; A 11 054

BEAB Maier, Jörg; Troeger-Weiß, Gabi
KORP Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg.)
TITL Marketing in der räumlichen Planung. Ansätze u. Wege zu einer marktorientierten Regional- u. Kommunalplanung/-politik, Zus. dt.
IMPR Hannover 1990. VI, 46 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. =Beitr. Akad.f.Raumforsch. u.Landesplanung. Bd. 117
SACH Öffentlichkeit, Werbung, Marktforschung, Öffentliche Güter, Regionalplanung, Regionalpolitik, Kommunale Wirtschaftspolitik, Standortpolitik, Attraktivität
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 671

BEAB Franke, Jürgen
TITL Die Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaft: Eine theoretische u. empirische Analyse ihres Wirkungsgrades und der Entwurf eines Systems konkurrierender Regionen als Ergänzung zur Strategie der Marktintegration in der Gemeinschaft.
IMPR Bochum: Brockmeyer 1989. 334 S., Tab.; Lit. Wirtsch. Diss.; Bochum 1988=Bochumer wirtschaftswiss.Stud. Nr. 125
SACH Regionalpolitik, International, EG, Wirkungsanalyse, Allokationstheorie, Regionale Disparität, Dezentralisation, Region, Wettbewerb, Interregional
REGI EG-Staaten
SIGN BfLR; A 10 996

KORP Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft (Hrsg., Verant.)
TITL Regionalisierung des europäischen Raums. Die Zukunft der Bundesländer im Spannungsfeld zwischen EG, Bund u. Kommunen. Ein Cappenberges Gespräch veranst. am 27. Sept. 1988 in Ettlingen.
IMPR Köln: Grote 1989. 55 S., Lit.=Cappenberger Gespräche d.Freiherr-v.-Stein-Gesell. Bd.23
SACH EG, EG-Binnenmarkt, Föderalismus, Regionalisierung, Bundesland, Wirtschaftspolitik, Industrie, Gemeinde, Verfassung
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 542

BEAB Reissert, Bernd; Schmid, Günther; Jahn, Susanne
KORP Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung (Hrsg.)
TITL Mehr Arbeitsplätze durch Dienstleistungen? Ein Vergleich der Beschäftigungsentwicklung in den Ballungsregionen der Bundesrepublik Deutschland. Zus. dt.; engl.
IMPR Berlin 1989. VI, 145 S., Abb.; Tab.; Lit.=Discuss.Pap. Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt u. Beschäftigung. FS 1 89-14
SACH Beschäftigte, Regional, Verdichtungsraum, Tertiärer Sektor, Typisierung, Wirtschaftsentwicklung, Konjunktur
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 20 827

BEAB Peschel, Karin (Hrsg.)
TITL Infrastructure and the space-economy. Essays in honor of Rolf Funck.
IMPR Berlin: Springer 1990. IX, 448 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Infrastruktur, Regionalentwicklung, Verkehr, Wirtschaftsstruktur, Siedlungsstruktur, Regionalpolitik, Technologiezentrum, Raumwirtschaftstheorie
INST Funck, Rolf
REGI Bundesrepublik Deutschland, Nigeria, USA; Niederlande
SIGN BfLR; B 11 581

BEAB Champion, Anthony Gerard (Hrsg.)
TITL Counterurbanization. The changing pace and nature of population deconcentration.
IMPR London: Arnold 1989. XXII, 266 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
SACH Verstädterung, International, Dezentralisation, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Stadtraum, Ländlicher Raum, Siedlungsstruktur, Raumforschung
REGI USA, Australien, Japan, Großbritannien, Norwegen, Dänemark, Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 489

BEAB Herr, Ernst (Hrsg.); Scholl, Bernd (Hrsg.); Signer, Rolf (Hrsg.)
KORP TH Zürich, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung (Hrsg.)
TITL Aspekte der Raumplanung in Europa. Festschrift für Jakob Maurer.
IMPR Zürich: Verl.d.Fachvereine 1990. 433 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.z. Orts-,Regional-u.Landesplanung. ORL-Schriftenr. 42
SACH Raumplanung, Planungstheorie, Raumplanungsziel, Stadtplanung, Fachplanung, Vollzugskontrolle, EG-Binnenmarkt, Zukunft
INST Maurer, Jakob
REGI Schweiz, Österreich, Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 11 222

TITL Raumordnungsbericht 1990 der Bundesregierung.
IMPR In: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn (1990)11/7589, 219 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Bundesraumordnungsbericht, Raumplanungspolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Y 458/10

BEAB Sieverts, Thomas (Hrsg.)
TITL Zukunftsaufgaben der Stadtplanung.
IMPR Düsseldorf: Werner 1990. VI, 229 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadtplanung, Zukunft, Sozialwandel, Landschaftsplanung, Denkmalpflege, Stadtverkehr, Planungsverfahren, Planungsrecht
SIGN BfLR; A 11 133

BEAB Pfau, Wilfried (Proj.-Ltg.)
KORP Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Institut für Städtebau und Architektur, Berlin/Ost (Hrsg.)
TITL Diskussionsmaterial zur Stadtentwicklung in der DDR. Zustand, Probleme u. Erfordernisse. Zus. dt.
IMPR Berlin/Ost 1990. ca. 70 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Städtebaul. Inst.f. Städtebau u.Archit.
SACH Stadtentwicklung, Bestandsaufnahme, Innenstadt, Arbeitsplatz, Wohngebiet, Gebäudezustand, Stadtökologie, Städtebaupolitik
REGI DDR
SIGN BfLR; C 20 855

BEAB Strübel, Michael (Hrsg.)
KORP Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (Hrsg.)
TITL Wohin treibt Europa? Der EG-Binnenmarkt u. das gemeinsame europäische Haus.
IMPR Marburg: SP-Verl. 1990. 247 S., Lit.=Schriftenr.d.Hochschulinitiative Demokr.Sozialismus. Bd.23
SACH EG, Politik, International, EG-Binnenmarkt, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Militär, Regionalpolitik, Grenzüberschreitend, Kultur, Agrarpolitik
REGI Europa
SIGN BfLR; A 11 236

BEAB Eser, Thiemo W.
KORP Univ. Trier, Fachbereich 4 - Stadt- und Regionalplanung (Hrsg.)
TITL Der Einfluß der Europäischen Gemeinschaften auf die regionale Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Zus. dt.
IMPR Trier 1989. XIII, 214 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Trierer Beitr.z.Stadt-u. Regionalplanung. Bd.15
SACH EG, Politik, International, Regionale Wirtschaftspolitik, Föderalismus
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 11 089

BEAB Irmen, Eleonore (Red.); Walther, Uwe-Jens (Red.)
TITL Frauen und räumliche Forschung. Themenheft.
IMPR In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1990)H.8/9, S.417-521, Abb.; Tab.; Lit.
SACH Frau, Frauenerwerbstätigkeit, Familie, Stadtplanung, Infrastrukturplanung, Raumforschung
SIGN BfLR; Z 703

BEAB Simon, Markus
KORP Univ. Bern, Geographisches Institut (Hrsg.)
TITL Das Ring-Sektoren-Modell: Ein Erfassungsinstrument für demographische u. sozio-ökonomische Merkmale u. Pendlerbewegungen in gleichartig definierten Stadt-Umland-Gebieten. Grundlagen, Methodik, Empirie. Zus. dt.
IMPR Bern 1990. 229 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Geogr. Bernensia, 636
SACH Raummodell, Stadtregion, Stadtumland, Pendlerverkehr, Regional, Bevölkerungsstruktur, Arbeitsplatz, Motorisierung, Pendlerstatistik
REGI Bern/Raum, Zürich/Raum, Lausanne/Raum, St. Gallen/Raum, Solothurn/Raum, Schweiz
SIGN BfLR; C 20 994

BEAB Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.)
TITL Lebensverläufe und sozialer Wandel.
IMPR Opladen: Westdt.Verl. 1990. 467 S., Abb.; Tab.; Lit.=Kölner Z.f.Soziol.u. Sozialpsychol. S.-H.31
SACH Biographie, Sozialwandel, Soziologie, Theorie, Forschung, Methodologie
SIGN BfLR; B 11 643

BEAB Bühl, Walter L.
TITL Deutschland als föderativer und transnationaler Staat. Zus. dt.; engl.
IMPR In: Z.f.Polit., Köln 37(1990)H.3, S.233-263, Lit.
SACH Staat, Politik, Föderalismus
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 192

TITL Zur Städtebaupolitik. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abg. Kansy, Daniels/Bonn u.a. u. der Fraktion der FDP. - Drucks. 11/4914
IMPR In: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn (1990)11/6880, 35 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Städtebaupolitik, Städtebauziel, Bevölkerungsentwicklung, Bodenmarkt, Strukturwandel, Wohnen, Siedlungsentwicklung, Stadterneuerung, Umweltschutz, Baugesetzbuch
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 14

BEAB Jessen, Johann
TITL Informelle Arbeit, räumliche Entwicklung und Stadtplanung. Empirische Analysen u. planerische Konsequenzen. Textband; Anlagenband.
IMPR Oldenburg/Oldenburg 1990. ca. 491 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. Soz.Habil.; Oldenburg 1990
SACH Selbsthilfe, Informelle Wirtschaft, Arbeit, Wohnen, Stadtsoziologie, Gartendbau, Handwerk, Sozialpolitik, Wohnsiedlung, Raumentwicklung, Zukunft, Stadtplanung, Stadtsoziologie
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 20 822/1-2

BEAB Gatzweiler, Hans-Peter; Irmen, Eleonore; Janich, Helmut
KORP Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Hrsg.)
TITL Regionale Infrastrukturausstattung.
IMPR Bonn 1991. 273 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Forsch.z.Raumentwickl. Bd.20
SACH Infrastruktur, Indikator, Bewertungsmethode, Mathematisch-statistische Analysemethoden, Abgrenzung, Förderaum, Gemeinschaftsaufgabe, Regionale Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 21 391

BEAB Werner, Frank
KORP TU Berlin, Institut für Geographie (Hrsg.)
TITL Ballungsraum Berlin. Raumstrukturen u. Planungsvorstellungen.
IMPR Berlin 1990. 279 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.u.Mater.z.regionalen Geogr. H.4
SACH Verdichtungsraum, Stadtregion, Stadtentwicklung, Stadtgeschichte, Stadtplanung, Landesplanung, Raumplanung, Raumplanungsziel
REGI Berlin, Berlin/Ost, Potsdam, DDR
SIGN BfLR; C 21 176

BEAB Kühn, Manfred
KORP GH Kassel Univ., Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung (Hrsg.)
TITL Die Inszenierung des Ländlichen. Neue Leitbilder der Modernisierungspolitik im ländlichen Raum.
IMPR Kassel: Infosystem Planung 1990. 53 S., Abb.; Lit.=Arbeitsber.d.Fachbereichs Stadt-u.Landschaftsplanung. H.87
SACH Ländlicher Raum, Dorferneuerung, Regionalpolitik, Sozialwandel, Raumtheorie
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 21 022

BEAB Fellner, Anne; Gestring, Norbert
 KORP Univ. Oldenburg, Bibliotheks- und Informationssystem (Hrsg.)
 TITL 'Zukünfte' der Stadt. Szenarien zur Stadtentwicklung.
 IMPR Oldenburg/Oldb. 1990. 168 S., Abb.; Tab.; Lit.=Beltr.d.Univ.Oldenburg
 z.Stadt- und Regionalplanung. 6
 SACH Stadtentwicklung, Stadtplanung, Szenario, Prognosemethode
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; A 11 141

BEAB Hunger, Bernd
 TITL Zum Verhältnis von Städtebaupolitik und Gesellschaftsstrategie aus soziolo-
 gischer Sicht.
 IMPR In: Architektur, Berlin/Ost 39/1990)2, S.9-11. Abb.
 SACH Städtebaupolitik, Wohnungsbau, Stadterneuerung, Gesellschaft, Sozialpolitik
 REGI DDR
 SIGN BfLR; Z 321

BEAB Andersson, Ake E. (Hrsg.); Batten, David F. (Hrsg.); Johansson, Börje (Hrsg.);
 Nijkamp, Peter (Hrsg.)
 TITL Advances in spatial theory and dynamics.
 IMPR Amsterdam: North-Holland 1989. XII, 316 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Stud.in
 regional Sci.and urban Econ. Vol.20
 SACH Raumtheorie, Raumwirtschaftstheorie, Raummodell, Technologie, Energieversor-
 gung, Wohnungsmarkt
 SIGN BfLR; B 11 695

BEAB Simon, Karl-Heinz
 TITL Zur Anwendbarkeit der Systemtheorie auf Fragen der Raumentwicklung. Aspekte
 planerischer Theorie u. Praxis nebst zweier Anwendungsskizzen.
 IMPR Kassel 1989. 2 Mikrofiches, Abb.; Tab.; Lit. Wirtsch. Diss.; Kassel 1989
 SACH Systemtheorie, Raumforschung, Raumentwicklung, Planungstheorie, Regional-
 planung
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; MF 66

BEAB Pumain, Denise (Hrsg.); Saint-Julien, Therese (Hrsg.); Haegen, Herman van der
 (Hrsg.)
 KORP Univ. Leuven, Geografisch Instituut (Hrsg.); Univ. Louvain, Institut de
 Geographie (Verw.); Union Geographique Internationale -UGI-, Commission
 Systemes Urbaines et Development Urbain (Veranst.)
 TITL Cities in movement. Urban systems in the eve of the 21st century. Eng.;
 franz.=Villes en mouvement; Paralleltitel, franz.
 IMPR Leuven 1991. 230 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Acta geogr. Lovaniensia. Vol.31
 SACH Stadtentwicklung, International, Bevölkerungsentwicklung, Regional, Bevölke-
 rungswanderung, Lebensqualität, Tertiärer Sektor, Stadtforschung, Raumtheo-
 rie, Städtebaupolitik
 REGI Europa/West, Japan, China
 SIGN BfLR; Y 662/22

KORP Mannheim, Dezernat für Planung, Bauen, Umweltschutz und Stadtentwicklung
 (Hrsg., Veranst.)
 TITL Industriestädte im Wandel. Symposium am 21. u. 22. Sept. 1988
 IMPR Mannheim 1989, 199 S., Abb.; Tab.=Beitr.z.Mannheimer Stadtentwickl.
 SACH Stadtentwicklung, Industrieansiedlung, Strukturwandel, Regional, Städtebau-
 politik, Stadterneuerung, Technologiepolitik, Gewerbliche Brachfläche, Kom-
 munale Wirtschaftspolitik, Strukturpolitik
 REGI Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich
 SIGN BfLR; C 20 923

BEAB Lindner, Rolf
 TITL Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage.
 IMPR Frankfurt/M.: Suhrkamp 1990. 317 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
 SACH Kultur, Regional, Medien, Stadtsoziologie
 INST Park, Robert Ezra
 REGI USA
 SIGN BfLR; A 11 148

KORP Stadtbau Hamburg GmbH (Hrsg.; Veranst.)
 TITL Stadterneuerung in den 90er Jahren. Analysen u. Perspektiven.
 IMPR Darmstadt: Verl.f.wiss.Publ. 1989. 189 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Stadterneuerung, Wohnungsmodernisierung, Stadtteil, Städtebauziel, In-
 frastrukturplanung, Regional, Stadtökologie, Zukunft
 REGI Hamburg, Berlin
 SIGN BfLR; A 11 140

BEAB Barnekov, Timothy Kiel; Boyle, Robin; Rich, Daniel
 TITL Privatism and urban policy in Britain and the United States.
 IMPR New York/NY: Oxford Univ.Press 1989. XIV, 267 S. Tab.; Lit.; Reg.
 SACH Städtebaupolitik, Stadterneuerung, Kommunale Wirtschaftspolitik, Privati-
 sierung
 REGI Großbritannien, USA
 SIGN BfLR; B 11 668

BEAB Bergmann, Jürgen (Mitarb.); Brockstedt, Jürgen (Mitarb.); Fremdling, Rainer
 (Mitarb.); Hohls Rüdiger (Mitarb.); Kaelble, Harmut (Mitarb.); Kiese Wetter,
 Hubert (Mitarb.); Megerle, Klaus (Mitarb.)
 KORP FU Berlin, Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung (Hrsg.)
 TITL Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. u.
 20. Jahrhundert.
 IMPR Opladen: Westdt.Verl. 1989. 413 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schr.d.Zentral-
 inst.f.Sozialwiss.Forsch.d.FU Berlin. Bd.55
 SACH Regionalentwicklung, Industrialisierung, Geschichte, Sozialwandel, Wirt-
 schaftsentwicklung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslohn, Landwirtschaft, Agrar-
 politik, Bevölkerungswanderung, Interregional
 REGI Deutschland, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; B 11 651

BEAB Weichhardt, Peter
 TITL Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kog-
 nition u. Identifikation. Zus. dt.; engl.
 IMPR Stuttgart: Steiner 1990. 118 S., Lit.=Erdkundl.Wissen. H.102
 SACH Sozialgeographie, Räumliche Identität, Raum, Sozialpsychologie, Sozial-
 ökologie, Kommunikation, Verhalten, Regionalismus, Nachbarschaft
 SIGN BfLR; X 378/32

BEAB Fiedler, Hans Joachim (Hrsg.)
 TITL Bodennutzung und Bodenschutz.
 IMPR Berlin: Birkhäuser 1990. 268 S., Abb.; Tab.; Lit.; Teg.
 SACH Bodenwissenschaft, Lehrbuch, Boden, Bodenschätzung, Flächennutzung, Boden-
 karte, Bodenverunreinigung, Flächenverbrauch, Rekultivierung, Bodenschutz
 SIGN BfLR; B 11 742

BEAB Strubelt, Wendelin
 TITL Verstädterung: Die Entwicklung der Städte und der Agglomerationsräume in
 der Bundesrepublik Deutschland. Versuch einer Bilanz von Planung, Politik
 u. Wissenschaft in den letzten zwanzig Jahren. Dt.; span. Zus. engl.; span.
 =Urbanizacion: El desarrollo de la ciudades y de las aglomeraciones urbanas
 en la Republica Federal de Alemania. A proximacion a un balance del planea-
 miento, la politica y la ciencia en los ultimos veinte anos; Paralleltitel,
 span.
 IMPR In: Ciudad y territorio, Madrid 81/82(1989)3/4, S. 45-72, Kt.; Lit.
 SACH Stadtentwicklung, Verstädterung, Regionale Disparität, Stadtforschung,
 Stadtplanung, Städtebaupolitik, Forschungsinstitutionen
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; C 21 029

BEAB Apel, Dieter; Lehm Brock, Michael
 KORP Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.)
 TITL Stadtverträgliche Verkehrsplanung. Chancen zur Steuerung des Autoverkehrs
 durch Parkraumkonzepte u. -bewirtschaftung. Zus. dt.
 IMPR Berlin 1990. 360 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Verkehrsplanung, Regional, Stadtverkehr, Parken, Parkfläche, Umweltbelastung,
 Straßenverkehr, Innenstadt
 REGI Bundesrepublik Deutschland, Europa/West
 SIGN BfLR; C 20 983

BEAB Hackelsberger, Christoph
 TITL Hundert Jahre deutsche Wohnmisere - und kein Ende?
 IMPR Braunschweig: Vieweg 1990. 214 S., Abb.; Lit.=Bauwelt Fundamente. 91
 SACH Wohnen, Wohnungsbau, Architektur, Wohnungsversorgung, Wohnungswirtschaft,
 Wohnungsrecht, Wohnungspolitik
 REGI Deutschland, Bundesrepublik Deutschland, DDR
 SIGN BfLR; A 11 187

KORP Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD-, Paris (Hrsg.);
 Organisation de Cooperation et Developpement Economiques -OCDE-, Paris (Verw.)
 TITL Environmental indicators. Engl.; franz.=Indicateurs d'environnement; Paral-
 leltitel, franz.
 IMPR Paris 1991, 77 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Umwelt, International, Indikator, Luftverunreinigung, Gewässergüte, Flächen-
 nutzung, Forstwirtschaft, Tierwelt, Abfall, Wirtschaftsentwicklung, Energie,
 Bevölkerungsentwicklung
 REGI OECD-Staaten
 SIGN BfLR; C 21 182

KORP Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD-, Paris (Hrsg.);
 Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung -OECD-,
 Paris (Verw.)
 TITL Environmental policies for cities in the 1990s.
 IMPR Paris 1990. 91 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Umweltpolitik, International, Umweltbelastung, Stadtraum, Stadterneuerung,
 Stadtverkehr, Energieversorgungs, Regional
 REGI OECD-Staaten
 SIGN BfLR; B 11 707

BEAB Schilling, Heinz
 KORP Univ. Frankfurt/Main, Institut für Kulturanthropologie und Europäische
 Ethnologie (Hrsg.)
 TITL Urbane Zeiten. Lebensstilentwürfe u. Kulturwandel in einer Stadtregion. Zus.dt.
 IMPR Frankfurt/M. 1990. 371 S., Abb.; Tab.; Lit.=Notizen. Bd.34
 SACH Kultur, Regional, Sozialwandel, Lebensqualität, Wertvorstellung, Stadtraum,
 Ländlicher Raum, Stadtplanung, Befragung
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; A 11 225

BEAB Birg, Herwig (Hrsg.); Mackensen, Rainer (Hrsg.)
 KORP Univ. Bielefeld, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik
 (Hrsg., Veranst.)
 TITL Demographische Wirkungen politischen Handelns. Internationale Konferenz 1986.
 IMPR Frankfurt/M.: Campus Verl. 1990. 391 S., Abb.; Tab.; Lit.=Forschungsber.d.
 Inst.f.Bevolkerungsforsch.u.Sozialpolit.,Univ. Bielefeld. Bd.15
 SACH Bevölkerungspolitik, International, Familienpolitik, Regionalpolitik, Be-
 völkerungsentwicklung, Geburten, Familie, Bevölkerungswanderung, Arbeits-
 markt, Wirkungsanalyse
 REGI Bundesrepublik Deutschland, DDR, Großbritannien, USA, Schweden, Polen,
 Tschechoslowakei, Österreich, Niederlande, Frankreich, Europa
 SIGN BfLR; A 11 155

KORP Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-
 Westfalen -ILS-, Dortmund (Bearb.), Hrsg.); Nordrhein-Westfalen, Minister
 für Stadtentwicklung und Verkehr, Düsseldorf (Bearb., Auftr.); Institut für
 Sozial- und Kulturforschung, Duisburg (Bearb.); Univ. Duisburg (Bearb.)
 TITL Ausländer und Stadtentwicklung.
 IMPR Duisburg: WAS-Druck 1990. 63 S., Abb.; Tab.; Lit.=ILS Schriften. 30
 SACH Ausländer, Regional, Stadtentwicklung, Bevölkerungswanderung, International,
 Kultur, Sozialökologie, Frau, Regionalwirtschaft
 REGI Nordrhein-Westfalen
 SIGN BfLR; C 21 096

BEAB Siebert, Horst (Hrsg.)
 KORP Univ. Kiel, Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.)
 TITL The completion of the internal market. Symposium 1989.
 IMPR Tübingen: Mohr 1990. VII, 387 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH EG-Binnenmarkt, Wirtschaftspolitik, International, Wirtschaftsentwicklung,
 Wettbewerb, Wirtschaftsrecht, Agrarpolitik, Verkehrswirtschaft, Regionale
 Disparität, Entwicklungsland, Finanzen
 SIGN BfLR; B 11 751

BEAB Gerstenberger, Wolfgang; Heinze, Johannes (Mitarb.); Nam, Chang W. (Mitarb.);
 Vogler-Ludwig, Kurt (Mitarb.)
 KORP Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V., München (Hrsg.)
 TITL Grenzen fallen - Märkte öffnen sich. Die Chancen der deutschen Wirtschaft
 am Beginn einer neuen Ära.=Strukturberichterstattung 1990; Nebentitel
 IMPR München: Duncker u.Humboldt 1990. XII, 286 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
 =Schriftenr.d.Ifo-Inst.f.Wirtschaftsforsch. Nr.127
 SACH EG-Binnenmarkt, Wirtschaftspolitik, International, Strukturwandel, Wettbe-
 werb, Wirtschaftssektor, Innovation
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; B 11 761

BEAB Bade, Franz-Josef; Middelmann, Ute (Mitarb.); Schüler, Monika (Mitarb.)
 KORP Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-
 Westfalen -ILS-, Dortmund (Hrsg., Auftr.); Nordrhein-Westfalen, Minister
 für Stadtentwicklung und Verkehr, Düsseldorf (Auftr.)
 TITL Expansion und regionale Ausbreitung der Dienstleistungen. Eine empirische
 Analyse des Tertiärisierungsprozesses mit besonderer Berücksichtigung der
 Städte in Nordrhein-Westfalen.
 IMPR Duisburg: WAZ-Druck 1990. 56 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=ILS Schriften. 42
 SACH Tertiärer Sektor, Regional, Großstadt, Strukturwandel, Wirtschaftsentwick-
 lung, Produktion, Wertschöpfung, Arbeitsmarkt, Regionalstatistik
 REGI Nordrhein-Westfalen
 SIGN BfLR; C 21 067

KORP Europäische Gemeinschaft, Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, Brüssel (Hrsg.)
 TITL Die Regionen in den 90er Jahren. = Verter periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage u. Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft; Nebentitel
 IMPR Luxemburg; Amt f. Amlt. Veröff. 1991. 114 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Region, Regionalentwicklung, Regionale Disparität, Regionalpolitik, Interregional, EG
 REGI EG-Staaten
 SIGN BfLR; C 21 249

KORP Univ. Berlin/Ost, Sektion Geographie (Hrsg.)
 TITL Geographische Struktur- und Prozeßforschung in und zu Metropolen und deren Umland. Arbeiten von Studenten u. Nachwuchswissenschaftlern.
 IMPR Berlin/Ost 1990. 139 S., Abb.; Tab.; Lit. = Math.-naturwiss. Ms. 1/1990/Berliner geogr. Arb. S.-H. 5
 SACH Stadtregion, Stadtumland, Raumentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Methodologie
 REGI DDR, Berlin/Ost
 SIGN BfLR; A 11 283

BEAB Goppel, Konrad (Hrsg.); Schaffer, Franz (Hrsg.); Thieme, Karin (Red.)
 KORP Univ. Augsburg, Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie (Hrsg.)
 TITL Raumplanung in den 90er Jahren. Grundlagen, Konzepte, politische Herausforderungen in Deutschland u. Europa - Bayern im Blickpunkt. Festschrift für Karl Ruppert.
 IMPR Augsburg 1991. XIV, 622 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg. = ASG-Beitr. Angew. Sozialgeogr. Nr. 24/S.-Bd.
 SACH Raumplanung, Regionalplanung, Grenzüberschreitend, Landesplanung, Raumentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsstruktur, Umwelt, Infrastruktur, Verdichtungsraum, Grenzraum, Raumplanungsziel
 INST Ruppert, Karl
 REGI Bayern, Deutschland, Bundesrepublik Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich, Schweiz, Europa
 SIGN BfLR; Y 912/24

KORP T-I-C Interdisziplinäre Beratungsgesellschaft für Verkehrs-, Stadt- und Umweltplanung mbH, Hemmingen (Hrsg.)
 TITL Stadtsanierung, Verkehrserneuerung und Wohnungsbauwirtschaft in Deutschland in den 90er Jahren.
 IMPR Hemmingen 1990. ca. 243 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. = Gemeinde - Stadt - Land. 17
 SACH Stadterneuerung, Stadtsanierung, Wohnungsbau, Umweltverträglichkeitsprüfung, Altlasten, Verkehrsplanung, Regional, Stadtverkehr, Städtebaupolitik
 REGI Bundesrepublik Deutschland, Ostdeutschland, BB, MV, SN, ST, TH
 SIGN BfLR; C 21 317

BEAB Lichtenberger, Elisabeth
 KORP Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien (Hrsg.)
 TITL Stadtverfall und Stadterneuerung, Zus. dt.; engl.
 IMPR Wien 1990. 270 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg. = Beitr. t. Stadt-u. Regionalforsch. Bd. 10
 SACH Stadtforschung, Raummodell, Großstadt, Innenstadt, Stadtwachstum, Stadterneuerung, Stadtentwicklung, Kommunalpolitik, Wohnungspolitik, Städtebaupolitik
 REGI Wien, Österreich
 SIGN BfLR; B 11 791

BEAB Borst, Renate (Hrsg.); Krätke, Stefan (Hrsg.); Mayer Margit (Hrsg.); Roth, Roland (Hrsg.); Schmoll, Fritz (Hrsg.)
 TITL Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Sätze u. empirische Befunde aus der internationalen Debatte.
 IMPR Berlin: Birkhäuser 1990. 316 S., Kt.; Tab.; Lit. = Stadtforsch. aktuell. Bd. 29
 SACH Stadtentwicklung, Raumentwicklung, Regionalentwicklung, Regionale Disparität, Produktion, Arbeitsteilung, International, Raumtheorie, Stadtökonomie
 SIGN BfLR; A 11 239

BEAB Kühnlein, Gertrud
 KORP Sozialforschungsstelle Dortmund Landesinstitut (Hrsg.)
 TITL Zeitverwendung und Stadtentwicklung. Ergebnisbericht 1988.
 IMPR Dortmund 1990. 84 S., Lit. = Beitr. aus d. Forsch. Bd. 48
 SACH Zeitbudget, Stadtentwicklung, Wohnen, Wohnwert, Infrastruktur, Privater Haushalt, Befragung
 REGI Dortmund, NRW
 SIGN BfLR; C 21 197

BEAB Spengelin, Friedrich (Hrsg.); Naumann, Detlef J. (Hrsg.); Millarg, Hartmut (Hrsg.)
 KORP Niedersachsen, Sozialminister, Hannover (Hrsg.)
 TITL Zukunft Stadt. Stadtentwicklung u. Stadtverneuerung in Niedersachsen.
 IMPR Hannover 1989. 234 S., Kt.; Abb.; Lit.
 SACH Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Landesplanung, Verkehrserschließung, Verkehrsberuhigung, Kultureinrichtung, Bildungseinrichtung, Ökologie, Wohnen, Freifläche
 REGI Niedersachsen
 SIGN BfLR; C 20 747

BEAB Lipschitz, Leslie (Hrsg.); McDonald, Donogh (Hrsg.)
 KORP International Monetary Fund, Washington/DC (Hrsg.)
 TITL German unification. Economic issues.
 IMPR Washington/DC 1990. XV, 171 S., Abb.; Tab.; Lit. = Occ. Pap. Nr. 75
 SACH Wirtschaftsentwicklung, Wirtschaftspolitik, Finanzen, Währung, Privatisierung, Investition, Arbeitsmarkt, Zuzug, Grenzüberschreitend, Steuerpolitik, Szenario,
 REGI Bundesrepublik Deutschland, DDR
 SIGN BfLR; C 21 174

BEAB Osenberg, Hanno (Proj.-Ltg.)
 KORP Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Bearb.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr.)
 TITL Auf Sozialwohnungen angewiesen. Die Bedeutung der Vermittlung von Sozialmietwohnungen durch das Wohnungsamt für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Problemen auf dem Wohnungsmarkt. Abschlussbericht des Forschungsprojektes 112.88 "Wohnungssuche von Haushalten mit Problemen auf dem Wohnungsmarkt".
 IMPR Bonn 1991. 123 S., Abb.; Tab.; Lit. = Schriftenr. "Forsch." d. Bundesminist. f. Raumordn., Bauwes. u. Städtebau. H. 485
 SACH Sozialer Wohnungsbau, Wohnungsmarkt, Regional, Wohnungsbehörde, Sozialwohnung, Wohnungssubvention, Wohnungsmobilität, Bevölkerungsstruktur, Sozialschicht, Ausländer, Familie
 REGI München, BAYR, Dortmund, Köln, NRW
 SIGN BfLR; B 11 773

BEAB Ude, Christian (Hrsg.)
 TITL Wege aus der Wohnungsnot.
 IMPR München: Piper 1990. 295 S., Abb.; Tab.; Lit. = Ser. Piper aktuell
 SACH Wohnungsversorgung, Miete, Wohnungspolitik, Wohnungsbau, Sozialer Wohnungsbau, Architektur, Bodenmarkt, Obdachlose, Wohnungsrecht
 REGI Bundesrepublik Deutschland, DDR
 SIGN BfLR; A 11 302

BEAB Henckel, Dietrich; Diller, Christian; Hohlmeier, Jörg; Rauch, Nizan
 KORP Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.)
 TITL Technik, Zeit und Binnenmarkt, Die Region Nürnberg im Strukturwandel, Zus. dt.
 IMPR Berlin 1990. 237 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Strukturwandel, Regional, Standortfaktor, Telekommunikation, Arbeitszeit, EG-Binnenmarkt, Regionale Wirtschaftspolitik
 REGI Erlangen/Raum, Fürth/Raum, Nürnberg/Raum, BAYR
 SIGN BfLR; C 21 040

BEAB Zimm, Alfred (Hrsg.)
 TITL Berlin/Ost und sein Umland. 3., durchges. Aufl. = Beiheft als B 11 654
 IMPR Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1990. ca. 400 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. = Petermanns geogr. Mitt. Ergänzungsh. Nr. 286
 SACH Stadtregion, Stadtumland, Stadtgeographie, Siedlungsgeschichte, Stadtgeschichte, Hauptstadt, Stadtentwicklung, Industriestandort
 REGI Berlin/Ost, Berlin/Ost/Raum, DDR
 SIGN BfLR; B 11 653

BEAB Losch, Siegfried
 TITL Kann die novellierte Baunutzungsverordnung einen wirksamen Beitrag zum Umwelt- und Bodenschutz leisten? Zus. dt.; engl.
 IMPR In: Infor. z. Raumentwickl., Bonn (1990) H. 12, S. 671-687, Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Baunutzungsverordnung, Umweltschutz, Bodenschutz, Flächenverbrauch, Bebauungsdichte, Baugebiet, Freifläche, Parkfläche
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; Z 703

BEAB Echer, Claus-Peter (Hrsg.)
 KORP Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.)
 TITL Das geschichtliche Bild der Städte, Großstadt u. Denkmalpflege. Zus. dt.
 IMPR Berlin 1991. 181 S., Kt.; Abb.; Lit.
 SACH Stadtgeschichte, Großstadt, Stadtgestalt, Denkmalpflege, Regional, Stadterneuerung
 REGI Aachen, Bonn, Dortmund, Köln, NRW, München, BAYR, Stuttgart, BADW, Kassel, HESS, Berlin, Deutschland
 SIGN BfLR; C 21 206

KORP IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik GmbH, München (Hrsg., Verant.)
 TITL Tendenzen der Raumentwicklung in Ostdeutschland. Fachtagung zur Entwicklung der Raumordnung in Ostdeutschland, Weimar 23. bis 25. Nov. 1990.
 IMPR München 1991. 101 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. = IMO-Informationsdienst. Jg. 9/Nr. 1
 SACH Raumentwicklung, Sozialwandel, Wirtschaftsentwicklung, Raumstruktur, Raumplanungsziel, Raumplanungspolitik, Städtebaupolitik, Stadterneuerung
 REGI Ostdeutschland, BB, MV, SN, ST, TH
 SIGN BfLR; C 21 419

BEAB Kreibich, Volker (Proj.-Ltg.)
 KORP Köln, Amt für Stadtentwicklungsplanung (Hrsg.)
 TITL Wohnungsgesamtplan Köln. Grundszenario der Wohnungsmarktentwicklung. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, Gutachten, Bewertung der Gutachtervorschläge als Synopse.
 IMPR Köln 1990. ca. 112 S., Abb.; Tab.; Lit. = Stadtentwicklung
 SACH Wohnungsmarkt, Regional, Bevölkerungsentwicklung, Privater Haushalt, Wohnungsversorgung, Wohnungspolitik, Wohnungsmarktprognose, Szenario
 REGI Köln, NRW
 SIGN BfLR; C 21 044/1

BEAB Berger, Horst (Red.); Boldt, Helmut (Red.); Priller, Eckhard (Red.); Trettin, Rudolf (Red.)
 KORP Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin/Ost (Hrsg.); Berlin/Ost, Statistisches Amt (Hrsg.)
 TITL Sozialreport Ost-Berlin. Daten u. Fakten zur sozialen Lage.
 IMPR Berlin 1990. 290 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Sozialstatistik, Indikator, Stadtregion, Regionalanalyse
 REGI Berlin/Ost, Berlin/Ost/Raum, DDR
 SIGN BfLR; C 21 260

BEAB Preisler-Holl, Luise (Bearb.); Kühn, Gerd (Bearb.)
 KORP Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.)
 TITL Planung im Ballungsraum Berlin. Workshop am 9. u. 10. Juli 1990 in Berlin. Dokumentation.
 IMPR Berlin 1990. 150 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. = Difu-Materialien. 4/90
 SACH Regionalplanung, Verkehrsplanung, Öffentlicher Personennahverkehr, Straßenpersonnenverkehr, Regionaler Planungsverband
 REGI Berlin, Brandenburg, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; C 21 239

BEAB Speer, Albert; Kornmann, Stefan (Bearb.); Conrad, Petra (Bearb.); Schwarz, Michael (Bearb.)
 KORP Albert Speer & Partner GmbH, Frankfurt/Main (Bearb., Hrsg.); Hessen, Minister des Innern, Wiesbaden (Auftr.)
 TITL Zielvorstellungen für die Gestaltung des engeren Verdichtungsraumes Rhein-Main bis zum Jahr 2000 und Handlungsstrategien zur Umsetzung. Wissenschaftliches Gutachten.
 IMPR Frankfurt/M. 1990. ca. 178 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Regionalplanung, Verdichtungsraum, Stadtregion, Bevölkerungsentwicklung, Raumstruktur, Sozialwandel, Raumplanungsziel, Fachplanung, Planungsorganisation
 REGI Rhein-Main-Gebiet, HESS
 SIGN BfLR; C 21 103

**Ausgewählte Veröffentlichungen
aus der Bundesforschungsanstalt
für Landeskunde und Raumordnung**

**Informationen zur
Raumentwicklung**

Emissionsminderung im Straßenverkehr
Heft 1/2.1991, DM 14,--

Ältere Menschen und räumliche Forschung
Heft 3/4.1991, DM 14,--

In Vorbereitung:

Expertisen zum Raumordnungsbericht 1991
(Arbeitstitel)
Heft 11/12.1991, DM 14,--

Erscheinungstermin: Voraussichtlich April/Mai 1992

**Forsschungen zur
Raumentwicklung**

Franz-Josef Bade
Regionale Bevölkerungsprognose 1995
Band 21, DM 29,50

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim
Selbstverlag der BfLR; Postfach 20 01 30, 5300 Bonn 2